



BMF

BUNDESMINISTERIUM
FÜR FINANZEN

Das Steuerbuch 2012

Tipps zur Arbeitnehmerveranlagung 2011
für Lohnsteuerzahler/innen



Das Steuerbuch 2012

Tipps zur Arbeitnehmerveranlagung 2011 für Lohnsteuerzahler/innen

Hinweis

In der gesamten Broschüre werden, soweit dies möglich ist, ohne die inhaltliche Verständlichkeit zu beeinträchtigen, auch die weiblichen Formen genannt. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass alle nur in der männlichen Form niedergeschriebenen Formulierungen selbstverständlich auch Frauen gegenüber gelten.

Auf die Lohnsteuerrichtlinien (diese sind als Zusammenfassung des geltenden Lohnsteuerrechts und damit als Nachschlagewerk für die Verwaltungspraxis und die betriebliche Praxis zu sehen) wird im Text mit Randzahlen (Rz) verwiesen. Diese Lohnsteuerrichtlinien sowie einschlägige Verordnungen und Erlässe finden Sie auch auf www.bmf.gv.at, unter der Rubrik „Tools“ Findok.

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die österreichische Finanzverwaltung gilt als eine der modernsten und effizientesten Verwaltungen Europas. Dazu gehört auch, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern des Landes bestmögliches Service zu bieten. Mein Motto für das heimische Steuerrecht lautet: weniger, einfacher, leistungsgerechter und familienfreundlicher.



Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir auch in diesem Jahr die wichtigsten Informationen und Tipps zur Arbeitnehmerveranlagung 2011 in diesem Steuerbuch zusammengefasst. Machen Sie von Ihrem Recht Gebrauch, und holen Sie sich im Rahmen Ihrer Arbeitnehmerveranlagung die zu viel bezahlte Steuer zurück.

Das Finanzressort legt größten Wert auf kompetente und korrekte Betreuung. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind tagtäglich bemüht, Ihnen mit Rat und Tat in den Infocentern der Finanzämter bei Ihren steuerlichen Fragen zur Seite zu stehen. Auf elektronischem Weg können Sie über FinanzOnline ortsunabhängig, 365 Tage im Jahr, 24 Stunden am Tag Ihre steuerlichen Angelegenheiten durchführen und sich gegebenenfalls die zuviel bezahlte Steuer zurückholen. Sollten Sie darüber hinaus Fragen zu FinanzOnline haben, steht Ihnen unsere Hotline von Montag bis Freitag von 8 Uhr bis 18 Uhr telefonisch unter 0810 221 100 (österreichweit zum Ortstarif) zur Verfügung.

Ich freue mich, Ihnen das Steuerbuch 2012 vorstellen zu dürfen und hoffe, Sie können von den umfassenden Informationen zu den wichtigsten Steuerfragen profitieren.

A handwritten signature in purple ink, which appears to read 'Maria Fekter'. The signature is fluid and cursive.

Dr. Maria Fekter
Finanzministerin

Inhalt

Vorwort	5	G. Außergewöhnliche Belastungen für Unterhaltsberechtigte ^{Rz868ff}	73
I. Allgemeines zur Lohn- und Einkommensteuer	9	H. Außergewöhnliche Belastungen mit Selbstbehalt ^{Rz885ff}	73
A. Persönliche Steuerpflicht	10	I. Außergewöhnliche Belastungen ohne Selbstbehalt ^{Rz839ff}	77
B. Lohn- oder Einkommensteuer	11	J. Außergewöhnliche Belastungen bei Behinderungen ^{Rz839ff}	83
C. Einkünfte, Einkommen	12	K. Außergewöhnliche Belastungen für behinderte Kinder ^{Rz852ff}	86
D. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	14	L. Kinderfreibetrag	88
E. Sachbezüge ^{Rz138-222d}	15	M. Amtsbescheinigungen und Opferausweise ^{Rz1244f}	89
F. Steuerfreie Leistungen	16	V. Wann ist das Formular L 1i auszufüllen?	91
G. Steuerermindernde Ausgaben	17	A. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ohne Lohnsteuerabzug	92
II. Steuertarif und Steuerabsetzbeträge	19	B. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit mit Auslandsbezug	92
A. Steuertarif ^{Rz767ff}	20	VI. Das Verfahren beim Finanzamt ^{Rz909ff}	101
B. Steuerabsetzbeträge ^{Rz768}	22	A. ArbeitnehmerInnenveranlagung (Jahresausgleich) ^{Rz909ff}	102
C. Absetzbeträge bei niedrigen Einkünften (Negativsteuer) ^{Rz811f}	28	B. Die elektronische ArbeitnehmerInnenveranlagung	102
III. Die Lohnsteuerberechnung durch Ihren Arbeitgeber	31	C. Die ArbeitnehmerInnenveranlagung in Papierform	103
A. Allgemeines	32	D. Gutschriften, Nachforderungen und Vorauszahlungen	106
B. Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ^{Rz249ff}	33	E. Versteuerung mehrerer Pensionen ^{Rz1020ff}	109
C. Steuerfreie Leistungen des Arbeitgebers ^{Rz45ff}	35	F. Freibetragsbescheid ^{Rz1039ff}	110
D. Dienstreisen ^{Rz699-741}	37	G. Mitteilung gemäß § 109a Einkommensteuergesetz	111
E. Arbeitgeberbeiträge zu Pensionskassen ^{Rz756-766}	40	H. Berufung gegen einen Bescheid	112
F. Sonstige Bezüge ^{Rz1050ff}	41	I. Ratenzahlung und Stundung	113
G. Zulagen und Zuschläge ^{Rz1126ff}	44	VII. Sonstige steuerliche Begünstigungen	115
H. Überstunden ^{Rz1145ff}	44	A. Prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge ^{Rz1365ff}	116
I. Zuschläge für Nachtarbeit und Nachtüberstunden ^{Rz1142ff}	45	B. Prämienbegünstigte Pensionsvorsorge ^{Rz1321ff}	117
J. Aufrollung durch den Arbeitgeber ^{Rz1189ff}	45	Musterschreiben Berufung	120
IV. Was können Sie beim Finanzamt geltend machen?	47	Musterschreiben Stundung und Ratenzahlung	121
A. Sonderausgaben ^{Rz429-436ff}	48	Formular L 1	122
B. Sonderausgaben im Einzelnen	50	Formular L 1k	126
C. Werbungskosten ^{Rz223ff}	56	Formular L 1i	128
D. ABC der Werbungskosten ^{Rz322ff}	57	Stichwortverzeichnis	130
E. Berufsgruppenpauschale ^{Rz396-428}	70	Übersicht Standorte Finanzämter	138
F. Außergewöhnliche Belastungen ^{Rz814ff}	71		

I. Allgemeines zur Lohn- und Einkommensteuer

Dieses Einführungskapitel gibt Ihnen wichtige Basisinformationen zu unserem Steuersystem sowie Erläuterungen zu diversen Begriffen, um Zusammenhänge besser erfassbar zu machen. Details zu folgenden Schwerpunkten finden Sie in den nächsten Seiten:

- Wer ist in Österreich steuerpflichtig und ab welcher Einkommenshöhe beginnt die Steuerpflicht*
- Unterschiede zwischen Lohn- und Einkommensteuer*
- Übersicht über die sieben steuerpflichtigen Einkunftsarten sowie hilfreiche Detailinformationen*
- Informationen zu steuerpflichtigen (z. B. Dienstwagen, Dienstwohnung) und steuerfreien Sachbezügen, die durch den Arbeitgeber zur Verfügung gestellt werden*

A. Persönliche Steuerpflicht

Wer ist in Österreich steuerpflichtig?

Unbeschränkt steuerpflichtig sind Personen, die in Österreich ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Einen Wohnsitz in Österreich haben Personen, die im Bundesgebiet über eine Wohnung verfügen, die sie offensichtlich längerfristig als solche nutzen (werden). Die Wohnung muss nicht der Hauptwohnsitz sein, sie muss aber den persönlichen Verhältnissen entsprechend zum Wohnen geeignet sein. Zur Begründung eines Wohnsitzes muss die Wohnung zwar nicht ununterbrochen, aber zumindest wiederkehrend benützt werden.

Ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben Personen, die sich im Bundesgebiet nicht nur vorübergehend (Urlaub, Geschäftsreise, Besuch, etc.), sondern offensichtlich für längere Zeit aufhalten (werden). Auf jeden Fall tritt nach sechs Monaten Aufenthalt in Österreich, und zwar rückwirkend, die unbeschränkte Steuerpflicht ein. Die Staatsbürgerschaft ist dabei nicht entscheidend.

Die unbeschränkte Steuerpflicht bedeutet, dass grundsätzlich alle in- und ausländischen Einkünfte in Österreich steuerlich erfasst werden.

Beschränkt steuerpflichtig sind Personen, die in Österreich (z.B. als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer) oder von Österreich (z.B. Sozialversi-

cherungspensionen) Einkünfte erzielen, aber in Österreich keinen Wohnsitz und auch nicht ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Auch beschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können eine Veranlagung lohnsteuerpflichtiger Einkünfte beantragen und dabei Werbungskosten und inlandsbezogene Sonderausgaben geltend machen.^{Rz1178ff}

Bedenken Sie aber, dass im Falle einer Veranlagung von beschränkt Steuerpflichtigen der Steuerbemessungsgrundlage ein Betrag von 9.000 € hinzugerechnet wird, der bei der laufenden Lohnverrechnung nicht zum Tragen kommt.

Dies geschieht deswegen, weil das steuerfreie Existenzminimum grundsätzlich vom Wohnsitzstaat zu berücksichtigen ist. Auf Grund der tarifmäßigen Steuerfreigrenze von 11.000 € (siehe Seite 20) verbleibt für beschränkt Steuerpflichtige damit ein steuerfreies Basiseinkommen von 2.000 €.

EU-/EWR-Bürgerinnen und Bürger, die zwar keinen Wohnsitz, aber die Haupteinkünfte in Österreich haben (90% der Einkünfte werden in Österreich erzielt oder die Auslandseinkünfte betragen insgesamt nicht mehr als 11.000 €), können in der Erklärung zur ArbeitnehmerInnenveranlagung auf unbeschränkte Steuerpflicht optieren. Dabei werden trotz unbeschränkter Steuerpflicht nur die österreichi-

chen Einkünfte besteuert. Es entfällt aber die Hinzurechnung von 9.000 € bei der Veranlagung. Außerdem können persönliche Absetzbeträge (Alleinvertiener-, Alleinerzieher-, Unterhaltsabsetzbetrag) sowie außergewöhnliche Belastungen geltend gemacht werden.

Doppelbesteuerungsabkommen verhindern, dass man mehrmals Steuer für dasselbe Einkommen zahlen muss, wenn man in mehreren Staaten einen Wohnsitz hat oder Einkünfte erzielt (siehe Seite 94).

Besonderheiten gelten für Grenzgängerinnen und Grenzgänger, die ihren Wohnsitz in Österreich haben, jedoch in Deutschland, Italien oder Liechtenstein arbeiten und täglich pendeln. Ihre Einkünfte werden grundsätzlich in Österreich besteuert. Dabei steht ihnen der Grenzgängerabsetzbetrag zu (siehe Seite 20). Nähere Hinweise für Arbeitnehmer/innen für Einkünfte ohne bisherigen Lohnsteuerabzug oder für Bezieher/innen für Einkünfte mit Auslandsbezug finden Sie ab Seite 91.

Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter^{Rz4} werden bereits ab dem ersten Tag ihres Aufenthaltes in Österreich als unbeschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer behandelt. Voraussetzung ist eine zumindest sechsmonatige Arbeitserlaubnis oder ein zumindest sechsmonatiger Arbeitsvertrag.

Bei Saisonarbeiterinnen und -arbeitern tritt die unbeschränkte Steuer-

pflicht in der Regel dann ein, wenn der Aufenthalt im Inland länger als sechs Monate dauert. Die unbeschränkte Steuerpflicht besteht in diesem Fall vom ersten Tag an.

B. Lohn- oder Einkommensteuer

Wie unterscheiden sich Lohn- und Einkommensteuer?

Grundsätzlich gilt: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Pensionistinnen und Pensionisten zahlen Lohnsteuer, Selbständige zahlen Einkommensteuer. Die Lohnsteuer unterscheidet sich von der Einkommensteuer lediglich in ihrer Erhebungsform. Der Steuertarif ist grundsätzlich gleich. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt es aber zusätzliche Absetzbeträge, besondere Steuerbefreiungen und Sonderbestimmungen für die Besteuerung bestimmter „sonstiger Bezüge“.

Die Lohnsteuer hat jeder Arbeitgeber einzubehalten und bis zum 15. des Folgemonats an das Finanzamt abzuführen.^{Rz1194-1202a}

Die Einkommensteuer wird im Veranlagungsweg erhoben. Dazu ist eine Einkommensteuererklärung beim Finanzamt abzugeben. Auf Grund dieser Erklärung wird die Einkommensteuer ermittelt und mit Einkommensteuerbescheid vorgeschrieben. Bei der Veranlagung werden auch die

nichtselbständigen Einkünfte miteinbezogen. Die von der Lohnverrechnung bereits einbehaltene Lohnsteuer wird auf die Einkommensteuer angerechnet.

Auch wenn nur nichtselbständige Einkünfte bezogen werden, kommt es in der Regel zu einer Einkommensteuer-Veranlagung (siehe „ArbeitnehmerInnenveranlagung“, Seite 102).

C. Einkünfte, Einkommen

Wovon muss man Lohn- oder Einkommensteuer zahlen?

Gegenstand der Einkommensteuer ist das Einkommen. Es setzt sich aus einzelnen Einkünften zusammen. Im Einkommensteuergesetz sind all jene Einkunftsarten aufgezählt, die der Einkommensteuer unterliegen. Es sind somit nur diejenigen Einkünfte steuerpflichtig, die unter die im Gesetz aufgezählten Einkunftsarten fallen. Nicht steuerpflichtig sind z.B. Lottogewinne, das Kinderbetreuungsgeld oder das Pflegegeld.

Das Einkommensteuergesetz kennt sieben Einkunftsarten:

1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft
2. Einkünfte aus selbständiger Arbeit
3. Einkünfte aus Gewerbebetrieb
4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

5. Einkünfte aus Kapitalvermögen
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
7. Sonstige Einkünfte
 - = Gesamtbetrag der Einkünfte
 - Sonderausgaben
 - Außergewöhnliche Belastungen
 - Freibeträge (z.B. Kinderfreibetrag)
 - = Einkommen
 - (= Steuerbemessungsgrundlage)

Die Einkunftsarten 1–3 werden „betriebliche Einkünfte“ oder „Gewinneinkünfte“, die Einkunftsarten 4–7 „Überschusseinkünfte“ oder „außerbetriebliche Einkünfte“ genannt.

Das Einkommen stellt daher die Summe aller Einkünfte abzüglich Sonderausgaben, Außergewöhnlichen Belastungen und Freibeträgen dar.

Ab welcher Einkommenshöhe beginnt die Steuerpflicht?

Ein bestimmtes Basiseinkommen (Existenzminimum) bleibt bei jedem unbeschränkt Steuerpflichtigen steuerfrei. Das steuerfreie Basiseinkommen beträgt für Arbeitnehmer/innen jährlich mindestens 12.000 € und für Selbstständige 11.000 €.

Die unterschiedliche Höhe des steuerfreien Basiseinkommens ist auf die zusätzlichen Steuerabsetzbeträge bei

Lohnsteuerpflichtigen (Arbeitnehmer-, Verkehrs- und Pensionistenabsetzbetrag) zurückzuführen.

Vom steuerfreien Basiseinkommen zu unterscheiden, ist die sozialversicherungsrechtliche Geringfügigkeitsgrenze. Diese beträgt für 2011 374,02 € und für 2012 376,26 € monatlich (dies entspricht einem Jahresbetrag von 4.488,24 € bzw. 4.515,12 €).

Die Erklärung im Einzelnen:

1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft erzielen z.B. Bäuerinnen/Bauern oder Gärtner/innen.
2. Einkünfte aus selbständiger Arbeit erzielen z.B. Ärztinnen/Ärzte, Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälte, Steuerberater/innen, Architektinnen/Architekten oder Journalistinnen/Journalisten und an Kapitalgesellschaften (z.B. GmbH) zu mehr als 25% beteiligte Gesellschafter-Geschäftsführer/innen.^{Rz670}
3. Einkünfte aus Gewerbebetrieb sind Gewinne aus Gewerbebetrieben (z.B. Handelsbetriebe, Tischler/innen oder Friseurinnen/Friseure) und Industriebetrieben. Juristische Personen (z.B. GmbH) zahlen keine Einkommensteuer, sondern Körperschaftsteuer.
4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit erzielen Arbeitnehmer/innen sowie Pensionistinnen/Pensionisten.
5. Einkünfte aus Kapitalvermögen sind z.B. Zinserträge aus Sparguthaben oder Wertpapieren sowie Dividen-

den aus Aktien und GmbH-Anteilen. Werden diese Erträge im Inland erzielt, wird die Einkommensteuer in Form der Kapitalertragsteuer einbehalten und ist damit abgegolten.

6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung werden erzielt, wenn eine Wohnung oder ein Haus vermietet wird.

7. Sonstige Einkünfte sind:

- Wiederkehrende Bezüge (z.B. bestimmte Leibrenten)
- Überschüsse aus privaten Veräußerungsgeschäften innerhalb bestimmter Spekulationsfristen einschließlich Substanzgewinne aus Investmentfonds
- Überschüsse aus der Veräußerung von privaten Kapitalbeteiligungen ab 1% Beteiligung, wie beispielsweise von GmbH Anteilen (ab 1.4.2012 Einkünfte aus Kapitalvermögen)
- Einkünfte aus Leistungen (z.B. Provisionen für gelegentliche Vermittlungen und Einnahmen aus der gelegentlichen Vermietung privater Gegenstände)
- Funktionsgebühren (Entgelt für Funktionärinnen/Funktionäre von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, sofern sie keine Arbeitnehmer/innen sind)

D. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit

Was sind Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit?

Unter die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit fallen folgende Bezüge:

- Bezüge und Vorteile aus einem bestehenden oder früheren Dienstverhältnis^{Rz645-669b; 930ff}

Darunter fallen Löhne und Gehälter, Firmenpensionen sowie Sachzuwendungen des Arbeitgebers, aber auch Bezüge aus einer geringfügigen Beschäftigung und Einkünfte aus einem Dienstleistungsscheck. Dieser Dienstleistungsscheck, erhältlich in Postämtern und Trafiken, kann zur Bezahlung einfacher haushaltstypischer Dienstleistungen in Privathaushalten (z. B. Reinigungsarbeiten, Kinderbetreuung, einfache Hilfestellungen bei der Haushaltsführung, einfache Gartenarbeiten) verwendet werden. Während des Jahres bleiben die Einkünfte aus ei-

nem Dienstleistungsscheck lohnsteuerfrei. Zu einer allfälligen Besteuerung kommt es im Rahmen der (ArbeitnehmerInnen-)Veranlagung nur dann, wenn das gesamte Jahreseinkommen den Betrag von 11.945 € übersteigt.

- Pensionen aus der gesetzlichen Sozialversicherung^{Rz684ff}
Darunter fallen u. a. die Pensionen von den Pensionsversicherungsanstalten der Arbeitnehmer, der Bauern oder der gewerblichen Wirtschaft. Steigerungsbeträge auf Grund einer freiwilligen Höherversicherung werden nur zu einem Viertel steuerlich erfasst.
- Krankengelder^{Rz671ff}
- Bezüge aus Pensionskassen^{Rz680ff}
Bezüge und Pensionsleistungen, die auf Beiträge des Arbeitgebers entfallen, unterliegen zur Gänze der Lohnsteuer. Von den Bezügen und Pensionsleistungen, die auf Beiträge der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers entfallen, sind nur 25 % steuerpflichtig. Pensionen aus einer prämiengünstigten Pensionsvorsorge

(siehe Seite 117), prämiengünstigten Zukunftsvorsorge (siehe Seite 116) und einer Betrieblichen Vorsorgekasse sind steuerfrei.

- Bezüge nach dem Bezügegesetz sowie von Mitgliedern einer Landesregierung, eines Landtages, von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Stadträtinnen und -räten oder Gemeinderätinnen und -räten.

Wann sind Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit zu versteuern?

Die Einkommensteuer wird jeweils vom gesamten Einkommen eines Kalenderjahres berechnet. Einkommen (Löhne, Gehälter und Pensionen) werden grundsätzlich zu jenem Kalenderjahr gerechnet, in dem sie die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer erhalten hat.

Bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung wird die Steuer für das im Kalenderjahr bezogene Einkommen neu berechnet.

Wurden lohnsteuerpflichtige Einkünfte im Kalenderjahr nicht ganzjährig oder in unterschiedlicher Höhe bezogen, kommt es durch die Jahresberechnung in der Regel zu einer Gutschrift.

Im Fall einer Nachforderung beachten Sie bitte die Ausführungen im Kapitel „Das Verfahren beim Finanzamt“ (siehe Seite 101).

E. Sachbezüge^{Rz138-222d}

Was versteht man unter Sachbezügen?

Üblicherweise erfolgt die Bezahlung der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers in Geld. Die Entlohnung kann aber auch (teilweise) in Sachleistungen (Sachbezügen) erfolgen. Die Sachleistungen sind mit dem Mittelpreis des Verbrauchsortes zu bewerten und in dieser Höhe zu versteuern. Für die meisten Sachbezüge, wie z. B. Privatnutzung eines firmeneigenen Pkws,^{Rz168-187} wurden bundeseinheitliche Sachbezugswerte festgesetzt.

Bestimmte Sachbezüge sind durch das Einkommensteuergesetz aber ausdrücklich steuerfrei gestellt (z. B. Weihnachtsgeschenke bis 186 €, Betriebsausflüge bis 365 € oder Verpflegung am Arbeitsplatz).^{Rz78ff, 93ff}

Beispiele für steuerpflichtige Sachbezüge:

- Dienstwagen^{Rz168-187}

Wenn die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer ein firmeneigenes Kraftfahrzeug für Privatfahrten benützt, sind als Sachbezug monatlich 1,5 % der Anschaffungskosten (inkl. Umsatzsteuer), maximal 600 €, anzusetzen. Als Privatfahrten gelten dabei auch Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Wird das firmeneigene Kraftfahrzeug nachweislich im Jahresdurchschnitt nicht mehr als 500 km monatlich für Privatfahrten benützt,

→ Hinweis

Arbeiten im Rahmen eines freien Dienstvertrages oder eines Werkvertrages fallen in der Regel unter die Einkünfte aus einer betrieblichen Tätigkeit. Daher erfolgt kein Lohnsteuerabzug. Diese Einkünfte sind solche aus selbständiger Arbeit oder aus Gewerbebetrieb. In vielen Fällen muss von der Auftraggeberin oder vom Auftraggeber eine „Mitteilung gemäß § 109a EStG“ ans Finanzamt erfolgen (siehe Seite 111).

ist der halbe Wert als Sachbezug, 0,75% der Anschaffungskosten, maximal 300 €, anzusetzen.

- **Kfz-Abstell- oder Garagenplatz**^{Rz188-203}
Stellt der Arbeitgeber der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer während der Arbeitszeit einen Kfz-Abstell- oder Garagenplatz unentgeltlich zur Verfügung, sind als Sachbezug 14,53 € pro Monat der Lohnsteuerbemessungsgrundlage hinzuzurechnen. Die Zurechnung hat nur dann zu erfolgen, wenn sich der Abstell- oder Garagenplatz im Bereich einer Parkraumbewirtschaftung („blaue Zone“) befindet. Ab 14,53 € pro Monat Kostenbeitrag der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers an den Arbeitgeber ist kein Sachbezugswert hinzuzurechnen.
- **Arbeitgeberdarlehen und Gehaltsvorschüsse**^{Rz204-207}
Bei Gehaltsvorschüssen und unverzinslichen oder niedrig verzinsten Arbeitgeberdarlehen ist bis zu 7.300 € kein Sachbezug anzusetzen. Übersteigen der Gehaltsvorschuss oder das Arbeitgeberdarlehen insgesamt 7.300 €, ist für den übersteigenden Betrag die Zinsersparnis mit 3,5% (oder der Differenz auf 3,5%) anzusetzen.
- **Dienstwohnung**^{Rz149-162d}
Wird der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer eine Dienstwohnung kostenlos oder verbilligt zur Verfügung gestellt, liegt ebenfalls ein steuerpflichtiger Sachbezug vor, der

sich grundsätzlich am jeweiligen Mietrichtwert des betreffenden Bundeslandes orientiert. Wird die Dienstwohnung vom Arbeitgeber angemietet, gilt als Sachbezug die tatsächliche Miete samt Betriebskosten abzüglich 25 %.

- **Incentive-Reise**^{Rz220}
Zur Mitarbeiter/innenmotivation gewährte Incentive-Reisen stellen einen steuerpflichtigen Sachbezug dar.

Beispiele für steuerfreie Sachbezüge:

- **Laptop, PC-Standgerät**^{Rz214a}
Wird der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer ein Computer zur Verfügung gestellt, der regelmäßig beruflich genutzt, aber auch privat verwendet werden kann, stellt dies keinen steuerpflichtigen Sachbezug dar.
- **(Mobil-)Telefon**^{Rz214}
Eine gelegentliche private Nutzung des arbeitgebereigenen (Mobil-)Telefons stellt ebenfalls keinen steuerpflichtigen Sachbezug dar.

F. Steuerfreie Leistungen

Welche Bezüge und Leistungen werden nicht besteuert?

Die wichtigsten steuerfreien Leistungen sind:

- Familienbeihilfe
- Wochengeld und vergleichbare Bezüge aus der gesetzlichen Sozialversicherung^{Rz41ff}

- Karenzurlaubsgeld, Karenzurlaubshilfe^{Rz45} sowie Kinderbetreuungsgeld
- Unfallrenten
- Pflegegeld und Betreuungskostenzuschuss
- Trinkgelder für Arbeitnehmer/innen

Auch bestimmte Leistungen des Arbeitgebers sind steuerbefreit (siehe Seite 35).

Welche steuerfreien Leistungen können die Einkommensteuer beeinflussen?

Es gibt bestimmte Einkommenssätze, die zwar steuerfrei sind, aber bei einer allfälligen Veranlagung die Steuer des übrigen Einkommens erhöhen (so genannter besonderer Progressionsvorbehalt). Folgende Bezüge fallen darunter:

- Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe sowie Überbrückungshilfe für Bundesbedienstete^{Rz45}
- Bestimmte Bezüge nach dem Heeresgebührengesetz^{Rz105}
- Bestimmte Bezüge nach dem Zivildienstgesetz^{Rz106}

Bezieht jemand in einem Kalenderjahr sowohl die genannten steuerfreien Einkommenssätze als auch andere steuerpflichtige Einkünfte (z. B. Gehalt, Pension), so sind diese Einkünfte zur Errechnung einer vollen Steuerprogression in der Weise fiktiv hochzurechnen, als ob sie auch während des Bezuges der Einkommenssätze (weiter) bezogen worden wären. Von diesem fiktiven

Gesamteinkommen wird dann der Durchschnittssteuersatz ermittelt. Mit diesem Durchschnittssteuersatz wird das tatsächlich steuerpflichtige Einkommen – also das Gehalt, die Pension oder andere steuerpflichtige laufende Einkünfte – versteuert.

Die Steuer darf jedoch nicht höher sein als jene, die sich ergeben würde, wenn das Einkommen und die Einkommenssätze gemeinsam versteuert würden.^{Rz113ff}

G. Steuermindernde Ausgaben

Welche Ausgaben vermindern das steuerpflichtige Einkommen?

Es gibt Ausgaben, die das steuerpflichtige Einkommen vermindern. Dazu zählen Ausgaben, die mit den Einnahmen direkt zusammenhängen. Diese sind als Betriebsausgaben bei den betrieblichen Einkunftsarten (land- und forstwirtschaftlichen, freiberuflichen oder gewerblichen Einkünften) oder als Werbungskosten bei den übrigen Einkunftsarten abzuziehen. Ausgaben, die mit steuerfreien Einkünften unmittelbar zusammenhängen, dürfen nicht abgezogen werden.

Weitere Ausgaben, die das steuerpflichtige Einkommen vermindern, aber nicht mit der Einkünfteerzielung zusammenhängen, sind Sonderausgaben (siehe Seite 48) und außergewöhnliche Belastungen (siehe Seite 71).



II. Steuertarif und Steuerabsetzbeträge

In Österreich gelten je nach Einkommenshöhe unterschiedliche Steuertarifstufen. Außerdem gibt es bestimmte Steuerabsetzbeträge, die die zu zahlende Steuer reduzieren.

Dieses Kapitel informiert Sie daher über

- die unterschiedlichen Steuerabsetzbeträge (z. B. Arbeitnehmerabsetzbetrag oder Pensionistenabsetzbetrag), wer sie erhält und wie und ob sie beantragt werden können bzw. ob sie automatisch berücksichtigt werden*
- den Steuertarif und wie Sie Ihre Steuer errechnen können*

Auch auf die Negativsteuer – also einer Steuergutschrift bei sehr geringem Einkommen – wird in diesem Kapitel Bezug genommen.

A. Steuertarif^{Rz767ff}

Wie hoch ist die Lohn- oder Einkommensteuer?

Die Steuer für das steuerpflichtige Einkommen wird nach dem Einkommensteuertarif berechnet. Einkommen bis 11.000 € jährlich werden jedenfalls steuerfrei gestellt. Für höhere Einkommen bestehen drei Tarifstufen, de-

Arbeitnehmerabsetzbetrag (oder Grenzgängerabsetzbetrag)	54 €/Jahr
Verkehrsabsetzbetrag	291 €/Jahr
Pensionistenabsetzbetrag	bis zu 400 €/Jahr
erhöhter Pensionistenabsetzbetrag	764 €/Jahr
Alleinverdienerabsetzbetrag*	494 €/Jahr (bei einem Kind)
Alleinerzieherabsetzbetrag*	494 €/Jahr (bei einem Kind)
Unterhaltsabsetzbetrag	29,20 € bis 58,40 €/Monat und Kind
Kinderabsetzbetrag	58,40 €/Monat und Kind
Mehrkindzuschlag	20 €/Monat ab 3. Kind

*Für Alleinverdienerinnen oder Alleinverdiener mit Kind/ern und für Alleinerzieherinnen oder Alleinerzieher stehen daher jährlich folgende Absetzbeträge zu:

mit einem Kind	494 €
mit zwei Kindern	669 €
mit drei Kindern	889 €
für jedes weitere Kind	+ 220 €

nen jeweils eine einfache Berechnungsformel zugeordnet ist. Besteht Anspruch auf Steuerabsetzbeträge, müssen diese nur noch vom Ergebnis abgezogen werden.

Welche Steuerabsetzbeträge gibt es?

Das Einkommensteuergesetz 1988 (EStG) sieht folgende Absetzbeträge vor:

Wie ermitteln Sie Ihre Steuer für 2011?

Je nach Höhe Ihres Jahreseinkommens sind folgende Tarifformeln anzuwenden:

Einkommensteuertarif		
Einkommen in Euro	Einkommensteuer in Euro (vor Absetzbeträgen)	Grenzsteuersatz*
bis 11.000	0	0%
über 11.000 bis 25.000	$\frac{(\text{Einkommen} - 11.000) \times 5.110}{14.000}$	36,5%
über 25.000 bis 60.000	$\frac{(\text{Einkommen} - 25.000) \times 15.125}{35.000} + 5.110$	43,214286%
über 60.000	$(\text{Einkommen} - 60.000) \times 0,5 + 20.235$	50%

*Der Grenzsteuersatz gibt an, mit welcher Besteuerung Sie bei der Erzielung zusätzlicher Einkünfte in der jeweiligen Tarifstufe rechnen müssen.

Sie brauchen nur noch die für Sie zutreffenden Steuerabsetzbeträge (Achtung: auch den Arbeitnehmer- und Verkehrsabsetzbetrag oder den Pensionistenabsetzbetrag) subtrahieren. Pensionistinnen und Pensionisten mit zu versteuernden Pensionsbezügen zwischen 17.000 € und 25.000 € jährlich müssen die Einschleifregelung beim Pensionistenabsetzbetrag beachten.

Beispiel:

Bei einem Jahreseinkommen von 21.000 € einer Arbeitnehmerin und Alleinerzieherin mit einem Kind beträgt die Einkommensteuer 2011:

$\frac{(21.000 - 11.000) \times 5.110}{14.000} =$	3.650,00 €
- Arbeitnehmerabsetzbetrag	54,00 €
- Verkehrsabsetzbetrag	291,00 €
- Alleinerzieherabsetzbetrag inkl. Kinderzuschlag	494,00 €
Einkommensteuer 2011	2.811,00 €

B. Steuerabsetzbeträge^{Rz768}

Arbeitnehmerabsetzbetrag^{Rz805, 808}

Betrag: 54 € pro Jahr

Anspruch: Lohnsteuerpflichtige Arbeitnehmer/innen

Infos: Der Arbeitnehmerabsetzbetrag wird automatisch vom Arbeitgeber berücksichtigt. Grenzgängerinnen und Grenzgänger haben bei der Veranlagung an Stelle des Arbeitnehmerabsetzbetrages Anspruch auf den Grenzgängerabsetzbetrag in derselben Höhe. Besteht ein Anspruch auf den Arbeitnehmer- oder Grenzgängerabsetzbetrag, so kann es bei geringem Einkommen zu einer Negativsteuer bis zu 110 € kommen, für Pendler bis zu 251 € pro Jahr (siehe Seite 28).

Verkehrsabsetzbetrag^{Rz807, 808}

Betrag: 291 € pro Jahr

Anspruch: Arbeitnehmer/innen

Infos: Der Verkehrsabsetzbetrag wird automatisch vom Arbeitgeber berücksichtigt. Bei Grenzgängerinnen und Grenzgängern wird er erst bei der Veranlagung abgezogen. Die Aufwendungen für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte werden dadurch pauschal abgegolten. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die weiter entfernt von ihrer Arbeitsstätte wohnen oder denen die Benutzung eines Massenverkehrsmittels nicht möglich oder

nicht zumutbar ist, können unter gewissen Voraussetzungen zusätzlich ein Pendlerpauschale als Werbungskosten beanspruchen (siehe Seite 33).

Pensionistenabsetzbetrag^{Rz809}

Betrag: bis zu 400 € pro Jahr

Anspruch: Pensionsbezieher/innen

Infos: Der Pensionistenabsetzbetrag wird automatisch von der pensionsauszahlenden Stelle berücksichtigt. Bei Pensionsbezügen bis 17.000 € jährlich beträgt er 400 €. Für Pensionsbezüge zwischen 17.000 € und 25.000 € kommt es zu einer Einschleifung des Pensionistenabsetzbetrages. Zu einer weiteren Einschleifung kommt es dann, wenn Sie neben einer ausländischen Pension nur eine geringe inländische Pension beziehen. Bei höheren Pensionsbezügen steht kein Pensionistenabsetzbetrag mehr zu.

Innerhalb der Einschleifzone berechnet sich der Pensionistenabsetzbetrag wie folgt:

$$(25.000 - \text{Pensionseinkommen 2011}) \times 5\%$$

Bruttopension

– SV-Pflichtbeiträge

– Sonderausgaben

– Außergewöhnliche Belastungen

Pensionseinkommen 2011

Erhöhter Pensionistenabsetzbetrag^{Rz809a}

Betrag: 764 € pro Jahr

Anspruch: Pensionsbezieher/innen

Infos: Wenn im Kalenderjahr die eigenen Pensionseinkünfte 13.100 € nicht übersteigen,

- mehr als sechs Monate im Kalenderjahr eine Ehe oder eingetragene Partnerschaft besteht und die Ehepartner oder eingetragenen Partner nicht dauernd getrennt leben,
- die Ehepartnerin oder der Ehepartner oder die eingetragenen Partnerin oder der eingetragene Partner Einkünfte von höchstens 2.200 € jährlich erzielt hat und
- kein Anspruch auf den Alleinverdienerabsetzbetrag besteht.

Auch wenn die Begünstigungen bereits während des Jahres durch die pensionsauszahlende Stelle berücksichtigt wurden, vergessen Sie nicht,

diese auch bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung (Formular L 1) zu beantragen. Andernfalls kommt es zu einer ungewollten Nachversteuerung.

→ *Hinweis*

Die gleichzeitige Berücksichtigung des Pensionistenabsetzbetrages und des Verkehrs- und Arbeitnehmerabsetzbetrages ist nicht möglich.

Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag^{Rz771ff}

Betrag: 494 € pro Jahr. Wird für ein oder mehrere Kind/er für mindestens sieben Monate Familienbeihilfe bezogen, gilt ein gestaffelter Kinderzuschlag:

Alleinverdiener/innen/ Alleinerzieher/innen mit	Kinderzuschlag pro Kind	Absetzbetrag inkl. Kinderzuschlag
1 Kind	130 € (1. Kind)	494 €
2 Kinder	130 € (1. Kind) + 175 € (2. Kind)	669 €
3 Kinder	130 € (1. Kind) + 175 € (2. Kind) + 220 € (3. Kind*)	889 €

*Der Betrag von 220 € gilt auch für jedes weitere Kind.

Besteht Anspruch auf einen Kinderzuschlag, ist die Auszahlung dieser Beträge als Negativsteuer möglich.

Anspruch: Alleinverdiener/innen und Alleinerzieher/innen

Infos: Alleinverdienerin oder Alleinverdiener ist,

- wer für ein oder mehrere Kind/er für mindestens sieben Monate Familienbeihilfe bezogen hat und
- wer mehr als sechs Monate im Kalenderjahr verheiratet ist oder in einer eingetragenen Partnerschaft oder Lebensgemeinschaft lebt. Die (Ehe) Partnerin/der (Ehe)Partner muss grundsätzlich unbeschränkt steuerpflichtig sein und die (Ehe)Partner dürfen nicht dauernd getrennt leben und
- die Einkünfte der Ehepartnerin oder des Ehepartners, der eingetragenen Partnerin oder des eingetragenen Partners oder der Lebensgefährtin oder des Lebensgefährten den Betrag von 6.000 € nicht überschreiten.

Der Alleinverdienerabsetzbetrag steht immer nur einer Person zu. Erfüllen die Partnerin und der Partner (z. B. Studentenpaar mit Kind) die Voraussetzungen, steht er der Partnerin oder dem Partner mit den höheren Einkünften zu. Haben die Partner keine oder gleich hohe Einkünfte, steht der Absetzbetrag der Frau zu, außer der Mann führt überwiegend den Haushalt.

Alleinerzieherin oder Alleinerzieher ist, - wer mehr als sechs Monate im Kalenderjahr nicht in einer Ehe oder eheähnlichen Gemeinschaft lebt und - Familienbeihilfe für mindestens sieben Monate für mindestens ein Kind erhält.

Wie errechnet sich die Einkommensgrenze für die (Ehe)Partnerin oder den (Ehe) Partner?

Maßgeblich sind die steuerpflichtigen Einkünfte einschließlich sonstiger Bezüge wie z.B. 13./14. Monatsgehalt soweit diese über den Freibetrag von 620 € bzw. die Freigrenze von 2.100 € jährlich hinausgehen, Abfertigungen oder Pensionsabfindungen. Für die Ermittlung der Grenzen werden vom Bruttobezug noch folgende Beträge abgezogen:

- Sozialversicherungsbeiträge
- Beiträge für die freiwillige Mitgliedschaft bei Interessenvertretungen (z. B. ÖGB-Beiträge)
- Pendlerpauschale
- Sonstige Werbungskosten (bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zumindest das Pauschale von 132 € jährlich)
- Steuerfreie Überstunden-, Sonntags-, Feiertagszuschläge und Zuschläge für Nacharbeit, weiters steuerfreie Schmutz-, Erschwernis- und Gefahrenzulagen

Bei mehreren Einkünften ist der Gesamtbetrag aller Einkünfte maßgeblich.

Für Familienbeihilfe, Karenzurlaubsgeld, Kinderbetreuungsgeld, Arbeitslosengeld und Notstandshilfe sowie für Alimentationszahlungen gilt Folgendes:

Sie sind, wie die meisten anderen steuerfreien Einkünfte, für die Berechnung der Einkunftsgrenzen nicht zu berücksichtigen.

Hingegen sind Einkünfte der (Ehe) Partnerin oder des (Ehe)Partners aus Kapitalvermögen (z. B. Zinsen, Aktiendividenden) zu berücksichtigen, auch wenn sie endbesteuert sind. Weiters ist das steuerfreie Wochengeld in die Einkunftsgrenze einzubeziehen, ebenso steuerfreie Bezüge aus Auslandsmontagen, Entwicklungshilfetätigkeiten sowie andere auf Grund zwischenstaatlicher (Doppelbesteuerungsabkommen) oder völkerrechtlicher (z. B. UNIDO, IAEO) Vereinbarungen steuerfreie Einkünfte.

Beispiel:

Ermittlung der Einkommensgrenze (Steuerpflichtiger mit Kind)

Bruttobezüge	8.400,00 €
- Sozialversicherungsbeiträge	
für laufende Bezüge	1.085,04 €
- Werbungskostenpauschale	132,00 €
- Sonstige Bezüge (inkl. SV)	
innerhalb der Steuer-	
freigrenze	1.200,00 €

Einkünfte aus nicht-selbständiger Arbeit 5.982,96 €

Hätte der Steuerpflichtige noch eine Abfertigung von 1.000 € erhalten, wäre die maßgebliche Einkunftsgrenze von 6.000 € überschritten.

Wie wird der Grenzbetrag bei Verheiratung, Scheidung, bei Tod eines (Ehe) Partners oder bei einer eingetragenen Partnerschaft ermittelt?^{Rz775}

Bei der Ermittlung des Grenzbetrages ist immer von den Einkünften des ganzen Jahres auszugehen. Wenn eine Ehe oder eheähnliche Gemeinschaft im Laufe eines Kalenderjahres geschlossen wird, sind die Einkünfte der (Ehe) Partnerin/des (Ehe)Partners oder der eingetragenen Partnerin/des eingetragenen Partners sowohl aus der Zeit vor als auch nach der Verheiratung in die Ermittlung des Grenzbetrages einzubeziehen. Analog dazu sind bei ei-

ner Scheidung auch die Einkünfte der früheren (Ehe)Partnerin/ des früheren (Ehe)Partners oder der eingetragenen Partnerin/ des eingetragenen Partners nach der Scheidung miteinzubeziehen, ebenso der Bezug einer Witwen/Witwer-Pension nach dem Tod der (Ehe)Partnerin/ des (Ehe)Partners oder der eingetragenen Partnerin/ des eingetragenen Partners.

Wie wird der Alleinverdiener- oder Alleinerzieherabsetzbetrag geltend gemacht?

Während des Kalenderjahres kann der Arbeitgeber oder die pensionsauszahlende Stelle auf Grund Ihrer Erklärung gegenüber dem Arbeitgeber (Formular E 30) den Alleinverdiener- oder Alleinerzieherabsetzbetrag berücksichtigen. Vergessen Sie nicht, die Anzahl der Kinder anzuführen, damit auch der entsprechende Kinderzuschlag berücksichtigt werden kann.

Haben Sie gleichzeitig mehrere Dienstverhältnisse, dürfen Sie die Erklärung nur einem Arbeitgeber abgeben. Fallen die Anspruchsvoraussetzungen während des Jahres weg (z. B. Einkünfte des (Ehe)Partners oder des eingetragenen Partners übersteigen die maßgeblichen Grenzen oder Ehescheidung), müssen Sie das Ihrem Arbeitgeber bzw. Ihrer pensionsauszahlenden Stelle innerhalb eines Monats melden (Formular E 30). Zusätzlich müssen Sie nach Ablauf des Jahres

eine Erklärung zur ArbeitnehmerInnenveranlagung abgeben.

Nach Ablauf des Kalenderjahres können Sie den Alleinverdiener- oder Alleinerzieherabsetzbetrag nachträglich beim Finanzamt im Wege der ArbeitnehmerInnenveranlagung geltend machen.

→ Hinweis

Auch wenn der Alleinverdiener- oder Alleinerzieherabsetzbetrag bereits während des Jahres durch Ihren Arbeitgeber berücksichtigt worden ist, vergessen Sie bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung nicht, die Angaben hinsichtlich des Alleinverdiener- oder Alleinerzieherabsetzbetrages in der Erklärung auszufüllen. Andernfalls kommt es zu einer ungewollten Nachversteuerung des Alleinverdiener- oder Alleinerzieherabsetzbetrages.

Unterhaltsabsetzbetrag^{Rz795-804}

Betrag: monatlich 29,20 € für das erste Kind, 43,80 € für das zweite Kind und jeweils 58,40 € für das dritte und jedes weitere alimentierte Kind.

Anspruch: Unterhaltsverpflichtete

Infos: Unterhaltsverpflichtete bzw. Unterhaltsverpflichteter ist, wer für ein nicht haushaltszugehöriges Kind – für das weder der bzw. dem Unterhaltsverpflichteten noch ihrem/seinem mit ihr/ihm im selben Haushalt lebende/n (Ehe)Partnerin oder (Ehe)Partner Familienbeihilfe gewährt wird

- nachweislich den gesetzlichen Unterhalt (Alimente) leistet. Im Unterschied zum Kinderabsetzbetrag wirkt sich der Unterhaltsabsetzbetrag erst im Nachhinein bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung aus.

Was ist beim Unterhaltsabsetzbetrag zu beachten?

Der volle Unterhaltsabsetzbetrag steht nur dann zu, wenn der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtung in vollem Umfang entsprochen wurde. Wurden Alimente nur teilweise bezahlt, wird der Unterhaltsabsetzbetrag entsprechend gekürzt.

Für volljährige Kinder, für die dem getrennt lebenden Elternteil keine Familienbeihilfe ausbezahlt wird, steht kein Unterhaltsabsetzbetrag zu. Der Unterhaltsabsetzbetrag steht auch für im Ausland lebende Kinder zu, für die Alimente bezahlt werden.

Kinderabsetzbetrag^{Rz790-792a}

Betrag: 58,40 € monatlich pro Kind. Der Kinderabsetzbetrag wird gemeinsam mit der Familienbeihilfe ausbezahlt.

Anspruch: Familienbeihilfenbezieher/innen

Infos: Der Kinderabsetzbetrag wirkt sich auf die Steuerberechnung nicht unmittelbar aus. Für Kinder, die sich ständig (nicht nur vorübergehend für Ausbildungszwecke) im Ausland aufhalten, steht kein Kinderabsetzbetrag zu. Auf Grund der gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen haben allerdings im Inland beschäftigte EU-Bürgerinnen oder EU-Bürger und EWR-Bürgerinnen bzw. EWR-Bürger (Island, Liechtenstein und Norwegen), deren Kinder sich ständig in einem Mitgliedstaat der EU/EWR aufhalten, zusätzlich zur Familienbeihilfe auch Anspruch auf den Kinderabsetzbetrag. Für ein Kind bzw. Kinder in Nicht-EU-/EWR-Staaten kann die oder der Unterhaltsverpflichtete eine außergewöhnliche Belastung von grundsätzlich 50 € monatlich geltend machen (siehe Seite 73).

Mehrkindzuschlag^{Rz793f}

Betrag: 20 € monatlich für das dritte und jedes weitere Kind

Anspruch: Bezieher/innen von Familienbeihilfe für mindestens drei Kinder. Das Familieneinkommen darf 55.000 € nicht überschreiten.

Infos: Der Mehrkindzuschlag wird auf Antrag vom Finanzamt ausbezahlt.

Wie hoch darf das Familieneinkommen für den Mehrkindzuschlag sein?

Ein Anspruch auf den Mehrkindzuschlag 2012, der im Wege der Veranlagung für 2011 beantragt wird, besteht dann, wenn das Familieneinkommen im Jahr 2011 den Betrag von 55.000 € nicht überstiegen hat. Das Familieneinkommen ist die Summe aus dem zu versteuernden Einkommen der antragstellenden Person sowie dem zu versteuernden Einkommen einer (Ehe)Partnerin bzw. eines (Ehe)Partners. Eine Zusammenrechnung erfolgt jedoch nur dann, wenn (Ehe)Partnerin und (Ehe)Partner im maßgeblichen Kalenderjahr mehr als sechs Monate im gemeinsamen Haushalt gelebt haben. Ist das Einkommen der (Ehe)Partnerin oder des (Ehe)Partners negativ, mindert dies nicht das Familieneinkommen (kein Verlustausgleich).

Wie stellen Sie den Antrag auf Mehrkindzuschlag?

Der Mehrkindzuschlag ist für jedes Kalenderjahr gesondert beim Finanzamt im Wege der ArbeitnehmerInnenveranlagung zu beantragen. Haben Sie keine steuerpflichtigen Einkünfte bezogen, können Sie beim Finanzamt die Auszahlung mit dem Formular E 4 geltend machen. Auch die (Ehe)Partnerin

oder der (Ehe)Partner der Familienbeihilfenbezieherin oder des Familienbeihilfenbeziehers kann den Mehrkindzuschlag bei ihrer bzw. seiner ArbeitnehmerInnenveranlagung beantragen. Die Familienbeihilfenbezieherin bzw. der Familienbeihilfenbezieher muss dem Finanzamt über Aufforderung eine Verzichtserklärung übermitteln.

Beispiel:

Ein Steuerpflichtiger mit vier Kindern, für die er Familienbeihilfe bezieht, beantragt den Mehrkindzuschlag 2012 im Rahmen der Veranlagung 2011. Der Steuerpflichtige hat im Jahr 2011 ein Einkommen von 33.000 €, die (Ehe)Partnerin ein Einkommen in der Höhe von 20.000 €, das ergibt ein Familieneinkommen von 53.000 €. Da die Voraussetzungen erfüllt sind, kann der Steuerpflichtige oder dessen (Ehe)Partnerin den Mehrkindzuschlag beantragen.

C. Absetzbeträge bei niedrigen Einkünften (Negativsteuer)^{Rz811ff}

Beziehen Sie kein oder ein geringes Einkommen, kann es in folgenden Fällen zu einer Steuergutschrift (Negativsteuer) kommen:

Besteht Anspruch auf den Arbeitnehmerabsetzbetrag, werden grundsätzlich 10% der Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (höchstens jedoch 110 €) gutgeschrieben.

Dies gilt auch für Grenzgängerinnen und Grenzgänger.

Personen, die mindestens in einem Kalendermonat Anspruch auf das Pendlerpauschale haben, steht in den Jahren 2008 bis 2010 ein Pendlerzuschlag in Höhe von 130 € zu, ab dem Jahr 2011 steht ein Pendlerzuschlag von 141 € zu. Insgesamt können daher bis 251 € (in den Jahren 2008 bis 2010 240 €) gutschrieben werden. Wenn der Arbeitgeber bereits während des Jahres ein Pendlerpauschale berücksichtigt hat oder wenn Sie ein Pendlerpauschale beantragen, wird ein Pendlerzuschlag gegebenenfalls automatisch berücksichtigt. Die Negativsteuer inklusive Pendlerzuschlag ist dabei mit insgesamt 15% der Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung begrenzt.

Der Alleinerzieher- oder Alleinverdienerabsetzbetrag (letzterer aber nur bei mindestens einem Kind, also wenn Anspruch auf einen Kinderzuschlag besteht) wird in jenen Fällen, in denen er sich auf Grund eines geringen Einkommens nicht oder nicht voll steuermindernd auswirken konnte, vom Finanzamt ausbezahlt – bei einem Kind daher beispielsweise bis zu 494 € (Negativsteuer).

Beispiel

Eine Angestellte ist teilzeitbeschäftigt und verdient monatlich brutto 440 € ($x 14 = 6.160 €$ jährlich). Die Sozialversicherungsbeiträge betragen (angenommen) 930 € jährlich. Steuer fällt bei diesem Bezug keine an. Es werden 10% von 930 € (also 93 €) bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung nach Ablauf des Jahres vom Finanzamt ausbezahlt. Wäre die Angestellte gleichzeitig Alleinerzieherin mit einem Kind, würde sich der Auszahlungsbetrag auf insgesamt 587 € ($494 € + 93 €$) erhöhen.

Die Ermittlung der Negativsteuer erfolgt bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung. Einkünfte die auf Grund zwischenstaatlicher (Doppelbesteuerungsabkommen) oder völkerrechtlicher (z.B. UNIDO, IAEO) Vereinbarungen steuerfrei sind, werden für Zwecke der Berechnung der Negativsteuer wie steuerpflichtige Einkünfte behandelt.

III. Die Lohnsteuerberechnung durch Ihren Arbeitgeber

Der Arbeitgeber kann bereits bei der Berechnung der Lohnsteuer bestimmte Steuerbefreiungen oder Steuerbegünstigungen berücksichtigen. Eine Übersicht über jene Steuerbegünstigungen bzw. -befreiungen gibt Ihnen das anschließende Kapitel mit folgenden Inhalten:

- Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte – Pendlerpauschale und Werkverkehr*
- Steuerfreie Leistungen des Arbeitgebers (z. B. Kinderbetreuungseinrichtungen, Krankenversicherungen oder Zukunftssicherung)*
- Dienstreisen (Informationen zum Kilometergeld sowie den Tagessätzen bei Dienstreisen)*
- Sonstige Bezüge in Form von Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und Abfertigungen*
- Diverse Zulagen, Zuschläge, Überstunden*

A. Allgemeines

Was muss Ihr Arbeitgeber bei der Berechnung der Lohnsteuer beachten?

Bereits bei der Berechnung der Lohnsteuer berücksichtigt Ihr Arbeitgeber auch zahlreiche Steuerbefreiungen und Steuerbegünstigungen. Geben Sie daher Ihrem Arbeitgeber alle Umstände und Änderungen bekannt, die Einfluss auf die Steuerberechnung haben (z. B. Familienstand, Wohnsitz, Kinder, Alleinverdiener/in, Alleinerzieher/in, Pendlerpauschale, Freibetragsbescheid). Bei Einhaltung Ihrer Meldeverpflichtungen (z. B. Wegfall des Alleinverdienerabsetzbetrages) haftet Ihr Arbeitgeber für die richtige Berechnung Ihrer Lohnsteuer.^{Rz1208} Er muss Ihnen auch eine Abrechnung für den im Kalendermonat ausbezahlten Arbeitslohn aushändigen.^{Rz1199}

In dieser Abrechnung muss Folgendes enthalten sein:

- Bruttobezüge
- Beitragsgrundlage für die Pflichtbeiträge (Sozialversicherungsbeiträge)
- Pflichtbeiträge
- Bemessungsgrundlage für den Beitrag zu einer betrieblichen Vorsorgekasse und der geleistete Beitrag
- Bemessungsgrundlage für die Lohnsteuer
- Einbehaltene Lohnsteuer

Grundsätzlich muss der Arbeitgeber dem Finanzamt der Betriebsstätte oder dem Krankenversicherungsträger nach Ablauf des Kalenderjahres die (Jahres) Lohnzettel^{Rz1220ff} bis Ende Februar elektronisch übermitteln. Die Lohnzettel müssen dem amtlichen Vordruck entsprechen (L 16).

Auch wenn die Lohnverrechnung „händisch“ erfolgt, ist der Lohnzettel grundsätzlich elektronisch zu übermitteln. In diesem Fall steht das Übermittlungsprogramm der Gebietskrankenkasse (ELDA) zur Verfügung. Ist kein Internetanschluss vorhanden, kann auch ein Papierlohnzettel und zwar bis Ende Jänner an das Finanzamt der Betriebsstätte übermittelt werden.

Wird das Dienstverhältnis im Laufe des Kalenderjahres beendet, muss der Arbeitgeber ebenfalls einen Lohnzettel bis zum Ende des Folgemonats an das Betriebsstättenfinanzamt oder den Krankenversicherungsträger übermitteln. Auch Sie als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer können von Ihrem Arbeitgeber einen (Jahres) Lohnzettel verlangen. Bei Beendigung des Dienstverhältnisses muss Ihnen auf alle Fälle ein Lohnzettel ausgehändigt werden.

Da das Finanzamt aber vom Arbeitgeber die Lohnzetteldaten erhält, dient er nur zu Ihrer eigenen Information. Bitte senden Sie diesen Lohnzettel nicht an das Finanzamt.

B. Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte^{Rz249ff}

Wie werden die Kosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte berücksichtigt?

Die Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte werden grundsätzlich durch den Verkehrsabsetzbetrag abgegolten.

Entfernung	Betrag/ Monat 2011	Jahresbetrag 2011
ab 20 km	58,00 €	696,00 €
ab 40 km	113,00 €	1.356,00 €
ab 60 km	168,00 €	2.016,00 €

Das große Pendlerpauschale steht zu, wenn die Benützung eines Massenverkehrsmittels nicht zumutbar ist.

Entfernung	Betrag/ Monat 2011	Jahresbetrag 2011
ab 2 km	31,00 €	372,00 €
ab 20 km	123,00 €	1.476,00 €
ab 40 km	214,00 €	2.568,00 €
ab 60 km	306,00 €	3.672,00 €

Unter gewissen Voraussetzungen besteht zusätzlich ein Anspruch auf das „kleine“ oder „große“ Pendlerpauschale.^{Rz249-276}

Tatsächliche Fahrtkosten können nicht geltend gemacht werden.

Das kleine Pendlerpauschale steht zu, wenn die Benützung eines Massenverkehrsmittels zumutbar ist.

Zur Berücksichtigung des Pendlerpauschales muss der jeweilige Arbeitsweg an mindestens elf Tagen pro Monat zurückgelegt werden. Das Pendlerpauschale steht auch während Urlauben und Krankenständen zu, ebenso bei nicht über ein Kalenderjahr hinausgehenden Karenzurlauben.

Während des Jahres können Sie das Pendlerpauschale bei Ihrem Arbeitgeber beantragen. Verwenden Sie dazu bitte das Formular L 34. Vergewissern Sie sich, ob Ihr Arbeitgeber das Pendlerpauschale ab Beginn Ihrer Beschäftigung bzw. ab Jahresanfang steuerlich berücksichtigt hat (siehe „Die Aufrolung durch den Arbeitgeber“, Seite 45).

Wenn Ihr Arbeitgeber das Pendlerpauschale berücksichtigt hat, ist keine Geltendmachung im Wege der ArbeitnehmerInnenveranlagung erforderlich. Wurde das Pendlerpauschale bei der laufenden Lohnverrechnung nicht berücksichtigt, können Sie dieses auch bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung geltend machen. Teilen Sie bitte Änderungen des Arbeitsweges umgehend Ihrem Arbeitgeber mit.

Sollte sich nachträglich herausstellen, dass Ihre Angaben gegenüber dem Arbeitgeber nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, sind Sie verpflichtet, im Rahmen einer ArbeitnehmerInnenveranlagung das Pendlerpauschale zu berichtigen und die Lohnsteuer nachzuzahlen.^{Rz274}

Werkverkehr^{Rz271}

Werkverkehr liegt vor, wenn der Arbeitgeber seine Arbeitnehmer/innen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit Fahrzeugen in der Art eines Massenförderungsmittels befördern lässt.

Der Vorteil der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers aus der Beförderung im Werkverkehr stellt keinen steuerpflichtigen Sachbezug dar.

Wenn eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer im Lohnzahlungszeitraum überwiegend im kostenlosen Werkverkehr befördert wird, steht der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer das Pendlerpauschale nicht zu. Muss eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer für den Werkverkehr bezahlen, so sind diese Kosten bis maximal zur Höhe des in seinem konkreten Fall in Frage kommenden Pendlerpauschales als Werbungskosten abzugsfähig. Dies gilt auch dann, wenn ein Fahrtausweis auch für andere Privatfahrten verwendet werden kann.

Muss eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer trotz eingerichteten Werkverkehrs bestimmte Wegstrecken zwischen Wohnung und Einstiegstelle des Werkverkehrs zurücklegen, so ist die Wegstrecke zwischen Wohnung und Einstiegstelle so zu behandeln, wie die Wegstrecke zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Die Einstiegstelle des Werkverkehrs wird somit für Belange des Pendlerpauschales mit der Arbeitsstätte gleichgesetzt.

Jobticket^{Rz747ff}

Werkverkehr mit Massenförderungsmitteln liegt auch dann vor, wenn der Arbeitgeber seine Arbeitnehmer/innen ausschließlich auf der Strecke zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bzw. retour mit einem öffentlichen Verkehrsmittel befördern lässt, sofern die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer dem Grunde nach die Voraussetzungen für die Gewährung des Pendlerpauschales erfüllt.

Werkverkehr ist nur dann anzunehmen, wenn der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer für die Strecke zwischen Wohnung und Arbeitsstätte eine nicht übertragbare Streckenkarte bzw. eine Netzkarte – wenn vom Träger des öffentlichen Verkehrs keine Streckenkarte ausgegeben wird – oder die Kosten höchstens den Kosten einer Streckenkarte entsprechen, zur Verfügung gestellt wird.

Kein Werkverkehr liegt vor, wenn der Arbeitgeber der Arbeitnehmerin oder dem Arbeitnehmer bloß die Kosten für Fahrtausweise zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ersetzt. Dieser Kostenersatz des Arbeitgebers stellt steuerpflichtigen Arbeitslohn dar.

Für Monate in denen Ihnen Ihr Arbeitgeber für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte eine Fahrkarte für ein öffentliches Verkehrsmittel (Jobticket) zur Verfügung gestellt hat, steht kein Pendlerpauschale zu.

C. Steuerfreie Leistungen des Arbeitgebers^{Rz45ff}

Welche Leistungen des Arbeitgebers bleiben bei der laufenden Lohnverrechnung steuerfrei?

- Kostenlose oder verbilligte Benützung von Einrichtungen und Anlagen, die der Arbeitgeber allen oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmer/innen zur Verfügung stellt. Dazu gehören beispielsweise Erholungs- und Kurheime, Kindergärten, Sportanlagen oder Betriebsbibliotheken.^{Rz77}
- Zuschüsse für die Betreuung von Kindern bis höchstens 500 € pro Kind und Kalenderjahr, der Arbeitgeber allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern oder bestimmten Gruppen seiner Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern gewährt. Für die Arbeitnehmerin oder für den Arbeitnehmer muss für mehr als sechs Monate im Jahr Anspruch auf Familienbeihilfe bestehen und das Kind darf im Kalenderjahr das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben.^{Rz77cff}
- Der Vorteil aus der Teilnahme an Betriebsveranstaltungen bis 365 € jährlich (Betriebsausflüge, kulturelle Veranstaltungen, Betriebsfeiern etc.) und die dabei erhaltenen Sachzuwendungen bis 186 € jährlich, beispielsweise für Weihnachtsgeschenke, Geschenkbons oder Goldmünzen.^{Rz78ff}
- Leistungen des Arbeitgebers für die Zukunftssicherung (z. B. Er- und Ab-

lebensversicherungen, Krankenversicherungen, Anteile an Pensionsinvestmentfonds oder Pensionskassenbeiträge) aller Arbeitnehmer/innen oder bestimmter Gruppen von Arbeitnehmer/innen (z.B. an alle Arbeitnehmer/innen oder an alle Angestellten) oder an den Betriebsratsfonds bis 300 € jährlich pro Arbeitnehmer/in.^{Rz81ff} Dies kann auch durch Umwandlung von Bezügen in derartige Vorsorgeleistungen erfolgen.^{Rz81e} Der Freibetrag steht pro Arbeitgeber zu, kann also auch zwei- oder mehrfach pro Jahr genutzt werden.

- Freiwillige soziale Zuwendungen des Arbeitgebers an den Betriebsratsfonds und freiwillige Zuwendungen zur Beseitigung von Katastrophenschäden.^{Rz92}
- Unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen am Unternehmen des Arbeitgebers an alle Arbeitnehmer/innen oder an bestimmte Gruppen von Arbeitnehmer/innen bis 1.460 €. Für die endgültige Steuerfreiheit muss

die Mitarbeiterbeteiligung fünf Jahre behalten werden.^{Rz85ff}

Beispiel

Ein Industriebetrieb gibt an alle Angestellten Aktien im Kurswert von 1.400 € unentgeltlich ab. Dieser Sachbezug ist steuerfrei.

- Freie oder verbilligte Mahlzeiten und Getränke am Arbeitsplatz.^{Rz93ff} Einschränkungen bestehen, wenn stattdessen Essensbons abgegeben wurden.
- Ein Teil der Einkünfte für begünstigte Auslands-Tätigkeiten durch Betriebe im EU/EWR Raum. Die Auslands-tätigkeit muss jeweils mehr als einen Monat dauern und bestimmte Kriterien müssen erfüllt werden.^{Rz55ff}
- Einkünfte von Entwicklungshelferinnen und -helfern.^{Rz71}
- Kostenlose oder verbilligte Beförderung der eigenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Beförderungsunternehmen sowie deren Angehörige.^{Rz103f}

→ Hinweis

Sowohl steuerfreie Einkünfte für Auslands-Tätigkeiten als auch von Entwicklungshelferinnen und -helfern werden bei der Veranlagung im Rahmen der Ermittlung des Steuersatzes (so genannter allgemeiner Progressionsvorbehalt)^{Rz119} berücksichtigt. Diese Einkünfte werden auch bei der Ermittlung des Grenzbetrages hinsichtlich der Zuerkennung des Alleinverdienerabsetzbetrages herangezogen.

D. Dienstreisen^{Rz699-741}

Welche Kostenersätze bleiben bei Dienstreisen steuerfrei?

Sind Sie beruflich unterwegs, sind folgende Kostenersätze des Arbeitgebers lohnsteuerfrei:

- Fahrtkosten (z. B. Kilometergelder)
- Tagesgelder und
- Nächtigungskosten

Wann liegt eine Dienstreise vor?

Eine Dienstreise ist dann gegeben, wenn man außerhalb seines Dienstortes (Büro, Werkstätte, Werksgelände, Lager usw.) tätig wird (Dienstreise im Nahbereich). Sie liegt aber auch dann vor, wenn man für einen längeren Zeitraum so weit entfernt arbeitet, dass eine tägliche Rückkehr an den ständigen Wohnort (Familienwohnsitz) nicht zugemutet werden kann (Dienstreise außerhalb des Nahbereichs). In beiden Fällen muss die Dienstreise im Auftrag des Arbeitgebers erfolgen. Die Unterscheidung ist aber für die Dauer der Gewährung steuerfreier Tagesgelder wichtig (siehe „Tagesgelder“, Seite 38).

Fahrtkosten

Steuerfrei bleiben Vergütungen der tatsächlichen Fahrtkosten (z. B. Bahn, Flug, Taxi). Bei der Verwendung des

Privatfahrzeuges können Kilometergelder steuerfrei ausbezahlt werden.

Das Kilometergeld beträgt:

Fahrzeug	KM Geld 2011
PKW	0,42 €
Für jede mitbeförderte Person	0,05 €
Motorrad	0,24 €
Fahrrad	0,38 €

Das PKW-Kilometergeld kann für höchstens 30.000 Kilometer jährlich lohnsteuerfrei ausbezahlt werden. Für die steuerfreie Auszahlung von Kilometergeldern ist grundsätzlich ein Fahrtenbuch zu führen. Es muss Folgendes beinhalten: Datum, Kilometerstand, Anzahl der beruflich zurückgelegten Tageskilometer, Ausgangs- und Zielpunkt sowie Zweck jeder einzelnen Fahrt. Neben dem Kilometergeld können keine weiteren Fahrtkosten steuerfrei ausbezahlt werden. Auch die Kosten der Autobahnvignette, Autobahn- und Tunnelmaut sowie Parkgebühren sind mit dem Kilometergeld abgedeckt.

Steuerfreie Fahrtkostenersätze sind vom Anspruch auf Tagesgelder unabhängig.^{Rz712ff}

Wie werden Kostenersätze für von der Wohnung aus angetretene Dienstreisen behandelt?

Werden Fahrten zu einem Einsatzort in einem Kalendermonat überwiegend unmittelbar von der Wohnung aus angetreten, liegen hinsichtlich dieses Einsatzortes ab dem Folgemonat Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte vor, die mit dem Verkehrsabsetzbetrag oder einem allfälligen Pendlerpauschale abgegolten sind. Derartige Kostenersätze sind somit ab dem Folgemonat steuerpflichtig.

Tagesgelder

Tagesgelder bei Dienstreisen im Inland bleiben bis zu 26,40 € pro Tag steuerfrei. Die Dienstreise muss länger als drei Stunden dauern. Ab dieser Dauer kann für jede angefangene Stunde ein Zwölftel von 26,40 € (somit 2,20 € pro Stunde) steuerfrei belassen werden.

Wie werden Tagesgelder bei Dienstreisen im Nahbereich steuerlich behandelt?

Wenn Ihre Dienstreisen im Nahbereich (i. d. R. bis 120 km) dauernd oder zumindest mit einer gewissen Regelmäßigkeit an denselben Einsatzort oder an mehrere Einsatzorte (z. B. Baustelle, Filiale) führen und keine günstigere Regelung in Ihrer lohngestaltenden Vorschrift (Ihrem Kollektivvertrag) be-

steht, ist die zeitliche Dauer der Begünstigung eingeschränkt. In diesem Fall sind die Tagesgelder bei täglicher Heimkehr ab jenem Zeitpunkt nicht mehr steuerfrei, in dem der auswärtige Einsatzort zu einem neuen Mittelpunkt der Tätigkeit wird.

Ein neuer Mittelpunkt der Tätigkeit liegt vor, wenn man^{Rz300-310}

- länger als fünf Tage an ein und demselben Einsatzort durchgehend tätig wird oder
- regelmäßig wiederkehrend (wöchentlich an einem Tag) an einem Einsatzort tätig wird und eine Anfangsphase von fünf Tagen überschreitet oder
- wiederkehrend, aber nicht regelmäßig, an einem Einsatzort tätig wird und eine Anfangsphase von 15 Tagen im Kalenderjahr überschreitet oder
- in einem gleich bleibenden Einsatzgebiet (z. B. Bezirksvertreter/in) länger als fünf Tage tätig wird oder
- im Rahmen einer Fahrtätigkeit auf gleich bleibenden Routen oder Linien (z. B. Busfahrer/in) länger als fünf Tage tätig wird.

Tagesgelder werden in diesen Fällen nur für die Anfangsphase von 5 bzw. 15 Tagen steuerfrei gewährt.

Ist der Anspruch auf Tagesgelder in einem Kollektivvertrag oder einer anderen lohngestaltenden Vorschrift geregelt, bleiben diese Tagesgelder unabhängig davon, ob durch die Dauer oder Gestaltung der Dienstreise ein neuer Mittelpunkt der Tätigkeit ent-

steht, im Rahmen der Zwölftelregelung des Einkommensteuergesetzes bis zu 26,40 € pro Tag (2,20 € pro angefangener Stunde, Minstdauer mehr als drei Stunden) für folgende Tätigkeiten steuerfrei:

- Außendiensttätigkeit
- Fahrtätigkeit
- Baustellen- und Montagetätigkeit
- Arbeitskräfteüberlassung
- vorübergehende Tätigkeit an einem Einsatzort in einer anderen politischen Gemeinde für 6 Monate

Wie werden Tagesgelder bei Dienstreisen außerhalb des Nahbereichs steuerlich behandelt?

Ist eine tägliche Heimkehr zum ständigen Wohnort (Familienwohnsitz) nicht zumutbar (i. d. R. ab 120 km), können Tagesgelder für eine Tätigkeit am selben Ort sechs Monate lang steuerfrei bis zur Höhe von 26,40 € täglich ausbezahlt werden.

Nächtigungskosten

Für Nchtigungen im Inland können die Kosten der Nchtigung inkl. Frühstück lt. Belegen steuerfrei vom Arbeitgeber ausbezahlt werden. Erfolgt kein belegmäßiger Nachweis, können pauschal 15 € pro Nacht steuerfrei belassen werden.

Entsteht aber für die Nchtigung kein Aufwand (z. B. eine Nchtigungsmöglichkeit wird zur Verfügung gestellt), darf kein steuerfreies Pauschale ausbezahlt werden. Zusätzliche Aufwendungen (z. B. für das Frühstück) können als Werbungskosten beim Finanzamt geltend gemacht werden. Ohne Beleg sind diese im Schätzungswege bei Inlandsreisen mit 4,40 € und bei Auslandsreisen mit 5,85 € pro Nchtigung anzusetzen.

Auslandsreisen

Tages- und Nchtigungsgelder im Ausland können vom Arbeitgeber mit dem Höchstsatz der Auslandsreise-sätze der Bundesbediensteten steuerfrei ausgezahlt werden. Nchtigungskosten inkl. Frühstück können auch laut Belegen im tatsächlich entstandenen Ausmaß steuerfrei abgegolten werden. Nachstehend die aktuellen Tages- und Nchtigungsgelder für die österreichischen Anrainerstaaten und die Vereinigten Staaten:

Land*	Tagesgeld	Nächtigungsgeld
Deutschland	35,30 €	27,90 €
Italien	35,80 €	27,90 €
Liechtenstein	30,70 €	18,10 €
Schweiz	36,80 €	32,70 €
Slowakei	27,90 €	15,90 €
Slowenien	31,00 €	23,30 €
Tschechien	31,00 €	24,40 €
Ungarn	26,60 €	26,60 €
USA	52,30 €	42,90 €

* Für bestimmte Großstädte (z. B. Rom, Mailand, New York, Washington) und Grenzgebiete (z. B. Freilassing) bestehen eigene Sätze. Die kompletten Auslandsreissätze finden Sie im Anhang zu den Lohnsteuer Richtlinien 2002 unter www.bmf.gv.at, Rubrik „Tools“, Findok (Richtlinien, Lohnsteuer Richtlinien, Anhang).

E. Arbeitgeberbeiträge zu Pensionskassen^{Rz756-766g}

Sind Beiträge zu Pensionskassen steuerfrei?

Beiträge, die der Arbeitgeber für seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an Pensionskassen im Sinne des Pensionskassengesetzes leistet, bleiben steuerfrei. Beiträge an ausländische Pensionskassen sind nur dann steuerfrei, wenn eine gesetzliche Verpflichtung besteht oder wenn sie an ausländische Einrichtungen im Sinne des Pensionskassengesetzes geleistet werden.

Bitte beachten Sie aber, dass die auf diesen Arbeitgeberbeiträgen beruhenden künftigen Pensionen in vollem Umfang der Steuerpflicht unterliegen.^{Rz758} Soweit die künftige Pension aus einer Pensionskasse auf Arbeitnehmerbeiträgen beruht, wird sie nur zu einem Viertel versteuert. Soweit Sie dafür eine Pensionsvorsorgeprämie beanspruchen, ist die künftige Pension überhaupt steuerfrei (siehe Seite 117). Die Lohnsteuerfreiheit gilt auch für Beiträge des Arbeitgebers an Unterstützungskassen oder an Arbeitnehmerförderungsstiftungen.

F. Sonstige Bezüge^{Rz1050ff}

Was sind sonstige Bezüge?

Sonstige Bezüge sind Bezüge, die einmalig oder in größeren Abständen neben dem laufenden Arbeitslohn gewährt werden. Die bedeutendsten sonstigen Bezüge sind das Urlaubsgeld und das Weihnachtsgeld (13. und 14. Monatsbezug).

Beispiele für weitere sonstige Bezüge sind:

- Abfertigungen
- Bilanzgelder
- Prämien
- Jubiläumsgelder
- Gewinnbeteiligungen

Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld

Wie werden Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld besteuert?

Erhält eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer von ihrem/seinem Arbeitgeber einen 13. und 14. Monatsbezug, so sind diese bis zu einem Betrag von 620 € jährlich steuerfrei. Der darüber hinausgehende Betrag wird mit dem festen Steuersatz von 6% versteuert.

Die sonstigen Bezüge werden aber nur bis zu einer bestimmten Grenze, dem sogenannten „Jahressechstel“^{Rz1068}, mit 6% besteuert.

Das Jahressechstel errechnet sich wie folgt:

$$\frac{\text{Im Kalenderjahr zugeflossene laufende (Brutto)Bezüge}}{\text{Anzahl der abgelaufenen Kalendermonate (seit Jahresbeginn)}} \times 2$$

Bei gleich bleibenden Bezügen entspricht das Jahressechstel somit zwei Monatsbezügen, also genau dem 13. und 14. Monatsbezug. Der Teil der sonstigen Bezüge, der das Jahressechstel übersteigt, wird nicht begünstigt besteuert, sondern gemeinsam mit dem in diesem Monat ausbezahlten laufenden Gehalt.

Bei niedrigen sonstigen Bezügen (in der Regel bis zu einem Monatsbruttogehalt von ca. 1.000 €) ist ein Betrag bis zu 2.100 € steuerfrei.

Die auf die sonstigen Bezüge entfallenden Sozialversicherungsbeiträge werden vor Anwendung des festen Steuersatzes abgezogen.

Abfertigungen^{Rz1070ff}

Seit 2003 gelten die Bestimmungen des „Betrieblichen Mitarbeiter-Vorsorgegesetzes“.

Bei der Besteuerung der Abfertigung ist zu unterscheiden, ob die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer einen Abfertigungsanspruch nach dem

„alten“ oder bereits nach dem „neuen“ Abfertigungssystem hat.

Was ist bei Dienstverhältnissen mit Beginn ab 2003 zu beachten?

Für Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer, deren Dienstverhältnis ab 2003 begonnen hat, ist grundsätzlich das „neue“ Abfertigungssystem anzuwenden (Ausnahmen sind beispielsweise Konzernversetzung oder kurzfristige Arbeitsunterbrechung).

In diesem Fall muss der Arbeitgeber für die Arbeitnehmerin und den Arbeitnehmer 1,53% des Bruttobezuges in eine Betriebliche Vorsorgekasse einzahlen. Für diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besteht keine Möglichkeit, eine kollektivvertragliche oder freiwillige Abfertigung mit dem festen Steuersatz von 6% zu versteuern.

Was ist bei Dienstverhältnissen mit Beginn vor 2003 zu beachten?

Verbleibt die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer im „alten“ Abfertigungssystem, treten keine Änderungen ein. Vereinbaren Arbeitgeber und Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer einen Wechsel in das „neue“ System, bestehen folgende Möglichkeiten:

- Einfrieren der „alten“ Abfertigungsansprüche bis zum Übertrittsstichtag und Zahlung der 1,53% des Bruttobezuges ab dem Übertrittsstichtag:

In diesem Fall gelten für die eingefrorenen Teile die „alten“ Bestimmungen unverändert weiter.^{Rz1087c}

- Vollübertragung der „alten“ Abfertigungsansprüche in eine Betriebliche Vorsorgekasse:

Dabei werden sämtliche gesetzlichen Abfertigungsansprüche bis zum Übertrittsstichtag an eine Betriebliche Vorsorgekasse übertragen. Hinsichtlich der gesetzlichen Abfertigung gelten ausschließlich die neuen Bestimmungen. Es besteht auch keine Möglichkeit, eine kollektivvertragliche Abfertigung mit dem festen Steuersatz von 6% zu versteuern. Die Bestimmungen betreffend freiwillige Abfertigung gelten aber unverändert weiter.^{Rz1087d}

- Teilübertragung der „alten“ Abfertigungsansprüche in eine Betriebliche Vorsorgekasse:

Dabei wird ein Teil der Ansprüche bis zum Übertrittsstichtag eingefroren und ein Teil an eine Betriebliche Vorsorgekasse übertragen. Für den eingefrorenen Teil gelten die Bestimmungen betreffend gesetzliche und freiwillige Abfertigung weiter.^{Rz1087f}

Wie werden gesetzliche und kollektivvertragliche Abfertigungen besteuert?

- Besteuerung nach dem „alten“ System:

Jene Abfertigungsansprüche, die vom Arbeitgeber ausgezahlt werden, weil die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer, dessen bzw. deren Dienstverhältnis vor 2003 be-

gonnen hat, nicht in das „neue“ System gewechselt ist oder weil Ansprüche zu einem bestimmten Zeitpunkt eingefroren wurden, sind grundsätzlich mit dem festen Steuersatz von 6% zu besteuern. Bei geringen Bezügen kann auch ein niedrigerer Satz angewendet werden.

- Besteuerung nach dem „neuen“ System:

Abfertigungsansprüche, die aus einer Betrieblichen Vorsorgekasse an die Arbeitnehmerin oder den Arbeitnehmer ausbezahlt werden, unterliegen dem festen Steuersatz von 6%. Werden Ansprüche an eine Zukunftsvorsorgeeinrichtung (z.B. Pensionskasse) übertragen, bleiben diese zur Gänze steuerfrei.^{Rz1079aff} Die nachfolgende Rentenauszahlung durch ein Versicherungsunternehmen oder eine Pensionskasse ist ebenfalls steuerfrei.^{Rz1079a} Kollektivvertragliche Abfertigungsansprüche, die nach dem Übertrittsstichtag entstehen, können nicht mehr mit dem festen Steuersatz von 6% begünstigt versteuert werden.^{Rz1087g}

Wie werden freiwillige Abfertigungen besteuert?

Freiwillige Abfertigungen,^{Rz1084ff} die bei oder nach Beendigung des Dienstverhältnisses anfallen, sind im Ausmaß von drei Monatsbezügen (unter Umständen zuzüglich von Steigerungsbeiträgen auf Grund nachgewiesener Dienstzeiten, soweit nicht für diese Dienstzeiten eine gesetzliche Abferti-

gung zusteht) mit dem festen Steuersatz von 6% zu versteuern. Die übersteigenden Bezüge sind mit dem laufenden Tarif zu versteuern. Besteht eine Anwartschaft gegenüber einer BV-Kasse (Abfertigung neu) werden die Bezüge zum laufenden Tarif versteuert.

Andere sonstige Bezüge

Gibt es weitere sonstige Bezüge, die steuerlich begünstigt sind?

Besondere Regelungen bestehen für folgende sonstige Bezüge:

- Prämien für Verbesserungsvorschläge^{Rz1091ff} sowie Vergütungen für Dienst-erfindungen^{Rz1094ff} sind bis zur Höhe eines zusätzlichen, um 15% erhöhten Jahressechstels mit dem festen Steuersatz von 6% zu versteuern.
- Nachzahlungen,^{Rz1105ff} Kündigungsentschädigungen^{Rz1104f} und Vergleichssummen^{Rz1103} werden nach dem Tarif besteuert. Nach Abzug der darauf entfallenden Sozialversicherungsbeiträge bleibt ein Fünftel der Bezüge als Progressionsmilderung und zur Berücksichtigung steuerfreier Zuschläge steuerfrei. Ist die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer mit ihren/seinen gesamten Abfertigungsansprüchen in das „neue“ System übergetreten und kommt es zur Zahlung einer Vergleichssumme, kann diese bis zu einem Betrag von 7.500 € mit dem festen Steuersatz von 6% versteuert werden. Diese Begünstigung steht je-

nen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht zu, die zur Gänze im „alten“ System verblieben sind oder deren Ansprüche ganz oder teilweise zu einem bestimmten Stichtag eingefroren wurden.^{Rz1102b}

- Ersatzleistungen^{Rz1108ff} für nicht verbrauchten Urlaub werden aufgeteilt. Wenn sie laufende Bezüge betreffen, sind sie nach dem Tarif zu versteuern. Betreffen sie sonstige Bezüge, unterliegen sie dem festen Steuersatz von 6%.
- Pensionsabfindungen^{Rz1109ff} sind nur dann mit dem halben Steuersatz zu versteuern, wenn ihr Barwert 10.800 € nicht übersteigt (bis 11.000 € beträgt der Steuersatz ohnehin 0%, siehe Seite 20). Ist die Pensionsabfindung höher, ist sie zur Gänze im Kalendermonat der Zahlung zum Tarif zu versteuern. Zur Vermeidung einer Versteuerung kann der Barwert einer Pensionsabfindung durch den Arbeitgeber auch steuerneutral an eine Pensionskasse übertragen werden.
- Sozialplanzahlungen^{Rz1114a} bleiben bis zu einer Höhe von 22.000 € mit dem halben Steuersatz begünstigt.

G. Zulagen und Zuschläge^{Rz1126ff}

Welche steuerfreien Zulagen und Zuschläge gibt es?

Zulagen auf Grund von Kollektivverträgen, Betriebsvereinbarungen oder gesetzlichen Vorschriften bleiben bis

zu einem Höchstbetrag von 360 € monatlich steuerfrei.

- Voraussetzung ist, dass die Arbeiten
- eine erhebliche Verschmutzung der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers und ihrer/seiner Kleidung bewirken (Schmutzzulage) oder
 - eine außerordentliche Erschwernis im Vergleich zu den allgemein üblichen Arbeitsbedingungen (in dieser Branche) darstellen (Erschwerniszulage) oder
 - infolge der schädlichen Einwirkungen von gesundheitsgefährdenden Stoffen oder Strahlen, von Hitze, Kälte oder Nässe, zwangsläufig eine Gefährdung mit sich bringen (Gefährdungszulage).

Ebenso bleiben Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit und mit diesen Arbeiten zusammenhängende Überstundenzuschläge bis zu einem Höchstbetrag von 360 € monatlich steuerfrei.

H. Überstunden^{Rz1145ff}

Wie werden „normale“ Überstunden besteuert?

Der Grundlohn für die Überstunde ist immer mit dem laufenden Tarif zu versteuern. Die Überstundenzuschläge für die ersten zehn Überstunden im Monat sind im Ausmaß von höch-

tens 50% des Grundlohnes bis zu einem monatlichen Höchstbetrag von insgesamt 86 € steuerfrei.

I. Zuschläge für Nachtarbeit und Nachtüberstunden^{Rz1142ff}

Wann sind Zuschläge für Nachtarbeit und Nachtüberstunden steuerfrei?

Unter Nachtzeit im steuerlichen Sinn versteht man den Zeitraum zwischen 19.00 Uhr und 7.00 Uhr. Begünstigt sind nur Zuschläge für Arbeitsstunden, die während einer zusammenhängenden Nachtarbeitszeit von mindestens drei Stunden (Blockzeit) geleistet werden.

Eine Sonderregelung gibt es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Normalarbeitszeit im Lohnzahlungszeitraum überwiegend im Nachtzeitraum liegt. Für diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erhöht sich der Freibetrag von 360 € monatlich um 50% auf 540 € monatlich. Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeiter sind unter anderem Bäckerinnen und Bäcker, Nachtportiere, Nachtpflegerinnen und -pfleger.

Für die Inanspruchnahme der Steuerbefreiung für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge gelten bestimmte Regelungen. Wesentlich ist, dass die Arbeitsleistung während dieser Zeit betrieblich erforderlich ist und dass die Anzahl und der Zeitpunkt der

Stunden anhand von konkreten Aufzeichnungen nachgewiesen werden.

J. Aufrollung durch den Arbeitgeber^{Rz1189ff}

Was versteht man unter Aufrollung durch den Arbeitgeber?

Der Arbeitgeber oder der Pensionsversicherungsträger kann freiwillig als besondere Serviceleistung im Rahmen der „Lohnsteueraufrollung“ u. a. unterschiedlich hohe monatliche Steuerbemessungsgrundlagen ausgleichen. Ein Antrag ist dafür nicht erforderlich.

Wenn Sie ganzjährig bei Ihrem Arbeitgeber beschäftigt waren oder von Ihrem Pensionsversicherungsträger ganzjährig eine Pension erhalten haben und für Sie kein Freibetrag berücksichtigt wurde, kann der Arbeitgeber oder der Pensionsversicherungsträger im Dezember eine „erweiterte“ Aufrollung durchführen.

Der Arbeitgeber kann

- Ihre Kirchenbeiträge und Gewerkschaftsbeiträge (dies erfordert natürlich eine rechtzeitige Belegvorlage) berücksichtigen, sowie
- die Steuer für die sonstigen Bezüge innerhalb des Jahressechstels (in Bezug auf Freigrenze und Einschleifregelung) neu berechnen.

IV. Was können Sie im Zuge der ArbeitnehmerInnenveranlagung geltend machen?

Nach Ablauf des Jahres können Sie Folgendes geltend machen:

- Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag einschließlich Kinderzuschlag (auch wenn vom Arbeitgeber bereits berücksichtigt)*
- erhöhter Pensionistenabsetzbetrag*
- Unterhaltsabsetzbetrag*
- Mehrkindzuschlag*
- Kinderfreibetrag*
- Pendlerpauschale (wenn nicht schon vom Arbeitgeber berücksichtigt)*

Details zu den Steuerabsetzbeträgen (einschließlich Mehrkindzuschlag) finden Sie im Kapitel II. Dieses Kapitel konzentriert sich daher auf:

- Sonderausgaben (z. B. Kirchenbeiträge, bestimmte Spenden oder Kosten für Wohnraumschaffung)*
- Werbungskosten (z. B. typische Arbeitskleidung, Aus- und Fortbildungskosten oder Umschulungskosten)*
- Außergewöhnliche Belastungen mit Selbstbehalt und ohne Selbstbehalt (z. B. Krankheitskosten, aber auch sämtliche Kinderbetreuungskosten)*
- Kinderfreibetrag (siehe Seite 88)*
- Amtsbescheinigungen und Opferausweise*

A. Sonderausgaben^{Rz429ff}

Was sind Sonderausgaben?

Das Einkommensteuergesetz 1988 zählt bestimmte private Ausgaben auf, die steuerlich begünstigt werden. Sind die aufgezählten Ausgaben gleichzeitig Werbungskosten oder Betriebsausgaben, dann sind sie als solche abzugsfähig.

Folgende Sonderausgaben sind teils in unbeschränkter Höhe, teils in begrenztem Umfang abziehbar:

- Bestimmte Renten (insbesondere Leibrenten) und dauernde Lasten: in unbeschränkter Höhe
- Freiwillige Weiterversicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung und Nachkauf von Versicherungszeiten, z.B. von Schulzeiten: in unbeschränkter Höhe^{Rz579}
- Versicherungsprämien für freiwillige Personenversicherungen: innerhalb des gemeinsamen Höchstbetrages^{Rz458-494b}
- Beiträge zu Pflegeversicherungen, wenn sie den Charakter einer Krankenversicherung oder einer Rentenversicherung ab Eintritt einer Pflegebedürftigkeit haben: innerhalb des gemeinsamen Höchstbetrages^{Rz458a}
- Beiträge zu Pensionskassen: innerhalb des gemeinsamen Höchstbetrages^{Rz458ff}

- Kosten für Wohnraumschaffung und Wohnraumsanierung: innerhalb des gemeinsamen Höchstbetrages^{Rz495-540}
- Kirchenbeiträge: bis zu 200 €^{Rz558-560}
- Steuerberatungskosten: in unbeschränkter Höhe^{Rz561-564a}
- Spenden an humanitäre Einrichtungen (mildtätige Organisationen, Entwicklungshilfe- oder Katastrophenhilfeorganisationen) bis zu 10% der Einkünfte des Vorjahres^{Rz570-571}
- Spenden an bestimmte Lehr- und Forschungsinstitutionen und an Dachverbände zur Förderung des Behindertensports: bis zu 10% der Einkünfte des Vorjahres^{Rz565-573}

→ Hinweis

Auch Verlustabzüge (= Verluste aus einer betrieblichen Tätigkeit, die in Vorjahren nicht mit positiven Einkünften ausgeglichen werden konnten) gelten als Sonderausgaben.

Zu welchem Zeitpunkt sind Sonderausgaben absetzbar?

In der Regel ist der Zeitpunkt der Bezahlung maßgebend. Wird eine Versicherungsprämie oder ein ähnlicher Beitrag in einer einmaligen Leistung (Einmalprämie) entrichtet, können Sie im Jahr des Einmalerlages eine Aufteilung auf zehn Jahre beantragen. Da-

durch kann der persönliche Höchstbetrag besser genutzt werden.^{Rz434, 483ff} Die Zehnjahresverteilung ist aber auch bei den unbegrenzt absetzbaren Beiträgen zu einer freiwilligen Weiterversicherung (zum Nachkauf von Versicherungszeiten) möglich. Bei einer fremdfinanzierten Wohnraumschaffung oder Wohnraumsanierung gelten die Rückzahlungsbeträge einschließlich Zinsen als Sonderausgaben.

Können Zahlungen, die für andere Personen geleistet werden, als Sonderausgaben geltend gemacht werden (erweiterter Personenkreis)?

Beiträge zu Personenversicherungen inkl. Weiterversicherungen in der gesetzlichen Pensionsversicherung, Nachkauf von Schulzeiten, Selbstversicherung von Angehörigen, Wohnraumschaffungs-, Wohnraumsanierungskosten und Kirchenbeiträge können auch dann abgesetzt werden, wenn sie für die nicht dauernd getrennt lebende Ehepartnerin bzw. den nicht dauernd getrennt lebenden Ehepartner oder für ein Kind, für das der Kinder- oder Unterhaltsabsetzbetrag zusteht, geleistet werden. Dasselbe gilt für die Partnerin oder den Partner bei Lebensgemeinschaften mit Kind.^{Rz575}

Was müssen Sie bei der Geltendmachung von Sonderausgaben beachten?

Ihre Sonderausgaben können Sie im Wege der ArbeitnehmerInnenveranla-

gung beantragen. Bewahren Sie Ihre Belege sieben Jahre auf, da sie auf Verlangen Ihres Finanzamtes vorzulegen sind.

Welche Sonderausgaben sind nur im Rahmen des gemeinsamen Höchstbetrages abzugsfähig (Topf-Sonderausgaben)?^{Rz580-584}

Versicherungsprämien (außer: freiwillige Weiterversicherung und Nachkauf von Versicherungszeiten), Pensionskassenbeiträge, Wohnraumschaffung und Wohnraumsanierung werden auch als „Topf-Sonderausgaben“ bezeichnet und sind insgesamt bis zu einem persönlichen Höchstbetrag von 2.920 € jährlich abzugsfähig. Der persönliche Höchstbetrag erhöht sich für Alleinverdienerinnen oder Alleinverdiener und Alleinerzieherinnen oder Alleinerzieher auf 5.840 €. Sonderausgaben innerhalb des Höchstbetrages werden nur im Ausmaß eines Viertels steuerwirksam.

Was ist der Sonderausgabenerhöhungsbetrag?^{Rz581}

Der Sonderausgabenerhöhungsbetrag kann beantragt werden, wenn mindestens drei Kinder, für die für mindestens sieben Monate Familienbeihilfe bezogen wurde oder für die mindestens sieben Monate ein Unterhaltsabsetzbetrag zusteht, vorhanden sind. Es erhöht sich dadurch der Höchstbetrag für die Topfsonderausgaben um weitere 1.460 €, auf 4.380 € oder für

Alleinverdienerinnen oder Alleinverdiener (mit Kind) und Alleinerzieherinnen oder Alleinerzieher auf 7.300 €. Dieser Sonderausgabenerhöhungsbeitrag kann jedoch nur von einer Person in Anspruch genommen werden.

Was ist das Sonderausgabenpauschale?^{Rz596ff}

Auch wenn Sie keine Sonderausgaben haben, wird bei der laufenden Lohnverrechnung automatisch ein Sonderausgabenpauschale in Höhe von 60 € jährlich von Ihren Einkünften abgezogen.

Wie wirken sich Topf-Sonderausgaben steuerlich aus?^{Rz589-591}

Die innerhalb des persönlichen Höchstbetrages ausgegebene Summe wird geviertelt (so genanntes „Sonderausgabenviertel“) und um das Sonderausgabenpauschale von 60 € jährlich vermindert. Topf-Sonderausgaben wirken sich daher steuerlich nur aus, wenn sie höher als 240 € sind.

Beispiel

Sonderausgaben	2.036 €
Ein Viertel davon	509 €
– Sonderausgabenpauschale	– 60 €
Steuerwirksame Sonderausgaben (bis 36.400 € Jahreseinkünfte)	449 €

Die steuerwirksamen Sonderausgaben reduzieren die Einkommensteuer in Höhe des jeweiligen Grenzsteuersatzes (siehe Seite 21).

Ab welcher Einkunftshöhe stehen Topf-Sonderausgaben nicht mehr zu?^{Rz592-595}

Bis zu einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 36.400 € jährlich stehen Topf-Sonderausgaben im Ausmaß eines Viertels zu (siehe Beispiel). Zwischen 36.400 € und 60.000 € reduziert sich der abzugsfähige Betrag gleichmäßig nach folgender Formel auf das Sonderausgabenpauschale:

$$\frac{(60.000 - \text{Gesamtbetrag der Einkünfte}) \times (\text{Sonderausgabenviertel} - 60)}{23.600} + 60$$

Ein Betrag von 60 € wird in jedem Fall berücksichtigt.

B. Sonderausgaben im Einzelnen

Versicherungsprämien

Welche Versicherungsprämien können unbegrenzt abgesetzt werden?

Beiträge für die freiwillige Weiterversicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung und für den Nachkauf von Versicherungszeiten in der gesetzlichen Sozialversicherung^{Rz579f} sind ohne Höchstbetragsbeschrän-

kung in vollem Ausmaß (keine Viertelung) und ohne Kürzung um den Pauschalbetrag abzugsfähig.

Welche Versicherungsprämien können begrenzt im Rahmen des gemeinsamen Höchstbetrages geltend gemacht werden?

Unter die Sonderausgabenbegünstigung fallen nur Personenversicherungen, nicht aber Sachversicherungen (z. B. Feuer-, Haushaltsversicherung).

Zu den Personenversicherungen zählen Versicherungsprämien und Beiträge zu einer freiwilligen:

- Höhrversicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung
- Rentenversicherung mit einer auf Lebensdauer zahlbaren Rente^{Rz464f, 479ff}
- Lebensversicherung auf Ableben^{Rz471}
- Kapitalversicherung auf Er- und Ableben, wenn der Versicherungsvertrag vor dem 1.6.1996 abgeschlossen wurde^{Rz467}
- Pflegeversicherung^{Rz458a}
- Krankenversicherung^{Rz458-461}
- Unfallversicherung (einschließlich Insassenunfallversicherung)
- Witwen-, Waisen-, Versorgungs- und Sterbekasse

Mit Ausnahme der Beiträge zu einer freiwilligen Höhrversicherung sind Prämien an alle im EU-Raum ansässigen Versicherungsgesellschaften absetzbar.

→ Hinweis

Wenn Sie für Ihre Beiträge zu einer freiwilligen Höhrversicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung eine Pensionsvorsorgeprämie (siehe Seite 117) beanspruchen, können Sie dafür nicht gleichzeitig Sonderausgaben geltend machen.

Wann müssen Versicherungsprämien nachversteuert werden?

Werden die Ansprüche vor oder nach Beginn der Rentenzahlungen ganz oder zum Teil durch eine Kapitalzahlung abgegolten, sind die als Sonderausgaben abgesetzten Beträge nachzuversteuern.^{Rz606} Eine Nachversteuerung von Versicherungsprämien erfolgt auch, wenn die Ansprüche aus einem Lebensversicherungsvertrag – ohne Nachweis einer wirtschaftlichen Notlage – abgetreten, rückgekauft oder innerhalb von zehn Jahren verpfändet werden. Die Nachversteuerung erfolgt mit 30% der steuerwirksamen Beträge. Im Falle von Rückvergütungen sind künftige Prämien bis zur Höhe des rückvergüteten Betrages nicht absetzbar.

Pensionskassenbeiträge

Beiträge, die die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer an eine inländische Pensionskasse oder ohne gesetzliche Verpflichtung an eine ausländische Pensionskasse leistet, sind innerhalb des gemeinsamen Höchstbetrages Sonderausgaben. Gleiches gilt für Prämien zu einer betrieblichen Kollektivversicherung sowie an eine dieser entsprechenden ausländische Einrichtung (§ 5 Z 4 Pensionskassengesetz). Die auf diese Beitrags- oder Prämienzahlungen entfallende Pension ist nur zu einem Viertel steuerpflichtig. Die auf die Arbeitgeberbeiträge entfallende Pension ist hingegen voll steuerpflichtig.

→ Hinweis

Wenn Sie für Ihre Pensionskassenbeiträge oder Ihre Prämien zu einer betrieblichen Kollektivversicherung eine Pensionsvorsorgeprämie (siehe Seite 117) beanspruchen, können Sie dafür nicht gleichzeitig Sonderausgaben geltend machen.

Wohnraumschaffung und Wohnraumsanierung

Welche Aufwendungen für Wohnraumschaffung sind Sonderausgaben?^{Rz503-505}

Aufwendungen für die Errichtung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen oder Zahlungen für achtjährig gebundene Beträge an Bauträger (Baukostenzuschüsse für die Errichtung einer Mietwohnung z.B. an Genossenschaften und Gemeinden) sind als Sonderausgaben innerhalb des gemeinsamen Höchstbetrages absetzbar.

Was gilt als Eigenheim und wer kann dafür Sonderausgaben absetzen?^{Rz509-510}

Ein Eigenheim ist ein Wohnhaus im Inland oder im Ausland, das ganzjährig bewohnt werden kann (Beheizbarkeit, Benützungsbewilligung). Ein Gartenhaus oder ein Badebungalow ist kein Eigenheim. Das Eigenheim darf maximal zwei Wohnungen haben und mindestens zwei Drittel der Gesamtnutzfläche müssen Wohnzwecken dienen. Sonderausgaben können grundsätzlich die Eigentümerin bzw. der Eigentümer oder die Miteigentümerinnen und Miteigentümer geltend machen. Zum erweiterten Personenkreis siehe Seite 49. Begünstigt ist die Errichtung (auch eines Fertigteilhauses), nicht aber der Ankauf eines fertigen Eigenheimes. Erwirbt jemand einen Rohbau, dann sind zwar die An-

schaffungskosten des Rohbaus keine Sonderausgaben, wohl aber die weiteren Kosten der Baumaßnahmen. Das Eigenheim oder die Eigentumswohnung muss unmittelbar nach Fertigstellung für einen Zeitraum von zumindest zwei Jahren als Hauptwohnsitz dienen.

Was zählt zu den Errichtungskosten eines Eigenheimes?^{Rz511}

Zu den Errichtungskosten gehören die Grundstückskosten und alle mittelbaren und unmittelbaren Kosten der Baumaßnahmen:

- Grundstückskosten einschließlich Maklerkosten sowie Aufschließungskosten
- Planungskosten (Baumeister/in, Architekt/in)
- Anschlusskosten an ein öffentliches Versorgungsnetz (Kanal, Wasser, Gas, Strom)
- Kosten der Bauausführung (Baumeister, Elektroinstallation, Dachdeckung etc.)
- Kosten für den Ankauf von Baumaterial (Schotter, Zement, Fliesen etc.)
- Kosten der Umzäunung

Keine Sonderausgaben sind hingegen:^{Rz512}

- Kosten der Wohnungseinrichtung (z.B. Teppiche, Möbel, Einbauküche, Wandvertäfelung)
- Kosten der Gartengestaltung

- Kosten für vom Eigenheim getrennte Bauten (z.B. Garage oder Sauna neben dem Haus)

Wer den Kauf eines Grundstückes als Sonderausgabe geltend macht, muss innerhalb von fünf Jahren mit Baumaßnahmen beginnen. Der Erwerb des Grundstückes nach der Errichtung des Eigenheimes führt nicht zu Sonderausgaben.

Als Sonderausgaben für die Schaffung von Wohnraum können in der Regel nur die bis zur Fertigstellung (Erteilung der Benützungsbewilligung) des Eigenheimes anfallenden Kosten und die darauf entfallenden Darlehensrückzahlungen inkl. Zinsen geltend gemacht werden. Werden in der Benützungsbewilligung weitere Auflagen erteilt (z.B. Verputz der Fassade), so zählen diese Aufwendungen noch zu den begünstigten Errichtungskosten.

Was gilt als Eigentumswohnung?

Als Sonderausgaben können die Aufwendungen für die Errichtung einer Eigentumswohnung im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes geltend gemacht werden, vorausgesetzt, mindestens zwei Drittel dienen Wohnzwecken.^{Rz519-521} Nicht abgesetzt werden kann der Ankauf einer bereits fertig gestellten (errichteten) Eigentumswohnung.

Was sind achtjährig gebundene Beträge?^{Rz497ff}

Darunter versteht man Zahlungen des Wohnungswerbers zur Schaffung von Wohnraum an:

- gemeinnützige Bau-, Wohnungs- und Siedlungsvereinigungen
- Unternehmen, die auf Grund ihrer Satzung und Geschäftsführung Wohnraum schaffen
- Gebietskörperschaften (z. B. Baukostenzuschuss für eine Gemeindewohnung)

Werden die Beträge vor Ablauf von acht Jahren seit Vertragsabschluss zurückgezahlt, kommt es zu einer Nachversteuerung. Geht die Wohnung ins Eigentum der Wohnungswerberin bzw. des Wohnungswerbers über oder werden die rückgezahlten Beträge wieder für Wohnraumschaffung oder -sanierung verwendet, unterbleibt die Nachversteuerung.

Welche Ausgaben zur Wohnraumsanierung können als Sonderausgaben berücksichtigt werden?^{Rz522-530}

Kosten der Sanierung von Wohnraum sind absetzbar, wenn die Arbeiten von der Steuerpflichtigen oder vom Steuerpflichtigen direkt beauftragt und durch befugte Unternehmen durchgeführt wurden. Begünstigt sind sowohl Instandsetzungs- als auch Herstellungsmaßnahmen.

Aufwendungen zur Sanierung von Wohnraum können sowohl von der Eigentümerin und vom Eigentümer, als auch beispielsweise von der Mieterin oder vom Mieter geltend gemacht werden. In diesem Fall muss die Sanierung von der Mieterin und vom Mieter (und nicht von der Vermieterin bzw. vom Vermieter) in Auftrag gegeben worden sein.^{Rz524}

Instandsetzungsmaßnahmen^{Rz531-533b} sind insbesondere:

- Austausch aller Fenster samt Rahmen
- Austausch aller Türen samt Türstock
- Austausch von Zwischendecken
- Austausch von Unterböden
- Austausch einzelner Fenster bei Verbesserung des Lärmschutzes oder zur Minderung des Energieverbrauches
- Austausch der Eingangstür bei Verbesserung des Einbruchsschutzes oder zur Minderung des Energieverbrauches
- Austausch von Heizungsanlagen (verbesserte Heizleistung, bessere Bedienbarkeit)
- Austausch der Elektro-, Gas-, Wasser- und Heizungsinstallationen
- Einbau von Wärmepumpen, Solar- und Wärmerückgewinnungsanlagen
- Photovoltaikanlagen
- Umstellung auf Fernwärmeversorgung
- Maßnahmen zur Verminderung des Energieverlustes oder -verbrauches
- Nachträglicher Anschluss an Versorgungsnetze (beispielsweise an die

Wasser-, Kanal-, Strom- oder Gasversorgung). Darunter fallen sowohl die Aufwendungen für das Herstellen des Anschlusses als auch die Anschlussgebühren. Die Kosten eines Telefonanschlusses sind nicht absetzbar.

Herstellungsmaßnahmen^{Rz534f} sind insbesondere:

- Zusammenlegen von Wohnungen
- Einbau von Zentralheizungen und Aufzugsanlagen
- Einbau von Badezimmern und Toilettenanlagen
- Versetzen von Türen, Fenstern und Zwischenwänden

Nicht absetzbar sind beispielsweise:^{Rz530}

- Laufende Wartungsarbeiten, Ausbessern des Verputzes, Ausmalen und Tapezieren von Räumen, Austausch einer beschädigten Fensterscheibe
- Materialrechnungen bei Selbstmontage
- Über die Miete weiterverrechnete Sanierungskosten^{Rz524}
- Aufwendungen für eine Luxusausstattung
- Kosten für die Einrichtung (Möbelstücke, Einbauküche)

Was gilt bei Darlehensfinanzierungen?

Wird die Errichtung oder Sanierung von Wohnraum fremdfinanziert, sind die Rückzahlungen (inkl. der bezahlten Zinsen) als Sonderausgaben ab-

setzbar. Dies gilt auch dann, wenn das Darlehen vom Voreigentümer übernommen worden ist.^{Rz440} Auch die Rückzahlungen von umgeschuldeten Krediten mit besseren Konditionen sind begünstigt.^{Rz439}

Kirchenbeiträge*In welchem Ausmaß sind Kirchenbeiträge absetzbar?*^{Rz558-560}

Beiträge an gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften können bis höchstens 200 € jährlich abgesetzt werden. Sie sind neben den Topf-Sonderausgaben absetzbar und werden auch nicht um das Sonderausgabenpauschale gekürzt. Sie können diese Beiträge unter bestimmten Voraussetzungen auch bei Ihrem Arbeitgeber oder Ihrem Pensionsversicherungsträger (Ihrer pensionsauszahlenden Stelle) geltend machen (siehe „Aufrollung durch den Arbeitgeber“, Seite 45).

Spenden*Welche Spenden sind steuerlich absetzbar?*^{Rz565-573}

Eine Steuerbegünstigung besteht für Spenden an Forschungs- und Lehreinrichtungen. Folgende begünstigte Spendenempfänger sind im Gesetz konkret aufgezählt:

- Universitäten, Kunsthochschulen, Akademie der bildenden Künste
- Forschungsförderungsfonds
- Österreichische Akademie der Wissenschaften
- Österreichische Nationalbibliothek, Diplomatische Akademie, Österreichisches Archäologisches Institut, Institut für Österreichische Geschichtsforschung
- Bundesdenkmalamt und bestimmte Museen
- Dachverbände zur Förderung des Behindertensports

Weiters werden im Rahmen von Sonderausgaben Geldzuwendungen an begünstigte Körperschaften für mildtätige Zwecke, für die Bekämpfung von Armut und Not in Entwicklungsländern sowie zur Hilfestellung in nationalen und internationalen Katastrophenfällen steuerlich anerkannt.

Die komplette Liste dieser begünstigten Empfänger finden Sie auf www.bmf.gv.at, Rubrik „Steuern“, Bürgerinformation.

→ Hinweis

Geldzuwendungen an Umwelt-, Natur- und Artenschutzorganisationen, an behördlich genehmigte Tierheime sowie an freiwillige Feuerwehren und die Landesfeuerwehrverbände sind ab dem 1.1.2012 abzugsfähig.

C. Werbungskosten^{Rz223ff}

Was sind Werbungskosten?

Werbungskosten einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers sind Aufwendungen oder Ausgaben, die beruflich veranlasst sind. Sie stehen also in unmittelbarem Zusammenhang mit einer nichtselbständigen Tätigkeit.

Bestimmte Werbungskosten, wie beispielsweise Pflichtversicherungsbeiträge, Kammerumlagen und Wohnbauförderungsbeiträge, werden vom Arbeitgeber beim Lohnsteuerabzug automatisch berücksichtigt. Das Service-Entgelt für die e-card ist ebenfalls ein Pflichtbeitrag und wird bei der Lohnverrechnung automatisch berücksichtigt.^{Rz243ff}

Die steuerwirksamen Werbungskosten reduzieren die Einkommensteuer in Höhe des jeweiligen Grenzsteuersatzes (siehe Seite 21).

Das Pendlerpauschale können Sie bei Ihrem Arbeitgeber durch eine Erklärung mit dem Formular L 34 geltend machen. Sollten Sie dies versäumt haben, können Sie es jederzeit bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung nachholen. Weitere Werbungskosten können Sie nachträglich beim Finanzamt im Wege der ArbeitnehmerInnenveranlagung beanspruchen.

Was ist bei Werbungskosten grundsätzlich zu beachten?

Prinzipiell müssen Werbungskosten durch entsprechende Nachweise (Rechnungen, Quittungen, Fahrtenbuch) belegt werden können. Wenn nach Art und Höhe ein Nachweis nicht möglich ist, genügt die Glaubhaftmachung.

→ Hinweis

Bitte legen Sie der Erklärung keine Belege bei. Bewahren Sie die Belege aber sieben Jahre auf, da sie auf Verlangen des Finanzamtes vorgelegt werden müssen.

Was ist das Werbungskostenpauschale?

Jeder aktiven Arbeitnehmerin und jedem aktiven Arbeitnehmer steht ein Werbungskostenpauschale in der Höhe von 132 € jährlich zu. Dieses Pauschale ist schon in den üblichen Lohnsteuertabellen eingerechnet und wird unabhängig davon, ob Werbungskosten anfallen, von der Lohnsteuerbemessungsgrundlage abgezogen.

Die folgenden in der Praxis am häufigsten anfallenden Werbungskosten wirken sich daher nur dann steuermindernd aus, wenn sie insgesamt mehr als 132 € jährlich betragen:^{Rz320ff}

- Arbeitskleidung^{Rz322f}
- Arbeitsmittel und Werkzeuge^{Rz277}

- Arbeitszimmer^{Rz324ff}
- Aus- und Fortbildung, Umschulung^{Rz358ff}
- Betriebsratsumlage^{Rz242}
- Computer^{Rz339f}
- Doppelte Haushaltsführung^{Rz341ff} und Familienheimfahrten^{Rz354ff}
- Fachliteratur^{Rz353}
- Fahrrad^{Rz356a}
- Fahrtkosten
- Fehlgelder^{Rz357}
- Gewerkschaftsbeiträge^{Rz240f}
- Internet^{Rz367}
- Kraftfahrzeug^{Rz369ff}
- Reisekosten^{Rz278ff}
- Sprachkurse^{Rz363}
- Studienreisen^{Rz389ff}
- Telefon, Handy^{Rz391}

D. ABC der Werbungskosten^{Rz322ff}

Arbeitskleidung^{Rz322f}

Typische Berufskleidung oder Arbeitsschutzkleidung kann als Bekleidungs-aufwand geltend gemacht werden. Kleidung, die üblicherweise auch privat getragen wird, kann nicht abgeschrieben werden. Dazu zählen die Ausgaben für ein Kostüm oder für einen Anzug, selbst wenn eine solche Bekleidung am Arbeitsplatz verlangt wird. Werbungskosten sind z.B.:

- Schlosser-, Maler-, Asbest- und Monteuranzüge, Arbeitsmäntel
- Stützschuhe und -strümpfe bei stehenden Berufen

- Kochanzug, Fleischerschürze
- Uniformen oder mit einem Firmenemblem versehene Dienstanzüge, die Uniformcharakter haben, sowie dazugehörige Accessoires (Mascherl, Krawatte)

→ Hinweis

Die Reinigungskosten für Ihre Arbeitskleidung können Sie nur bei außergewöhnlicher beruflicher Verschmutzung (z. B. Arbeitskleidung eines Automechanikers) absetzen. Eine weitere Voraussetzung für die Geltendmachung ist die Rechnung einer Reinigungsfirma.^{Rz323}

Arbeitsmittel und Werkzeuge^{Rz277}

Darunter fallen Wirtschaftsgüter, die überwiegend zur Ausübung einer Berufstätigkeit verwendet werden.

Beispiele:

- Computer
- Kraftfahrzeuge bei Vertreterinnen und Vertretern im Außendienst
- Messer bei Fleischerinnen und Fleischern oder Köchinnen und Köchen
- Motorsäge bei Forstarbeiterinnen und Forstarbeitern
- Musikinstrumente von Musikerinnen und Musikern oder Musiklehrerinnen und Musiklehrern

Arbeitsmittel und Werkzeuge, die nicht mehr als 400 € kosten, sind geringwertige Wirtschaftsgüter. Sie können zur Gänze in dem Kalenderjahr abgesetzt werden, in dem sie angeschafft wurden. Übersteigen die Anschaffungskosten bei einem mehr als ein Jahr nutzbaren Wirtschaftsgut 400 €, können sie nur verteilt über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgesetzt werden (Absetzung für Abnutzung, kurz AfA genannt). Werden Arbeitsmittel oder Werkzeuge nach dem 30. Juni des betreffenden Jahres angeschafft, kann für das erste Jahr nur die halbe AfA abgesetzt werden^{Rz235} (siehe Beispiel beim Stichwort „Computer“, Seite 63/64).

Arbeitszimmer^{Rz324-336}

Die Aufwendungen für ein in der Privatwohnung eingerichtetes Arbeitszimmer einschließlich Einrichtung sind grundsätzlich nicht abzugsfähig. Abzugsfähige Ausgaben liegen nur dann vor, wenn das Arbeitszimmer (nahezu) ausschließlich beruflich genutzt wird und den Mittelpunkt der gesamten betrieblichen und beruflichen Tätigkeit bildet.

Dies ist insbesondere bei Heimarbeiterinnen und -arbeitern, Heimbuchhalterinnen und -buchhaltern oder Telearbeitern (siehe Seite 69) der Fall, nicht aber bei Lehrerinnen und Lehrern, Richterinnen und Richtern, Politikerinnen und Politikern oder Vertrete-

rinnen und Vertretern. Aufwendungen für ein beruflich notwendiges, außerhalb des Wohnungsverbandes gelegenes, Arbeitszimmer können als Werbungskosten abgesetzt werden.^{Rz335}

Als Werbungskosten im Zusammenhang mit einem Arbeitszimmer kommen folgende anteilige Kosten in Betracht:

- Mietkosten
- Betriebskosten (Beheizung, Beleuchtung, Versicherung etc.)
- AfA für Einrichtungsgegenstände; bei Eigenheimen oder Eigentumswohnungen auch eine AfA von den Herstellungskosten^{Rz334}
- Finanzierungskosten^{Rz334}

→ Hinweis

In der Wohnung außerhalb eines steuerlich anerkannten Arbeitszimmers beruflich genutzte Einrichtungsgegenstände (z. B. Schreibtische, Sessel, Regale, Büroschränke, Kästen) sind nicht abzugsfähig. Nur „typische“ Arbeitsmittel – wie z. B. EDV-Ausstattung (inkl. Computertisch) und Fax – gelten im Ausmaß der beruflichen Nutzung als Arbeitsmittel. Es schadet daher nicht, dass sie in der Wohnung stehen und kein steuerlich anerkanntes Arbeitszimmer vorhanden ist.^{Rz327}

Aus- und Fortbildung, Umschulung^{Rz358-366}

Wann sind Bildungsmaßnahmen steuerlich absetzbar?

Aufwendungen für Bildungsmaßnahmen sind als Werbungskosten abzugsfähig, wenn sie Kosten für Fortbildung, Ausbildung im verwandten Beruf oder eine umfassende Umschulung darstellen.^{Rz358}

Was sind Fort- und Ausbildungskosten und wann sind sie absetzbar?

Eine Fortbildung liegt vor, wenn bereits eine berufliche Tätigkeit ausgeübt wird und die Bildungsmaßnahmen (z. B. berufsbezogene Kurse, Seminare) der Verbesserung von Kenntnissen und Fähigkeiten in Ausübung dieser Tätigkeit dienen. Fortbildungskosten sind als Werbungskosten abziehbar. Auch kaufmännische oder bürotechnische Grundausbildungen (z. B. EDV-Kurse, Internet-Kurse, Erwerb des europäischen Computerführerscheins, Einführungskurse in Buchhaltung, Kostenrechnung, Lohnverrechnung oder Steuerlehre) sind ohne Prüfung einer konkreten Verwertbarkeit im jeweiligen Beruf abzugsfähig (siehe Sprachkurse, Seite 68).

Eine Ausbildung liegt vor, wenn die Bildungsmaßnahmen zur Erlangung von Kenntnissen dienen, die eine künftige Berufsausübung ermög-

lichen. Sie sind absetzbar, wenn sie im Zusammenhang mit einer zum aktuell ausgeübten Beruf verwandten Tätigkeit stehen. Verwandte Tätigkeiten sind z.B. Friseur/in und Fußpfleger/in, Fleischhauer/in und Köchin oder Koch, Elektrotechniker/in und EDV-Techniker/in.

Steht eine Bildungsmaßnahme im Zusammenhang mit der bereits ausgeübten Tätigkeit, ist eine Unterscheidung in Fort- oder Ausbildung nicht erforderlich, weil in beiden Fällen Abzugsfähigkeit gegeben ist. Aus- und Fortbildungskosten unterscheiden sich von der Umschulung dadurch, dass sie nicht „umfassend“ sein müssen, somit auch einzelne berufsspezifische Bildungssegmente als Werbungskosten abzugsfähig sind.

Beispiele für abzugsfähige Fort- und Ausbildungsaufwendungen:

- Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Besuch einer HTL (Elektrotechnik) durch einen Elektriker
- Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Architekturstudium eines Baumeisters (HTL) an einer technischen Universität
- Aufwendungen einer Restaurantfachfrau im Zusammenhang mit dem Besuch eines Lehrganges für Tourismusmanagement
- Aufwendungen eines Technikers im Zusammenhang mit der Ablegung der Ziviltechnikerprüfung

- Aufwendungen im Zusammenhang mit der Ablegung einer Berufsreifeprüfung oder dem Besuch einer AHS (BHS) oder einem einschlägigen Universitätsstudium durch öffentlich Bedienstete

Was sind Umschulungskosten und wann sind sie absetzbar?

Eine Umschulung liegt vor, wenn die Maßnahmen derart umfassend sind, dass sie einen Einstieg in eine neue berufliche Tätigkeit ermöglichen, die mit der bisherigen Tätigkeit nicht verwandt ist und auf die tatsächliche Ausübung eines anderen Berufes abgezielt wird.

Beispiele für abzugsfähige Umschulungsmaßnahmen:

- Ausbildung einer Arbeitnehmerin aus dem Druckereibereich zur Krankenpflegerin
- Aufwendungen eines Landarbeiters im Zusammenhang mit der Ausbildung zum Werkzeugmacher
- Aufwendungen einer Schneiderin im Zusammenhang mit der Ausbildung zur Hebamme
- Aufwendungen eines Studenten (siehe Seite 62), der zur Finanzierung seines Studiums Einkünfte aus Hilfstätigkeiten oder aus fallweisen Beschäftigungen erzielt

Der Begriff „Umschulung“ setzt – ebenso wie Aus- und Fortbildung – voraus,

dass die oder der Steuerpflichtige im Umschulungsjahr eine Tätigkeit ausübt, wenn auch nur einfache Tätigkeiten oder fallweise Beschäftigungen.

Beispiel

Beginn eines Medizinstudiums im Oktober 2010 und Aufnahme einer Tätigkeit als Taxifahrer im Februar 2011. Die Studienkosten können ab dem Jahr 2011 als Umschulungskosten abgesetzt werden.

Der Begriff „Umschulung“ impliziert, dass hier nur Fälle eines angestrebten Berufswechsels gemeint sind.

Wurde bereits ein Beruf ausgeübt, hindert eine eingetretene Arbeitslosigkeit die Abzugsfähigkeit von Umschulungskosten sowie von Aus- und Fortbildungskosten nicht, unabhängig davon, ob Arbeitslosengeld bezogen wurde. Da eine Pensionistin oder ein Pensionist keine Erwerbstätigkeit ausübt, sind Bildungsmaßnahmen jedweder Art (Fortbildung, Ausbildung, Umschulung) grundsätzlich nicht als Werbungskosten absetzbar. Davon ausgenommen ist eine Frühpensionistin oder ein Frühpensionist, die bzw. der einen beruflichen Wiedereinstieg anstrebt. Die Beweggründe für eine Umschulung können durch äußere Umstände (z. B. wirtschaftlich bedingte Umstrukturierungen des Arbeitgebers oder sogar Betriebsschließungen) hervorgerufen werden, an einer Unzufriedenheit im bisherigen Beruf lie-

gen oder einem Interesse an einer beruflichen Neuorientierung entspringen. Die oder der Steuerpflichtige muss aber nachweisen oder glaubhaft machen, dass sie oder er tatsächlich auf die Ausübung eines anderen Berufs abzielt.

Davon kann jedenfalls ausgegangen werden, wenn

- die Einkunftserzielung im früher ausgeübten Beruf auf Grund von Arbeitslosigkeit nicht mehr gegeben ist oder
- die weitere Einkunftserzielung im bisherigen Beruf gefährdet ist oder
- die Berufschancen oder Verdienstmöglichkeiten durch die Umschulung verbessert werden.

Die Umschulung muss umfassend sein. Aufwendungen der oder des Steuerpflichtigen selbst im Zusammenhang mit Umschulungsmaßnahmen, die aus öffentlichen Mitteln (AMS) oder von Arbeitsstiftungen gefördert werden, sind immer als Werbungskosten abzugsfähig. Aufwendungen für einzelne Kurse oder Kursmodule für eine nicht verwandte berufliche Tätigkeit sind hingegen nicht als Umschulungskosten abzugsfähig (z.B. Aufwendungen für den Besuch eines einzelnen Krankenpflegekurses, der für sich allein keinen Berufsumstieg sicherstellt). Derartige Aufwendungen sind nur abzugsfähig, wenn sie Aus- oder Fortbildungskosten darstellen.

Sind Kosten für ein Studium absetzbar?

Die Kosten für ein Universitätsstudium können als Fortbildungskosten (z.B. Zweitstudium mit enger Verflechtung zum Erststudium wie etwa das Studium der Betriebswirtschaftslehre durch einen Juristen), als Ausbildungskosten in einem verwandten Beruf (z.B. Betriebswirtschaftsstudium eines Industriekaufmannes) oder als Umschulungskosten (z.B. Pharmaziestudium einer Bibliothekarin) absetzbar sein.

Dabei sind nicht nur Studienbeiträge, sondern sämtliche mit der Bildungsmaßnahme zusammenhängenden Kosten (z.B. Fachliteratur und Fahrtkosten, siehe Seite 65) abzugsfähig.

Wie sieht es mit Kosten für berufsbildende Schulen aus?

Kosten für berufsbildende Schulen sind absetzbar, wenn sie mit dem ausgeübten oder einem verwandten Beruf zusammenhängen oder eine umfassende Umschulung darstellen. Absetzbar sind z.B. Aufwendungen einer Buchhalterin, die am Abend eine Handelsschule oder eine HAK besucht; eines leitenden Angestellten eines Exportunternehmens, der eine einschlägige Fachhochschule besucht; oder eines Technikers, der eine HTL besucht.

Können Kosten für die „private“ Ausbildung geltend gemacht werden?

Nicht abzugsfähig sind Kosten für Ausbildungen, die hauptsächlich die Privatsphäre betreffen. Darunter fallen etwa Kosten für den B-Führerschein, für Sportkurse oder für Persönlichkeitsbildung.

Die Kosten für den C-Führerschein können Sie nur dann absetzen, wenn Sie den Führerschein für den ausgeübten oder verwandten Beruf benötigen.

Welche Bildungskosten sind konkret als Werbungskosten absetzbar?

Absetzbar sind insbesondere:

- eigentliche Kurskosten (Kursbeitrag)
- Kosten für Unterlagen, Fachliteratur
- Kosten für „Arbeitsmittel“ (z.B. anteilige PC-Kosten)
- zusätzliche Fahrtkosten
- allenfalls Tagesgelder (für die ersten fünf Tage, wenn der Kurs nicht am Wohnort oder Arbeitsort stattfindet)
- Nächtigungskosten

Zu welchem Zeitpunkt und bei welchen Einkünften sind Bildungskosten absetzbar?

Aus-, Fortbildungs- und Umschulungskosten sind wie alle Werbungskosten in jenem Jahr abzusetzen, in dem sie ge-

leistet werden. Fortbildungskosten und Ausbildungskosten sind bei der bisherigen Tätigkeit als Werbungskosten geltend zu machen.

Kosten für eine umfassende Umschulung, die auf die tatsächliche Ausübung eines anderen Berufes abzielen, stellen sogenannte „vorweggenommene Werbungskosten“ dar, die mit anderen (auch nichtselbständigen) Einkünften ausgleichsfähig sind. Im Einzelfall können auch Fortbildungskosten als vorweggenommene Werbungskosten berücksichtigt werden (z.B. Kurs über Wertpapierrecht bei Einstellungszusage einer Bank für die Wertpapierabteilung).

Die im Rahmen der ArbeitnehmerInnenveranlagung beantragten Bildungsaufwendungen sind um die steuerfreien Förderungsmittel (z.B. Zuschüsse) zu kürzen. Beantragen Sie daher nur den Differenzbetrag!

Beispiel:

Wenn Ihre Weiterbildungskosten 200 € betragen, Sie dafür 50 € an Förderungen refundiert bekommen, können Sie bei der Arbeitnehmerveranlagung nur die Differenz von 150 € für Weiterbildungskosten geltend machen.

Betriebsratsumlage^{Rz242}

Die Betriebsratsumlage wird zwar bei der Lohnverrechnung einbehalten, wirkt sich jedoch bei der laufenden Lohnabrechnung nicht steuermindernd aus.

Sie kann im Wege der ArbeitnehmerInnenveranlagung geltend gemacht werden.

Computer^{Rz339f}

Aufwendungen für Computer und Zubehör (z.B. Drucker oder Scanner) sind Werbungskosten, soweit eine berufliche Verwendung vorliegt. Steht der Computer in der Wohnung, ist das Ausmaß der beruflichen Nutzung von der Arbeitnehmerin oder vom Arbeitnehmer nachzuweisen oder glaubhaft zu machen.

Ohne besonderen Nachweis wird – wenn eine wesentliche Nutzung als Arbeitsmittel dem Grunde nach glaubhaft gemacht wird – ein Privatanteil von 40% angenommen. Die Anschaffungskosten eines Computers sind über die Absetzung für Abnutzung (AfA) auf Basis einer zumindest dreijährigen Nutzungsdauer abzuschreiben.

PC, Bildschirm und Tastatur stellen eine Einheit dar. Werden Zubehöreile – wie Maus, Drucker oder Scanner – unter 400 € nachträglich ange-

schaft, können sie als geringwertiges Wirtschaftsgut (nach Abzug eines Privatanteils) sofort zur Gänze steuerlich abgesetzt werden.

Auch sämtliche mit dem Betrieb des Computers verbundene Aufwendungen wie PC-Tisch, Software, USB-Sticks, Handbücher und Papier, sind nach Maßgabe der beruflichen Nutzung absetzbar.

Beispiel:

Anschaffung eines zu Hause aufgestellten, beruflich genutzten PC einschließlich Bildschirm und Tastatur um insgesamt 1.200 € am 11.08.2011. Die Werbungskosten betragen ohne Nachweis der Privatnutzung bei einer dreijährigen Nutzungsdauer:

Jahr	insgesamt	40 % Privatanteil	Abzug
AfA 2011	200 €*	80 €	120 €
AfA 2012	400 €	160 €	240 €
AfA 2013	400 €	160 €	240 €
AfA 2014	200 €*	80 €	120 €

* Halbjahres-AfA

Doppelte Haushaltsführung^{Rz341ff} und Familienheimfahrten^{Rz354ff}

Wenn Ihr Beschäftigungsort vom Familienwohnsitz zu weit entfernt ist, um täglich nach Hause zu fahren, (jedenfalls bei einer Entfernung von mehr als 120 km) und Sie somit eine Wohnung in der Nähe Ihres Arbeitsplatzes benötigen, können Sie die Aufwendungen für diese Wohnung als Werbungskosten geltend machen. Sie dürfen beispielsweise Miet- und Betriebskosten für eine zweckentsprechende angemietete Wohnung einschließlich der erforderlichen Einrichtungsgegenstände bis zu 2.200 € monatlich^{Rz349} absetzen.

Weiters können Aufwendungen für Familienheimfahrten bis zu einem Höchstbetrag von 306 € pro Monat als Werbungskosten geltend gemacht werden. Als Fahrtkosten sind die Aufwendungen für das jeweils benützte Verkehrsmittel zu berücksichtigen (z.B. Bahnkarte, Kilometergeld).

Verheiratete sowie in eingetragener Partnerschaft oder in eheähnlicher Gemeinschaft (auch ohne Kind) Lebende können diese Werbungskosten auf Dauer absetzen, wenn die Partnerin und der Partner steuerlich relevante Einkünfte (mehr als 2.200 € jährlich oder mehr als ein Zehntel der Einkünfte der / des Steuerpflichtigen) erzielen.

Ist die Partnerin oder der Partner nicht berufstätig, kann die doppelte Haushaltsführung in der Regel für eine Dauer von zwei Jahren beansprucht werden. Bei Alleinstehenden ist sie mit sechs Monaten befristet. In Ausnahmefällen (z.B. in Berufszweigen mit typischerweise hoher Fluktuation, wie im Baugewerbe; bei befristeten Arbeitsverhältnissen; wenn am Familienwohnsitz ein pflegebedürftiger Angehöriger lebt; bei ausländischem Familienwohnsitz – auch bei wesentlichem Kaufkraftunterschied oder bei fremdenrechtlichen Zuzugsbeschränkungen) kann auch ein längerer Zeitraum gerechtfertigt sein.^{Rz346}

Fachliteratur^{Rz353}

Aufwendungen für Fachbücher (oder entsprechende elektronische Datenträger) sind als Werbungskosten absetzbar. Aus dem Beleg muss der genaue Titel des Werkes hervorgehen. Die Bezeichnung „diverse Fachliteratur“ reicht nicht aus. Allgemein bildende Werke wie Lexika oder Nachschlagewerke gelten nicht als Fachliteratur. Auch Aufwendungen für Zeitungen stellen grundsätzlich privaten Aufwand dar.^{Rz394}

Fahrrad^{Rz356a}

Beruflich veranlasste Fahrten (gilt nicht für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte) mit einem privaten Fahr-

rad können in Form des Kilometergeldes in Höhe von 0,38 € pro Kilometer als Werbungskosten berücksichtigt werden. Maximal für 1.500 Kilometer (= bis zu 570 €) jährlich.

Fahrtkosten

Siehe „Reisekosten“, Seite 66.

Fehlgelder^{Rz357}

Kassenfehlbeträge, die die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber ersetzen muss, sind Werbungskosten.

Gewerkschaftsbeiträge^{Rz240f}

Gewerkschaftsbeiträge dürfen nur in jenem Fall als Werbungskosten geltend gemacht werden, wenn diese noch nicht vom Arbeitgeber einbehalten und bei der Lohnverrechnung berücksichtigt wurden.

Internet^{Rz367}

Die Kosten für eine beruflich veranlasste Verwendung eines Internetanschlusses sind entsprechend der beruflichen Nutzung absetzbar. Sofern eine Abgrenzung nicht möglich ist, ist die Aufteilung der Kosten zu schätzen.

Im beruflichen Ausmaß anteilig absetzbar sind die Providergebühr, die Leitungskosten (Online-Gebühren) oder die Kosten für Pauschalabrechnungen (z.B. Paketlösung für Internetzugang, Telefongebühr). Aufwendungen für beruflich veranlasste spezielle Anwendungsbereiche (z.B. Gebühr für die Benutzung des Rechtsinformationssystems) sind zur Gänze absetzbar.

Kraftfahrzeug^{Rz369-381}

Beruflich veranlasste Kosten für ein privates Kfz können entweder in Form von Kilometergeldern oder im tatsächlich nachgewiesenen Umfang als Werbungskosten berücksichtigt werden.

Die Kilometergelder decken folgende Kosten ab:

- Absetzung für Abnutzung
- Treibstoff und Öl
- Service- und Reparaturkosten
- Zusatzausrüstungen (Winterreifen, Autoradio, Navigationsgerät usw.)
- Steuern, (Park-)Gebühren, Mauten und Autobahnvignette
- Versicherungen aller Art
- Mitgliedsbeiträge für Autofahrerklubs
- Finanzierungskosten

Kilometergelder können jährlich für maximal 30.000 beruflich gefahrene Kilometer abgesetzt werden.

An Stelle der Kilometergelder können die Kosten auch in tatsächlicher

Höhe entsprechend der beruflichen Nutzung abgesetzt werden.^{Rz372, 375}

→ Hinweis

Neben dem Kilometergeld können Schäden auf Grund höherer Gewalt (insbesondere Reparaturaufwand nach unverschuldetem Unfall, Steinschlag), die sich im Rahmen eines beruflichen Kfz-Einsatzes ereignen, als Werbungskosten geltend gemacht werden.^{Rz373}

Zum Nachweis der beruflichen Jahresfahrleistung sollten Sie ein Fahrtenbuch mit Datum, Kilometerstand, Ausgangs- und Zielpunkt, Zweck der einzelnen Fahrt und beruflich zurückgelegte Tageskilometer führen. Wenn ein Nachweis über die Verwendung des Kfz auch mit anderen Unterlagen möglich ist (z.B. Reisekostenabrechnung gegenüber dem Arbeitgeber), benötigen Sie kein Fahrtenbuch.

Reisekosten^{Rz278-318}

Das Einkommensteuergesetz spricht von einer Dienstreise, wenn die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer über Auftrag des Arbeitgebers außerhalb des Dienstortes tätig wird. Der Dienstreisebegriff ist relativ weit (siehe Kapitel „Dienstreisen“, Seite 37). Vom Ar-

beitgeber aus Anlass einer Dienstreise gezahlte Reisekostenersätze sind innerhalb bestimmter Grenzen steuerfrei.

Erhält die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber keine oder nur einen Teil der steuerlich zulässigen Reisekostenersätze, kann sie oder er ihre oder seine Aufwendungen ganz oder zum Teil als Werbungskosten geltend machen. Allerdings müssen die (im Vergleich zur Dienstreise strengeren) Voraussetzungen für eine „beruflich veranlasste Reise“ vorliegen. Für Fahrtkosten gilt diese Einschränkung nicht, d. h. die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer kann die Kosten für jede beruflich veranlasste Fahrt (ausgenommen Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte), soweit sie nicht vom Arbeitgeber ersetzt werden, als Werbungskosten geltend machen.

Wann liegt eine beruflich veranlasste Reise vor?

Eine beruflich veranlasste Reise liegt vor, wenn die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer aus beruflichen Gründen eine Reise über eine größere Entfernung (in einer Richtung mindestens 25 km Fahrtstrecke) unternimmt. Dabei muss die Reisedauer mehr als drei Stunden bei Inlandsreisen betragen. Zudem darf kein weiterer Mittelpunkt der Tätigkeit begründet werden (siehe Seite 38). Fahrtkosten sind auch bei geringerer Entfer-

nung und kürzerer Dauer der Reise absetzbar.^{Rz278}

Eine berufliche Veranlassung kann – anders als bei einer Dienstreise – auch ohne Auftrag des Arbeitgebers gegeben sein (z.B. bei Berufsbildung, zur Erlangung eines neuen Arbeitsplatzes). Absetzbare Aufwendungen („Reisekosten“) wie Fahrtkosten, Verpflegungsmehr- und Nächtigungsaufwand müssen von der Arbeitnehmerin oder vom Arbeitnehmer selbst getragen worden sein.

→ Hinweis

Steuerfreie Reisekostenersätze des Arbeitgebers vermindern den jeweils abzugsfähigen Aufwand.

Fahrtkosten

Beruflich veranlasste Fahrtkosten sind – soweit der Arbeitgeber keinen Ersatz leistet – im tatsächlich angefallenen Umfang (Bahn, Flug, Taxi, Kfz) Werbungskosten, auch wenn die Mindestentfernung von 25 km und die Mindestdauer von drei Stunden unterschritten werden. Auch für Fahrten zwischen zwei oder mehreren Mittelpunkten der Tätigkeit stehen grundsätzlich Fahrtkosten zu.^{Rz294} Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sind hingegen bereits durch den Verkehrsabsetzbetrag und ein gegebene

nenfalls zustehendes Pendlerpauschale zur Gänze abgegolten.^{Rz291ff}

Welche absetzbaren Aufwendungen sich bei beruflicher Nutzung eines eigenen Kfz ergeben können (z.B. Kilometergeld oder tatsächlich erwachsener beruflicher Kfz-Aufwand), finden Sie unter dem Stichwort „Kraftfahrzeug“ (siehe Seite 66).

Tagesgelder

Soweit eine beruflich veranlasste Reise mehr als drei Stunden bei Inlandsreisen dauert, können für jede angefangene Stunde 2,20 € (max. 26,40 € pro Tag) an Tagesgeldern abgesetzt werden. Dauert eine Reise z.B. 4,5 Stunden, stehen 11 € Tagesgeld zu. Das gilt auch dann, wenn höhere Kosten nachgewiesen werden. Bei Auslandsreisen gelten eigene Sätze (siehe „Auslandsreisen“, Seite 39). Dauert eine Reise im Ausland länger als drei Stunden, so kann für jede angefangene Stunde der Auslandsreise ein Zwölftel des Auslandstagsatzes gerechnet werden. Das volle Taggeld steht für 24 Stunden zu.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die vom Arbeitgeber keine oder geringere als die oben angeführten Reisekostensätze steuerfrei erhalten, können die genannten Beträge beim Finanzamt geltend machen (so genannte „Differenzwerbungskosten“). Tagesgelder (sowie „Differenztaggelder“) sind aber nicht absetzbar, wenn

ein neuer Mittelpunkt der Tätigkeit begründet wird (siehe Seite 36). Erfolgt innerhalb von sechs Kalendermonaten kein Einsatz am neuen Mittelpunkt der Tätigkeit, lebt der Anspruch auf Tagesgelder wieder neu auf.

Nächtigungskosten

Ist die beruflich veranlasste Reise mit einer Nächtigung verbunden, können entweder die Kosten inkl. Frühstück lt. Beleg oder das Nächtigungspauschale von 15 € pro Nächtigung als Werbungskosten geltend gemacht werden.^{Rz315} Bei Nächtigungen auf Auslandsreisen kann ohne Belegnachweis der jeweilige Höchstsatz für Bundesbedienstete pro Nächtigung (siehe Seite 39) abgesetzt werden.

Stellt der Arbeitgeber kostenlos eine Nächtigungsmöglichkeit zur Verfügung, steht das Nächtigungspauschale nicht zu. Allfällige zusätzliche Aufwendungen (z.B. für das Frühstück) können aber geltend gemacht werden. Ohne Beleg sind diese im Schätzungsweg bei Inlandsreisen mit 4,40 € und bei Auslandsreisen mit 5,85 € pro Nächtigung anzusetzen.^{Rz317}

Sprachkurse^{Rz363}

Kosten zum Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen sind abzugsfähig, wenn man die Sprache im Beruf benö-

tigt (z.B. als Sekretär, Telefonist, Kellnerin, Hotelangestellte oder Export-sacharbeiterin). Als Fremdsprache gilt jede von der Muttersprache verschiedene Sprache, gegebenenfalls auch Deutsch. Bei Sprachausbildungen im Ausland werden nur die Kurskosten berücksichtigt, nicht aber die Aufenthalts- und Fahrtkosten.

Studienreisen^{Rz389-390}

Aufwendungen für Studienreisen sind dann Berufsbildungskosten, wenn sie eindeutig von Privatreisen abgegrenzt werden können und folgende Voraussetzungen vorliegen:

- Planung und Durchführung der Reise erfolgen entweder im Rahmen einer lehrgangsmäßigen Organisation oder in einer anderen Weise, die den beruflichen Anlass einwandfrei erkennen lässt.
- Erworbene Kenntnisse müssen einigermassen im Beruf verwertbar sein.
- Das Programm muss nur auf die Berufsgruppe zugeschnitten sein.
- Das Programm muss – orientiert an der Normalarbeitszeit – durchschnittlich acht Stunden täglich betragen.^{Rz389}

Treffen diese Voraussetzungen zu, sind alle damit im Zusammenhang stehenden Aufwendungen (z.B. Fahrtkosten, Aufenthaltskosten, Teilnahmegebühren, Kongressunterlagen) als Werbungskosten absetzbar. Lässt sich bei Studienrei-

sen der beruflich veranlasste Reiseabschnitt klar vom privaten Reiseabschnitt trennen, sind die beruflich veranlassten Aufwendungen (z.B. anteilige Hotel- und Flugkosten, Teilnahmegebühren, Kongressgebühren) abzugsfähig.^{Rz390}

Telefon, Handy^{Rz391}

Kosten für beruflich veranlasste Telefonate sind im tatsächlichen Umfang als Werbungskosten absetzbar. Bei privaten Telefonen (Handys) kann der nachgewiesene oder glaubhaft gemachte beruflich veranlasste Teil an den Anschaffungskosten, Gesprächs- und Grundgebühren geltend gemacht werden.

Teleworker

Bei Teleworkern, die ihre Arbeit ausschließlich zu Hause verrichten und beim Arbeitgeber über keinen Arbeitsplatz verfügen, ist die Arbeitsstätte die Wohnung. Fahrten zum Sitz der Firma stellen grundsätzlich Dienstreisen dar.^{Rz703a}

Beispielsweise können Telefongebühren, Ausgaben für einen Internetanschluss sowie bei Vorhandensein eines Arbeitszimmers auch anteilige Kosten für Miete, Strom und Heizung bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung als Werbungskosten geltend gemacht werden.

Pauschale Spesenersätze des Arbeitgebers sind steuerpflichtiger Arbeitslohn.

E. Berufsgruppenpauschale^{Rz396-428}

Für einige Berufsgruppen sind pauschalierte Werbungskosten vorgesehen. Sie können ohne Nachweis der tatsächlichen Aufwendungen im Wege der ArbeitnehmerInnenveranlagung geltend gemacht werden.

Auf Verlangen des Finanzamtes ist eine Bestätigung des Arbeitgebers vorzulegen, aus der folgende Daten hervorgehen:

- die ausgeübte Tätigkeit (Berufsgruppe)

- der Umstand, dass die Tätigkeit ausschließlich ausgeübt wird
- der Zeitraum der Tätigkeit und allfällige Unterbrechungen
- bei Fernsehschaffenden die Anzahl der Auftritte
- die Kostenersätze (ausgenommen bei Vertreterinnen und Vertretern)^{Rz416}

Zusätzlich zum Pauschalbetrag können keine weiteren (auch keine außerordentlichen) Werbungskosten aus dieser Tätigkeit abgesetzt werden. Fallen höhere Werbungskosten an, können an Stelle der Pauschalbeträge die tatsächlichen Kosten geltend gemacht werden.^{Rz428}

Für folgende Berufsgruppen sind Werbungskostenpauschalbeträge vorgesehen:

Artistinnen/ Artisten	5% der Bemessungsgrundlage, höchstens 2.628 € jährlich ^{Rz398}
Bühnendarsteller/ innen und Filmschauspieler/ innen	5% der Bemessungsgrundlage, höchstens 2.628 € jährlich ^{Rz399}
Fernsehschaffende	7,5% der Bemessungsgrundlage, höchstens 3.942 € jährlich ^{Rz400}
Journalistinnen/ Journalisten	7,5% der Bemessungsgrundlage, höchstens 3.942 € jährlich ^{Rz401}
Musiker/ innen	5% der Bemessungsgrundlage, höchstens 2.628 € jährlich ^{Rz402}
Forstarbeiter/ innen ohne Motorsäge	5% der Bemessungsgrundlage, höchstens 1.752 € jährlich ^{Rz403}

Forstarbeiter/ innen mit Motorsäge	10% der Bemessungsgrundlage, höchstens 2.628 € jährlich ^{Rz403}
Förster/ innen und Berufsjäger/ innen im Revierdienst	5% der Bemessungsgrundlage, höchstens 1.752 € jährlich ^{Rz403}
Hausbesorger/ innen ¹	15% der Bemessungsgrundlage, höchstens 3.504 € jährlich ^{Rz404}
Heimarbeiter/ innen	10% der Bemessungsgrundlage, höchstens 2.628 € jährlich ^{Rz405}
Vertreter/ innen	5% der Bemessungsgrundlage, höchstens 2.190 € jährlich ^{Rz406}
Mitglieder einer Stadt-, Gemeinde- oder Ortsvertretung ²	15% der Bemessungsgrundlage, mindestens 438 € jährlich, höchstens 2.628 € jährlich ^{Rz406a}

¹ Zu den Hausbesorgerinnen und Hausbesorgern zählen jene Personen, die dem Hausbesorgergesetz unterliegen und deren Dienstverhältnis vor dem 1. Juli 2000 abgeschlossen wurde. Wurde das Dienstverhältnis nach dem 30. Juni 2000 begründet, stehen keine pauschalierten Werbungskosten zu, sondern nur Werbungskosten in tatsächlich nachgewiesener Höhe.

² Der Mindestbetrag kann nicht zu negativen Einkünften führen.

Erstreckt sich die Tätigkeit nicht auf das ganze Jahr, ist der Werbungskostenpauschalbetrag entsprechend zu aliquotieren.^{Rz410} Vom Arbeitgeber steuerfrei ausbezahlte Kostenersätze (z. B. Tages- und Nächtigungsgelder, Kilometergelder bei Dienstreisen) kürzen den jeweiligen Pauschalbetrag, ausgenommen bei Vertreterinnen und Vertretern.^{Rz426} Zur Ermittlung der richtigen Bemessungsgrundlage wird der Lohnzettel des betreffenden Kalenderjahres herangezogen.^{Rz413}

F. Außergewöhnliche Belastungen^{Rz814ff}

Was sind außergewöhnliche Belastungen?

Bestimmte Aufwendungen und Ausgaben sind als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn sie außergewöhnlich sind, zwangsläufig erwachsen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen.

Letzteres ist dann der Fall, wenn der individuelle Selbstbehalt überschritten wird. Bei bestimmten außergewöhnlichen Belastungen (insbesondere bei Behinderungen) ist kein Selbstbehalt zu berücksichtigen.

Wie hoch ist der Selbstbehalt und wie wirkt er sich aus?

Der Selbstbehalt beträgt bei einem Einkommen von:

höchstens	7.300 €	6%
mehr als	7.300 €	8%
mehr als	14.600 €	10%
mehr als	36.400 €	12%

Der Selbstbehalt vermindert sich um je 1%, wenn der Alleinverdiener- oder Alleinerzieherabsetzbetrag zusteht, sowie für jedes Kind, für das für mehr als sechs Monate der Kinder- oder Unterhaltsabsetzbetrag zusteht.

Der Selbstbehalt wird vom Finanzamt im Zuge der ArbeitnehmerInnenveranlagung errechnet.

Vereinfacht können Sie das für den Selbstbehalt maßgebliche Einkommen wie folgt berechnen:

Bruttolohn (einschließlich 13./14. Monatsbezug)

- Steuerfreie Bezüge
 - Werbungskosten (auch jene, die vom Arbeitgeber (z. B. Sozialversicherung) berücksichtigt wurden)
 - Sonderausgaben
 - (andere) außergewöhnliche Belastungen, für die kein Selbstbehalt gilt
- = Bemessungsgrundlage für Selbstbehalt

Den Antrag können Sie im Wege der ArbeitnehmerInnenveranlagung stellen. Bitte bewahren Sie Ihre Belege sieben Jahre auf, da sie auf Verlangen Ihres Finanzamtes vorzulegen sind.

Beispiel

Ein Alleinverdiener hat zwei Kinder, für die jeweils der Kinderabsetzbetrag zusteht. Er hat im Kalenderjahr folgende Aufwendungen:

Zahnregulierung eines Kindes	580 €
Spitalskosten der Ehefrau	1.816 €
Eigene Arztkosten	730 €
	<hr/>
	3.126 €
– Ersätze Krankenkasse	364 €
	<hr/>
Gesamtaufwendungen	2.762 €

Das für die Ermittlung des Selbstbehaltes maßgebliche Einkommen (die Bemessungsgrundlage) beträgt 21.075 €. Der Selbstbehalt von grundsätzlich 10% vermindert sich um 3%: als Alleinverdiener um 1% und für die zwei Kinder um je 1%. Der Selbstbehalt beträgt daher 7%. Die Gesamtausgaben in Höhe von 2.762 € reduzieren sich um den Selbstbehalt von 1.475,25 € (7% von 21.075 €). Steuerlich wirken sich daher 1.286,75 € als außergewöhnliche Belastung aus. Die Einkommensteuer reduziert sich in Höhe des jeweiligen Grenzsteuersatzes (siehe Seite 21).

G. Außergewöhnliche Belastungen für Unterhaltsberechtigte^{Rz86ff}

Sind Leistungen für unterhaltsberechtigten Personen absetzbar?

Die Leistung des gesetzlichen Unterhalts (Alimente) für Kinder oder geschiedene Ehepartnerinnen bzw. Ehepartner ist grundsätzlich keine außergewöhnliche Belastung. Die laufenden Kosten für Kinder werden durch den Kinder- oder Unterhaltsabsetzbetrag berücksichtigt. Außergewöhnliche Belastungen liegen dann vor, wenn für den Unterhaltsberechtigten Kosten übernommen werden, die für sich gesehen eine außergewöhnliche Belastung darstellen. Darunter fallen etwa Krankheitskosten für ein Kind (z. B. Brille oder Zahnregulierung), sowie im Falle der Notwendigkeit Kosten für eine auswärtige Ausbildung. Derartige Aufwendungen können bei Alimentationsverpflichteten aber nur dann berücksichtigt werden, wenn sie zusätzlich zu den laufenden Alimentationszahlungen geleistet werden.

Als außergewöhnliche Belastung absetzbar sind Unterhaltsleistungen an Kinder allerdings auch dann, wenn (mangels Familienbeihilfenbezugs) kein Kinderabsetzbetrag und (weil keine Alimente geleistet werden) auch kein Unterhaltsabsetzbetrag zusteht. Dies trifft z. B. bei Unterhaltsleistungen für haushaltszugehörige und nicht haushaltszugehörige Kinder zu,

die sich ständig in einem Land außerhalb des EU/EWR-Raumes und der Schweiz aufhalten (siehe Seite 27). Absetzbar ist in derartigen Fällen grundsätzlich der halbe laufende, nach den ausländischen Lebenshaltungskosten angemessene Unterhalt. In der Praxis wird normalerweise ein pauschaler Abzug vorgenommen (Richtwert pro Kind: 50 € monatlich). Ein Selbstbehalt wird nicht berechnet.

H. Außergewöhnliche Belastungen mit Selbstbehalt^{Rz88ff}

Was sind die gängigsten Beispiele für außergewöhnliche Belastungen mit Selbstbehalt?

Krankheitskosten^{Rz90Z}

Unter Krankheitskosten fallen z. B.:

- Arzt- und Krankenhaushonorare
- Kosten für Medikamente (bei Vorliegen einer ärztlichen Verschreibung jedenfalls abzugsfähig, dies gilt z. B. auch für homöopathische Präparate), Rezeptgebühren, Behandlungsbeiträge (einschließlich Akupunktur und Psychotherapie), Krankenscheingebühren
- Aufwendungen für Heilbehelfe (Gehbehelfe, Hörgeräte usw.)
- Kosten für den Zahnersatz bzw. die Zahnbehandlung (z. B. Zahnprothese, Krone, Brücke), Kosten für Sehbehelfe (Brille, Kontaktlinsen)

- Entbindungskosten
- Fahrtkosten zum Arzt oder ins Spital

Allfällige Kostenersätze durch die gesetzliche Kranken- oder Unfallversicherung, einer freiwilligen Krankenzusatz- oder Unfallversicherung oder von anderer Seite sind abzuziehen.

Krankheitskosten können auch im Zusammenhang mit einer Behinderung (mindestens 25%) anfallen und als Kosten der Heilbehandlung ohne Berücksichtigung des Selbstbehaltes geltend gemacht werden.^{Rz851}

Kostenübernahme für einkommensschwache (Ehe)Partner^{Rz870}

Grundsätzlich sind Krankheitskosten von der erkrankten (Ehe)Partnerin oder vom erkrankten (Ehe)Partner selbst zu tragen. Werden Krankheitskosten für die bzw. den (Ehe)Partner/in gezahlt, stellen sie bei der/dem zahlenden (Ehe)Partner/in dann eine außergewöhnliche Belastung dar, wenn diese Aufwendungen das Einkommen der erkrankten (Ehe)Partnerin bzw. des erkrankten (Ehe)Partners derart belasten würden, dass das steuerliche Existenzminimum in Höhe von 11.000 € unterschritten würde.

Krankheitskosten (Diätkosten), für die es ein eigenes Pauschale gibt

Unter Krankheitskosten fallen auch Kosten einer speziellen Diätverpflegung auf Grund einer Krankheit. Sie können in Form der tatsächlich anfallenden Kosten an Hand von Belegen oder über folgende Pauschalbeträge für Krankendiätverpflegung ermittelt werden:

Krankheit	Monatlicher Freibetrag
Zuckerkrankheit (Diabetes)	70 €
Tuberkulose (Tbc)	70 €
Zöliakie	70 €
Aids	70 €
Gallenleiden	51 €
Leberleiden	51 €
Nierenleiden	51 €
Andere vom Arzt verordnete Diäten wegen innerer Krankheiten (Magen, Herz)	42 €

→ Hinweis

Führt eine der genannten Krankheiten zu einer Behinderung von mindestens 25% und beträgt davon der Anteil der Behinderung wegen des die Diät erfordernden Leidens mindestens 20%, ist keine Kürzung um den Selbstbehalt vorzunehmen (siehe Kapitel „Außergewöhnliche Belastungen bei Behinderungen“, Seite 83).

Kurkosten^{Rz903}

Kurkosten sind nur dann außergewöhnliche Belastungen, wenn der Kuraufenthalt unmittelbar im Zusammenhang mit einer Krankheit steht und aus medizinischen Gründen erforderlich ist. Dazu gehören:

- Aufenthaltskosten
- Kosten für Kurmittel und medizinische Betreuung
- Fahrtkosten zum und vom Kurort, bei pflegebedürftigen Personen und Kindern auch die Aufwendungen für eine Begleitperson

Kostenersätze (wie bei Krankheitskosten) und eine Haushaltsersparnis (Lebenshaltungskosten, die zu Hause anfallen) in der Höhe von 156,96 € monatlich (= 5,23 € täglich) sind abzuziehen. Kurkosten wegen einer mindestens 25%igen Behinderung gelten als Heil-

behandlung^{Rz851} und sind ohne Selbstbehalt zu berücksichtigen.

Kosten für ein Alters- oder Pflegeheim oder Hausbetreuung^{Rz887}

Die Kosten für die Unterbringung in einem Pflegeheim sind nur dann eine außergewöhnliche Belastung, wenn sie auf Grund von Krankheit, Pflege- oder besonderer Betreuungsbedürftigkeit entstehen. Dies gilt auch für die Pflegestation in einem selbstgewählten privaten Alters- oder Pflegeheim sowie für die Betreuung im Privathaushalt. Der besondere Pflege- oder Betreuungsbedarf einer oder eines Behinderten ist durch ein ärztliches Gutachten nachzuweisen. Bei Bezug eines Pflegegeldes (ab Stufe 1) kann jedenfalls von einer Pflegebedürftigkeit ausgegangen werden.

Häusliche Betreuung^{Rz899}

Bei einer Betreuung zu Hause sind bei besonderem Pflege- oder Betreuungsbedarf der oder des Behinderten – wie bei einer Heimbetreuung – die damit verbundenen Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung abzugsfähig. Der besondere Pflege- oder Betreuungsbedarf einer oder eines Behinderten ist durch ein ärztliches Gutachten nachzuweisen. Bei Bezug eines Pflegegeldes (ab Stufe 1) kann jeden-

falls von einer Pflegebedürftigkeit ausgegangen werden. Alle im Zusammenhang mit der Betreuung und Pflege anfallenden Aufwendungen können geltend gemacht werden (z. B. Kosten für das Pflegepersonal, Pflegehilfsmittel sowie Aufwendungen für eine Vermittlungsorganisation).

Reicht das Einkommen inkl. Pflegegeld der pflegebedürftigen Person für die Kostentragung von Pflegekosten nicht aus, können die unterhaltsverpflichteten Personen (z. B. Ehepartner/in, Kinder) ihre Aufwendungen als außergewöhnliche Belastung geltend machen. Eine Kürzung um Kostenersätze hat zu erfolgen, es ist aber keine Haushaltsersparnis abzuziehen. Es erfolgt jedoch die Kürzung der Aufwendungen um den Selbstbehalt.

→ Hinweis

Liegt eine Behinderung von mindestens 25 % vor, werden die Aufwendungen der oder des Pflegebedürftigen ohne Selbstbehalt berücksichtigt. Bei Zuerkennung von Pflegegeld ist jedenfalls (ohne Nachweis) von einem mindestens 25 %igen Grad der Behinderung auszugehen. Werden die Kosten von unterhaltspflichtigen Angehörigen getragen, ist hingegen grundsätzlich ein Selbstbehalt abzuziehen.

Begräbniskosten^{Rz890}

Begräbniskosten sind primär aus dem Nachlass (Aktiva) zu bestreiten. Dadurch nicht gedeckte Kosten eines Begräbnisses stellen bis max. 4.000 € eine außergewöhnliche Belastung dar.

Beispiel:

Die tatsächlichen Kosten für ein Begräbnis belaufen sich auf 6.000 €. An Nachlassvermögen sind 2.400 € vorhanden. Als außergewöhnliche Belastung absetzbar sind 1.600 €.

Die Kosten eines Grabsteines sind zusätzlich bis 4.000 € zu berücksichtigen.

Für den Abzug höherer Kosten ist die Zwangsläufigkeit nachzuweisen (z. B. besondere Überführungskosten oder besondere Vorschriften über die Gestaltung des Grabdenkmals). Die Kosten für Blumen und Kränze, für ein schlichtes, ortsübliches Totenmahl sowie Beileiddanksagungen sind Teil der Begräbniskosten. Nicht absetzbar sind Kosten der Trauerkleidung und Kosten der Grabpflege.

Kinderbetreuungskosten: Alleinerzieher/innen

Eine alleinerziehende Mutter oder ein alleinerziehender Vater kann auch Kinderbetreuungskosten, die 2.300 €

übersteigen, als außergewöhnliche Belastung geltend machen, allerdings gekürzt durch den einkommensabhängigen Selbstbehalt. In diesem Fall gilt die Altersgrenze von 10 bzw. 16 Jahren nicht (Kinderbetreuungskosten siehe Seite 78).

I. Außergewöhnliche Belastungen ohne Selbstbehalt^{Rz839ff}

Bei welchen außergewöhnlichen Belastungen wird kein Selbstbehalt abgezogen?

- Auswärtige Berufsausbildung von Kindern
- Katastrophenschäden
- Behinderungen ab 25 %
- Unterhaltsleistungen an Kinder im Ausland (siehe Seite 73)
- Kinderbetreuungskosten bis 2.300 €

Pauschalbetrag für eine auswärtige Berufsausbildung^{Rz873ff}

Aufwendungen für eine Berufsausbildung eines Kindes außerhalb des Wohnortes sind mit einem Pauschalbetrag als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn im Einzugsbereich des Wohnortes – im Umkreis von 80 km – keine entsprechende Ausbildungsmöglichkeit besteht.

Der Pauschalbetrag beträgt 110 € pro angefangenem Monat der Berufsausbildung. Höhere tatsächliche Kos-

ten, z. B. Fahrtkosten oder Schulgeld, können nicht geltend gemacht werden. Bei Schülerinnen und Schülern sowie Lehrlingen stellt bereits der Besuch eines mehr als 25 km vom Wohnort entfernten Internats eine auswärtige Berufsausbildung dar (gilt auch für Berufsschulen), wenn es keine näher gelegene Ausbildungsstätte gibt.

In Verordnungen zum Studienförderungsgesetz ist festgelegt, welche Wohnorte im Einzugsgebiet des jeweiligen Schul- oder Studienortes liegen. Kommt Ihr Ort oder Ihre Gemeinde darin nicht vor und trägt die Entfernung Wohnung – Ausbildungsort weniger als 80 km, steht der Pauschalbetrag zu, wenn die Fahrzeit (einfache Fahrt) mehr als eine Stunde beträgt.

Die Gewährung des Freibetrages ist nicht an den Bezug der Familienbeihilfe gebunden, sofern die Absicht besteht, durch ernsthaftes und zielstrebiges Bemühen das Ausbildungsziel zu erreichen und die vorgeschriebenen Prüfungen abzulegen.

Aufwendungen zur Beseitigung von Katastrophenschäden^{Rz838ff}

Darunter fallen insbesondere Hochwasser-, Erdbeben-, Vermurungs-, Lawinen- und andere Schneekatastrophenschäden sowie Sturmschäden. Abzugsfähig sind die Kosten der Aufräumarbeiten und die Wiederbeschaffungskosten der zerstörten not-

wendigen Wirtschaftsgüter, soweit diese Schäden nicht durch eine Versicherung oder aus öffentlichen Mitteln (Katastrophenfonds) gedeckt sind.

Kinderbetreuungskosten als außergewöhnliche Belastung^{Rz 884a -884k}

Seit 2009 können Kosten für Kinderbetreuung als außergewöhnliche Belastung steuerlich berücksichtigt werden. Das heißt, Kinderbetreuungskosten mindern die Steuerbemessungsgrundlage und damit das zu versteuernde Einkommen. Dabei ist kein Selbstbehalt zu berücksichtigen, sodass die absetzbaren Kosten die Einkommensteuer in Höhe des jeweiligen Grenzsteuersatzes (je nach Einkommenshöhe 36,5%, 43,214% oder 50%) vermindern.

Kinderbetreuungskosten sind bis zum Ende des Kalenderjahres, in dem das Kind das zehnte Lebensjahr (bei behinderten Kindern das 16. Lebensjahr) vollendet, als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen.

In welcher Höhe sind die Kosten absetzbar?

Die absetzbaren Kosten für die Kinderbetreuung sind pro Jahr und Kind mit 2.300 € begrenzt.

Welches Kind berechtigt zum Abzug von Kinderbetreuungskosten?

Ein Kind, das das zehnte Lebensjahr zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht vollendet hat, und für das länger als sechs Monate im Kalenderjahr der Kinderabsetzbetrag zusteht.

Wer kann die Kosten für Kinderbetreuung absetzen?

- Die Person, der der Kinderabsetzbetrag für dieses Kind für mehr als sechs Monate im Kalenderjahr zusteht, oder
- dessen (Ehe)Partner/in oder
- der unterhaltsverpflichtete (z.B. geschiedene) Elternteil, wenn ihm der Unterhaltsabsetzbetrag für mehr als sechs Monate im Kalenderjahr zusteht, soweit die Kinderbetreuungskosten zusätzlich zum Unterhalt geleistet werden.

Innerhalb dieses Personenkreises kann jeder die von ihm getragenen Kinderbetreuungskosten absetzen. Insgesamt dürfen aber nicht mehr als 2.300 € pro Kind im Kalenderjahr als außergewöhnliche Belastung abgesetzt werden.

Wird der Höchstbetrag von 2.300 € jährlich durch zwei oder drei Steuerpflichtige insgesamt überschritten, ist der Höchstbetrag grundsätzlich im Verhältnis der Kostentragung aufzuteilen.

Können Eltern von behinderten Kindern Kinderbetreuungskosten zusätzlich zu anderen steuerlichen Begünstigungen geltend machen?

Für Kinder mit erhöhter Familienbeihilfe steht gemäß einer Verordnung über außergewöhnliche Belastungen zur Abgeltung von Mehraufwendungen ein monatlicher pauschaler Freibetrag von 262 € zu.

Zusätzlich können Kosten für Unterrichtseinheiten in einer Sonder- und Pflegeschule bzw. Kosten für Tätigkeiten in einer Behindertenwerkstätte im nachgewiesenen Ausmaß steuerlich geltend gemacht werden.

Außerdem können auch Kinderbetreuungskosten, die nicht im Zusammenhang mit einer Sonder- oder Pflegeschule oder einer Behindertenwerkstätte stehen für Kinder bis zum 16. Lebensjahr, in Höhe von maximal 2.300 € pro Kind im Kalenderjahr steuerlich abgesetzt werden. Im Fall von pflegebedürftiger Betreuung sind diese Kosten um ein erhaltenes Pflegegeld zu kürzen.

Was passiert, wenn pro Kind mehr als 2.300 € an Kinderbetreuungskosten anfallen?

Werden mehr als 2.300 € an Kinderbetreuungskosten ausgegeben, sind lediglich 2.300 € im Rahmen der außergewöhnlichen Belastungen absetzbar.

Nur in besonderen Fällen (z.B. alleinerziehende/r Mutter oder Vater) sind auch Ausgaben, die 2.300 € übersteigen, als außergewöhnliche Belastungen absetzbar, allerdings gekürzt durch den einkommensabhängigen Selbstbehalt.

Welche Kosten sind absetzbar?

Die Betreuungskosten müssen tatsächlich bezahlte Kosten sein. Werden daher Betreuungskosten durch einen Zuschuss des Arbeitgebers übernommen, sind nur die tatsächlich von der bzw. von dem Steuerpflichtigen darüber hinaus getragenen Kosten abzugsfähig. Die Betreuung muss in privaten oder öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen (z.B. Kindergarten, Hort, Halbinternat, Vollinternat) oder durch eine pädagogisch qualifizierte Person erfolgen.

Abzugsfähig sind die Kosten für die Kinderbetreuung sowie Kosten für Verpflegung und das Bastelgeld. Das Schulgeld für Privatschulen und der Nachhilfeunterricht können nicht berücksichtigt werden. Ebenso nicht abzugsfähig sind Kosten für die Vermittlung von Betreuungspersonen und die Fahrtkosten zur Kinderbetreuung.

Bis zum Besuch der Pflichtschule ist immer von Kinderbetreuung auszugehen. Danach sind die Aufwendungen für den Schulbesuch und für die Betreuung außerhalb der Schulzeit zu trennen. Die Kosten für die Betreuung während der schulfreien Zeit (z.B. Nachmittagsbetreuung, Ferienbetreu-

ung) sind hingegen abzugsfähig, sofern die Betreuung durch eine pädagogisch qualifizierte Person oder institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung erfolgt. Für die Ferienbetreuung (z.B. Ferienlager) können sämtliche Kosten (z.B. auch jene für Verpflegung und Unterkunft, Sportveranstaltungen, Fahrtkosten für den Bus zum und vom Ferienerlager) berücksichtigt werden, sofern die Betreuung durch eine pädagogisch qualifizierte Person erfolgt.

Von wem muss das Kind betreut werden?

Von einer öffentlichen oder einer privaten institutionellen Kinderbetreuungseinrichtung (z.B. Kindergarten, Internat, Kinderbetreuungsstätte) oder von einer pädagogisch qualifizierten Person (z. B. Tagesmutter).

Was ist eine Kinderbetreuungseinrichtung?

Kinderbetreuungseinrichtungen sind insbesondere:

- Kinderkrippen (Kleinkindkrippen, Krabbelstuben)
- Kindergärten (allgemeine Kindergärten, Integrations-, Sonder- und Übungs Kindergärten)
- Betriebskindergärten
- Horte (allgemeine Horte, Integrations-, Sonder- und Übungshorte)
- altersgemischte Kinderbetreuungseinrichtungen (z.B. Tagesheimstätten, Kindergruppen, Kinderhäuser)
- elternverwaltete Kindergruppen

- Spielgruppen
- Kinderbetreuung an Universitäten

Unter öffentlichen Einrichtungen sind solche zu verstehen, die von Bund, Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden betrieben werden. Private Institutionen sind insbesondere solche, die von Vereinen, gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften, kirchennahen Organisationen, Stiftungen, Familienorganisationen, Betrieben oder natürlichen Personen betrieben werden.

Weiters sind schulische Tagesbetreuungsformen wie beispielsweise offene Schulen (vormittags Unterricht, nachmittags Betreuung – fakultativ), schulische Nachmittagsbetreuung, Halbinternate (Unterricht und Betreuung muss klar getrennt werden, ohne Übernachtung) zu berücksichtigen, auch wenn sie einer gesetzlichen Bewilligung nicht bedürfen.

Wer ist eine pädagogisch qualifizierte Person?

Pädagogisch qualifizierte Personen sind Personen, die eine Ausbildung zur Kinderbetreuung und Kindererziehung im Mindestausmaß von 8 Stunden nachweisen können.

Die Betreuungsperson muss das 16. Lebensjahr vollendet haben. Für Betreuungspersonen vom vollendeten 16. Lebensjahr bis zum vollendeten 21. Lebensjahr ist der Nachweis einer

Ausbildung im Mindestausmaß von 16 Stunden notwendig.

Weiters besteht die Möglichkeit mittels abgeschlossener, einschlägiger Berufsausbildung eine pädagogische Qualifizierung nachzuweisen.

Eine den Erfordernissen entsprechende Ausbildung ist in folgenden Fällen gegeben:

1. Lehrgänge für Tageseltern nach den diesbezüglichen landesgesetzlichen Vorschriften
2. Ausbildung zur/zum Kindergartenpädagogin/-pädagogen, Horterzieher/in, Früherzieher/in
3. pädagogisches Hochschulstudium an einer Universität (z.B. Lehramtsstudium), einer Pädagogischen Akademie oder einer vergleichbaren Einrichtung sowie ein pädagogisches Teilstudium (z.B. Wirtschaftspädagogik)

Für die folgenden Ausbildungen ist ein Kurs im Mindestausmaß von 8 bzw. 16 Stunden nachzuweisen:

4. Schulung für Au-Pair-Kräfte
5. Elternbildungsseminare oder Ausbildungsseminare in der Kinderbetreuung (z. B. Babysitterschulung)

Die in den Punkten 1 bis 3 dargestellten Ausbildungen werden anerkannt, wenn die Ausbildung (Lehrgänge für Tageseltern nach den diesbezüglichen landesgesetzlichen Vorschriften, Ausbildung zur/zum Kindergartenpädagogin/-

pädagogen, Horterzieher/in und Früherzieher/in) oder das Studium (pädagogisches Hochschulstudium an einer Universität, einer Pädagogischen Akademie oder einer vergleichbaren Einrichtung sowie ein pädagogisches Teilstudium z.B. Wirtschaftspädagogik) abgeschlossen ist. Für Personen, die an einer dieser Einrichtungen in Ausbildung sind, die Ausbildung jedoch nicht oder noch nicht abgeschlossen haben, kann die Bildungseinrichtung (Schule oder Universität) die Absolvierung eines 8 oder 16 Stundenkurses bestätigen, sofern die Ausbildungsinhalte im Rahmen dieser Ausbildung im vorgesehenen Ausmaß bereits vermittelt wurden. Pädagogische Kurse im Rahmen anderer Studien werden nicht anerkannt.

Hat die Betreuungsperson eine der in Österreich anerkannten gleichwertige Ausbildung in einem EU- oder EWR-Raum abgeschlossen, wird diese als Nachweis anerkannt.

Die Ausbildung zur Kinderbetreuung und Kindererziehung (Punkte 4 bis 5) kann bei Organisationen absolviert werden, die auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (www.bmwfj.gv.at unter Familie/Kinderbetreuung/steuerliche Absetzbarkeit) veröffentlicht sind.

Ob der einzelne Kurs der Organisation einen pädagogisch qualifizierenden Kurs darstellt, ist bei der entsprechenden Organisation zu erfahren.

Auch Au-Pair-Kräfte (Punkt 4) haben einen 8 oder 16 Stundenkurs zu

absolvieren. Die Erfahrung durch einen früheren Au-Pair-Aufenthalt reicht als Nachweis nicht aus.

Die Kinderbetreuungskosten können erst ab dem Zeitpunkt steuerlich berücksichtigt werden, ab dem die Betreuungsperson über die erforderliche Ausbildung (z.B. Abschluss des Seminars oder der Schulung) verfügt. Bei Au-Pair-Kräften können die Kosten der Kinderbetreuung ab Beginn des Au-Pair-Aufenthalts berücksichtigt werden, wenn die Schulung der Au-Pair-Kraft innerhalb der ersten beiden Monate des Au-Pair-Einsatzes in Österreich erfolgt.

Sind die Kinderbetreuungskosten für die Betreuung durch Angehörige steuerlich abzugsfähig?

Erfolgt die Kinderbetreuung durch eine pädagogisch qualifizierte Person, die eine Angehörige oder ein Angehöriger (z. B. Eltern, Geschwister) ist und zu demselben Haushalt wie das Kind gehört, so sind die Kinderbetreuungskosten nicht steuerlich abzugsfähig.

Welche Kostenersätze kürzen die Kinderbetreuungskosten?

Allfällige steuerfreie Beihilfen und Ersätze, die für die Kinderbetreuung empfangen worden sind, kürzen den steuerlich zu berücksichtigenden Aufwand. Der Aufwand wird jedoch nicht durch das Kinderbetreuungs-geld, die Familienbeihilfe, den Kin-

derabsetzbetrag oder den Kinderfreibetrag gekürzt. Auch steuerpflichtige Kinderbetreuungszuschüsse vermindern nicht die absetzbaren Kinderbetreuungskosten.

Wie müssen die Kinderbetreuungskosten nachgewiesen werden?

Zum Nachweis der Kinderbetreuungskosten hat die Kinderbetreuungseinrichtung oder die pädagogisch qualifizierte Betreuungsperson eine Rechnung bzw. einen Zahlungsbeleg auszustellen, der folgende Angaben enthält:

- Name und Sozialversicherungsnummer bzw. Kennnummer der Europäischen Krankenversicherungskarte des Kindes
- Rechnungsempfänger (Name und Adresse)
- Ausstellungsdatum
- Fortlaufende Rechnungsnummer
- Zeitraum der Kinderbetreuung
- Bei öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen Name und Anschrift; bei privaten Einrichtungen zusätzlich Hinweis auf die Bewilligung zur Führung der Einrichtung
- Bei pädagogisch qualifizierten Personen Name, Adresse, Sozialversicherungsnummer bzw. Kennnummer der Europäischen Krankenversicherungskarte und Vorliegen der konkreten Qualifikation durch Beilage einer Kopie des entsprechenden Zeugnisses (z. B. Kursbestätigung)

- Rechnungsbetrag (gegebenenfalls mit Umsatzsteuer, wenn kein Kleinunternehmer)

Wie alle anderen Belege sind auch diese Nachweise sieben Jahre aufzubewahren und im Falle der Aufforderung dem Finanzamt vorzulegen.

Weitere Informationen zur Thematik Kinderbetreuungskosten (Anbieter von Babysitterschulungen, Elternbildungsträger etc.) finden Sie unter www.bmwfj.gv.at, unter Familie/Kinderbetreuung/steuerliche Absetzbarkeit.

J. Außergewöhnliche Belastungen bei Behinderungen^{Rz839ff}

Welche außergewöhnlichen Belastungen gelten bei Behinderungen?

Bei Vorliegen von körperlichen oder geistigen Behinderungen vermindern Pauschalbeträge ohne Selbstbehalt das Einkommen. Eine Steuerpflichtige oder ein Steuerpflichtiger gilt als behindert, wenn der Grad der Behinderung mindestens 25% beträgt.

Der Pauschalbetrag ist abhängig vom Grad der Behinderung und beträgt jährlich:

Grad der Behinderung	Jahresfreibetrag
25 % bis 34 %	75 €
35 % bis 44 %	99 €
45 % bis 54 %	243 €
55 % bis 64 %	294 €
65 % bis 74 %	363 €
75 % bis 84 %	435 €
85 % bis 94 %	507 €
ab 95 %	726 €

Die Behinderung und ihr Ausmaß sind auf Verlangen des Finanzamtes durch eine amtliche Bescheinigung der folgenden zuständigen Stellen nachzuweisen:

- Landeshauptfrau oder Landeshauptmann bei Empfängerinnen und Empfängern einer Opferrente
- Sozialversicherungsträger bei Berufskrankheiten oder Berufsunfällen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
- Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen in allen übrigen Fällen sowie bei Zusammentreffen von Behinderungen verschiedener Art

Der Nachweis kann auch durch einen Behindertenpass bzw. durch einen abschlägigen Bescheid darüber (aus dem der Grad der Behinderung ersichtlich

ist) erfolgen. Der Behindertenpass bzw. Bescheid wird vom Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen ausgestellt. Mit Ihrer Zustimmung werden die maßgeblichen Daten auf elektronischem Wege automatisch übermittelt, sodass Sie sich um den Nachweis nicht mehr kümmern müssen.

→ Hinweis

Die bis 2004 von der Amtsärztin oder vom Amtsarzt ausgestellten Bescheinigungen sind weiterhin gültig. Erfolgt eine neue Feststellung durch das Bundessozialamt, ersetzt diese allerdings die bisherigen Bescheinigungen.

Bei ganzjährigem Bezug von Pflegegeld (Blindenzulage, Blindengeld, Pflege- oder Blindenbeihilfe) steht der Pauschalbetrag nicht zu. Alleinverdiener/innen oder Personen, bei denen die Einkünfte des (Ehe)Partners 6.000 € nicht übersteigen, können auch die Mehraufwendungen auf Grund einer Behinderung der (Ehe)Partnerin oder des (Ehe)Partners geltend machen.

Hilfsmittel^{Rz850}

Nicht regelmäßig anfallende Aufwendungen für Hilfsmittel – z.B. Rollstuhl, rollstuhlgerechte Adaptierung

der Wohnung, Hörgerät oder Blinden-hilfsmittel – werden zusätzlich und ohne Kürzung durch den Selbstbehalt anerkannt.

Heilbehandlung^{Rz851}

Im Falle einer Behinderung können auch die Kosten einer Heilbehandlung im Zusammenhang mit der Behinderung zusätzlich zum Pauschalbetrag und ohne Kürzung durch den Selbstbehalt berücksichtigt werden. Als Kosten der Heilbehandlung gelten:

- Arzt- und Spitalskosten
- Kur- und Therapiekosten
- Kosten für Medikamente, die im Zusammenhang mit der Behinderung stehen

Wer auf Grund seiner Behinderung eine Diätverpflegung benötigt, kann zusätzlich die Pauschalbeträge für Diätverpflegung beanspruchen. In diesem Fall ist sowohl die Behinderung als auch das Diäterfordernis von der zuständigen Stelle zu bestätigen. An Stelle der Pauschalbeträge können auch die tatsächlichen Kosten der Behinderung geltend gemacht werden.

Freibetrag für Gehbehinderte^{Rz847}

Für Körperbehinderte gibt es einen Freibetrag von 190 € monatlich (bis 2010 in der Höhe von 153 €), sofern sie

ein öffentliches Massenbeförderungsmittel infolge ihrer Behinderung nicht benützen können und für Privatfahrten ein eigenes Fahrzeug benötigen. Die Geltendmachung dieses Pauschalbetrages setzt einen Nachweis der Körperbehinderung (Unzumutbarkeit der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel) voraus (beispielsweise Befreiungsbescheid von der motorbezogenen Versicherungssteuer, Ausweis gemäß § 29b der Straßenverkehrsordnung oder Behindertenpass mit der Feststellung der Unzumutbarkeit der Benützung Öffentlicher Verkehrsmittel). Der jeweilige Nachweis ist auf Verlangen des Finanzamtes vorzulegen.

Die Kosten einer behindertengerechten Adaptierung des Kraftfahrzeuges können nicht geltend gemacht werden. Die Mehraufwendungen können nur in Höhe des Pauschalbetrages von 190 € monatlich abgesetzt werden. Liegen die Grundvoraussetzungen für die Berücksichtigung des Freibetrages für ein Kraftfahrzeug vor, verfügt der/die Körperbehinderte aber über kein eigenes Kfz, können tatsächliche Kosten für Taxifahrten bis maximal 190 € monatlich geltend gemacht werden.

Welche Regelungen gelten für behinderte Pensionistinnen und Pensionisten?

Behinderte Pensionistinnen und Pensionisten können die genannten Pauschalbeträge entweder beim Finanzamt oder direkt bei ihrem Pensions-

versicherungsträger (ihrer pensionsauszahlenden Stelle) geltend machen. Der Pensionsversicherungsträger informiert Sie bei weiteren Fragen.

Kostenübernahme von behinderungsbedingten Kosten des (Ehe)Partners^{Rz839}

Grundsätzlich sind Krankheitskosten vom erkrankten (Ehe)Partner selbst zu tragen, wobei der erkrankten Person ein steuerfreies Existenzminimum von 11.000 € bleiben muss. Werden Krankheitskosten für den (Ehe)Partner gezahlt, sind diese bei dem zahlenden (Ehe)Partner dann als außergewöhnliche Belastung ohne Selbstbehalt zu berücksichtigen, wenn sie/er den Alleinverdienerabsetzbetrag bezieht oder die Einkünfte des (Ehe)Partners den Betrag von 6.000 € nicht überschreiten.^{Rz839}

Mit dem Formular E 30 können behinderungsbedingte Aufwendungen des (Ehe)Partners bereits bei der pensionsauszahlenden Stelle beantragt werden.

Übersicht der möglichen Freibeträge für Behinderte:

Freibetrag	Behinderte ohne Pflegegeld	Behinderte mit Pflegegeld
Pauschaler Freibetrag bei einem Grad der Behinderung von 25% und mehr	ja	nein*
Pauschaler Freibetrag für Diätverpflegung	ja	ja
Freibetrag für eigenes Kfz bei Gehbehinderung	ja	ja
Freibetrag für Taxikosten (wenn kein eigenes Kfz) bei Gehbehinderung	ja	ja
Aufwendungen für Behindertenhilfsmittel und Kosten der Heilbehandlung	ja	ja

* wenn ganzjährig Pflegegeld bezogen wurde

K. Außergewöhnliche Belastungen für behinderte Kinder^{Rz852ff}

Welche außergewöhnlichen Belastungen kann man für behinderte Kinder geltend machen?

Je nach Ausmaß der Behinderung stehen verschiedene Freibeträge zu, die durch den Selbstbehalt nicht gekürzt werden. Ein Kind gilt dann als behindert, wenn der Grad der Behinderung mindestens 25% beträgt.

Freibeträge für Kinder mit 25–49%iger Behinderung

Für die Feststellung der Behinderung eines Kindes sind dieselben Stellen wie für Erwachsene zuständig (siehe

Seite 83). Bei Vorliegen einer Behinderung im nachstehenden Ausmaß stehen folgende Freibeträge zu:

Grad der Behinderung	Jahresfreibetrag
25% bis 34%	75 €
35% bis 44%	99 €
45% bis 49%	243 €

Zusätzlich können ohne Kürzung durch den Selbstbehalt die pauschalen Freibeträge für eine notwendige Diätverpflegung oder die Aufwendungen für Behindertenhilfsmittel (z. B. Sehhilfen, Rollstuhl, behindertengerechte Adaptierung der Wohnung) berücksichtigt werden.

Freibeträge für Kinder ab 50%iger Behinderung ohne Pflegegeldbezug

In diesem Fall steht eine erhöhte Familienbeihilfe und an Stelle der zuvor genannten Freibeträge ein monatlicher Pauschalbetrag von 262 € zu. Zusätzlich können ohne Abzug des Selbstbehaltes die Aufwendungen für Behindertenhilfsmittel (z. B. Sehhilfen, Rollstuhl, behindertengerechte Adaptierung der Wohnung) und das Schulgeld für eine Behindertenschule oder -werkstätte geltend gemacht werden. Die Kosten für Diätverpflegung können neben dem Freibetrag von 262 € nicht berücksichtigt werden. Für behinderte Kinder bis zum 16. Lebensjahr können zusätzlich Kinderbetreuungskosten bis zu 2.300 € geltend gemacht werden (siehe Seite 79).

Freibeträge bei Bezug von Pflegegeld für das behinderte Kind

Der Freibetrag von 262 € monatlich ist um das erhaltene Pflegegeld zu kürzen. Die jährlichen Freibeträge nach dem Ausmaß der Behinderung stehen nicht zu. Übersteigt das Pflegegeld den Betrag von 262 €, steht kein Pauschalbetrag zu. Zusätzlich sind im nachgewiesenen Ausmaß unabhängig vom Bezug von Pflegegeld zu berücksichtigen:

- nicht regelmäßig anfallende Aufwendungen für Hilfsmittel^{Rz850}
- Kosten der Heilbehandlung^{Rz851}

- das Entgelt für die Unterrichtserteilung in einer Sonder- oder Pflege-schule oder die Tätigkeit in einer Behindertenwerkstätte^{Rz851}

Wird das Pflegegeld für die Unterbringung in einem Internat oder in einer Wohngemeinschaft einbehalten, stellen die von den Unterhaltsverpflichteten aufzubringenden Kosten (der Wohnhausbeitrag in Wien oder die Kostenersätze an die jeweiligen Landesregierungen) eine außergewöhnliche Belastung dar.

Übersicht der Freibeträge für behinderte Kinder:

Freibetrag	Behinderung mindestens 25 % ohne erhöhte Familienbeihilfe	Behinderung mit erhöhter Familienbeihilfe	Behinderung mit erhöhter Familienbeihilfe und mit Pflegegeld
Pauschaler Freibetrag nach Grad der Behinderung gem. § 35 Abs. 3 EStG	ja	nein	nein
Pauschaler Freibetrag von 262 €	nein	ja	ja*
Pauschaler Freibetrag für Diätverpflegung	ja	nein	nein
Freibetrag für eigenes Kfz	nein	nein	nein
Freibetrag für Taxikosten	nein	nein	nein
Aufwendungen für Behindertenhilfsmittel und Kosten der Heilbehandlung	ja	ja	ja
Schulgeld für Behindertenschule	ja	ja	ja

*gekürzt um das Pflegegeld

L. Kinderfreibetrag

Für ein Kind, das sich ständig im Inland, in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Staat des Europäischen Wirtschaftsraumes oder der Schweiz aufhält, steht seit dem Jahr 2009 ein Kinderfreibetrag zu, der

im Zuge der ArbeitnehmerInnenveranlagung zu beantragen ist.

Der Kinderfreibetrag (220 €) kann von jener Person bzw. deren (Ehe)Partner/in beantragt werden, dem/der die Familienbeihilfe für dieses Kind für mehr als sechs Monate im Kalenderjahr zusteht. Wird der Kin-

derfreibetrag von beiden Elternteilen geltend gemacht, beträgt er je Antragsteller/in 132 €. Auch ein nicht haushaltszugehöriger Elternteil, dem der Unterhaltsabsetzbetrag im Kalenderjahr für mehr als sechs Monate zusteht, kann den Kinderfreibetrag geltend machen. In diesem Fall steht der Kinderfreibetrag zu je 132 € nur diesem Elternteil und der Person zu, die für dieses Kind mehr als sechs Monate im Kalenderjahr die Familienbeihilfe bezogen hat – und nicht auch deren (Ehe)Partner/in.

Um den Kinderfreibetrag zu beantragen, muss die Sozialversicherungsnummer oder die persönliche Kennnummer der Europäischen Krankenversicherungskarte des Kindes in der Steuererklärung angegeben werden. Beide Nummern finden Sie auf der e-card.

M. Amtsbescheinigungen und Opferausweise^{Rz1244f}

Welcher Freibetrag steht Inhaberinnen und Inhabern von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen zu?

Inhaberinnen und Inhabern von Opferausweisen und Amtsbescheinigungen (Steuerpflichtige, die in der Zeit von 1938 bis 1945 unter politischer Verfolgung gelitten haben) steht zusätzlich ein jährlicher Steuerfreibetrag in Höhe von 801 € zu.

Pensionistinnen und Pensionisten können diesen Freibetrag direkt bei ihrem Pensionsversicherungsträger durch Vorlage des Ausweises geltend machen. Ohne Berücksichtigung bei der laufenden Lohnverrechnung kann der Freibetrag nach Ablauf des Jahres bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung beantragt werden.



V. Wann ist das Formular L 1i auszufüllen?

Im Zusammenhang mit Einkünften mit Auslandsbezug müssen Sie zusätzlich zum Formular L 1 für die ArbeitnehmerInnenveranlagung das Formular L 1i ausfüllen. Dies ist vor allem dann notwendig, wenn Sie folgende Einkünfte beziehen:

- aus nichtselbständiger Arbeit ohne bisherigen Lohnsteuerabzug oder*
- aus nichtselbständiger Arbeit mit Auslandsbezug.*

In dieses Kapitel fallen auch Erläuterungen zum Formular L 17 sowie Informationen zur Besteuerung ausländischer Einkünfte.

A. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ohne Lohnsteuerabzug

Wann füllen Sie das Formular L 1i aus, obwohl Sie nur inländische Einkünfte beziehen?

Sie haben nichtselbständige Einkünfte von dritter Seite erhalten, die nicht dem Lohnsteuerabzug durch Ihren Arbeitgeber unterliegen. Dazu zählen beispielsweise:

- Bestimmte Provisionen (auch Schmiergelder) von dritter Seite.
- Die Einlösung von Bonusmeilen für private Zwecke, die im Rahmen von beruflichen Dienstreisen erworben wurden.
- Pauschale Reisekostensätze, die von internationalen Organisationen (z. B. Institutionen der Europäischen Union) direkt an die Sitzungsteilnehmer ausbezahlt werden.

Diese Einkünfte (=Bruttoeinnahmen abzüglich Werbungskosten) aus nichtselbständiger Arbeit ohne Lohnsteuerabzug geben Sie bitte im Formular L 1i in der Kennzahl 359 bekannt. Sofern die nichtselbständigen Einkünfte von dritter Seite, die nicht dem Lohnsteuerabzug unterliegen, im Kalenderjahr 730 € nicht überschreiten, bleiben diese steuerfrei (siehe Veranlagungsfreibetrag Seite 112).

Haben Sie durch berufliche Reisen Bonusmeilen erworben und diesen Vorteil für private Zwecke verwendet,

ist dieser Vorteil für das Jahr, in dem die Bonusmeilen eingelöst wurden, im Rahmen der ArbeitnehmerInnenveranlagung zu erklären.

Beispiel:

Haben Sie im Jahr 2011 die beruflich gesammelten Bonusmeilen für einen privaten Flug eingelöst, sind die ersparten Flugkosten (Vorteil) in der ArbeitnehmerInnenveranlagung für das Jahr 2011 im Formular L 1i (Kennzahl 359) bekannt zu geben.

B. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit mit Auslandsbezug

Wer ist davon betroffen und wann geben Sie das Formular L 17 ab?

Nichtselbständige Einkünfte mit einem Auslandsbezug sind jene Einkünfte, die Sie

- als Grenzgänger/in,
- von einem ausländischen Arbeitgeber der nicht zum Lohnsteuerabzug in Österreich verpflichtet ist,
- von einer ausländischen diplomatischen Vertretungsbehörde oder internationalen Organisation in Österreich (z. B. UNO, UNIDO) oder
- aus einer ausländischen Pension bezogen haben.

Dazu zählen beispielsweise auch ausländische Krankengelder, ausländi-

sche Arbeitslosenbezüge, ausländische Insolvenzgelder oder das deutsche Elterngeld.

Sofern Sie diese oben genannten nichtselbständigen Einkünfte erhalten haben, füllen Sie bitte das Formular L 1i aus und geben uns weiters diese Einkünfte mit dem Formular L 17 (Lohnausweis/Lohnbescheinigung) bekannt.

Wer muss das Formular L 17 ausfüllen?

Das Formular L 17 soll grundsätzlich vom Arbeitgeber übermittelt werden. Sollte das nicht der Fall sein, übermitteln Sie bitte das ausgefüllte Formular L 17 Ihrem Finanzamt. Beachten Sie bitte die Ausfüllhilfen L 17a und L 17b.

Vereinfachte Vorgehensweise, wenn Sie ausländische Bezüge ohne Sonderzahlungen beziehen

Beziehen Sie ausländische Einkünfte (Aktiv- oder Pensionseinkünfte), die Sie nur zwölf Mal im Kalenderjahr ausbezahlt bekommen und für die Österreich auf Grund des Doppelbesteuerungsabkommens das Besteuerungsrecht hat, können Sie vereinfachend die Höhe der ausländischen Einkünfte (Bruttoeinnahmen abzüglich Werbungskosten) im Formular L 1i in der Kennzahl 359 bekannt geben. Bitte teilen Sie uns auch mit, ob die ausländischen Einkünfte nur Pensionsbezüge enthalten. Weiters geben Sie uns eine

allenfalls anrechenbare ausländische Steuer in der Kennzahl 377 bekannt.

Treffen die oben genannten Voraussetzungen für Ihre ausländischen Einkünfte zu, brauchen Sie das Formular L 17 nicht auszufüllen. Diese vereinfachte Vorgehensweise kann nicht angewendet werden, wenn Sie Ihre ausländischen Bezüge 13 oder 14 Mal im Kalenderjahr (mit Sonderzahlungen) ausbezahlt bekommen. In diesem Fall müssen Sie das Formular L 17 beim Finanzamt einreichen.

In welchen Fällen sind Sie verpflichtet, eine ArbeitnehmerInnenveranlagung durchzuführen (Pflichtveranlagung)?

Wenn Sie im Jahr 2011 Ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich hatten und somit unbeschränkte Steuerpflicht besteht und Sie Einkünfte bezogen haben:

- als Grenzgänger/in (nähere Informationen für Grenzgänger/innen unter www.eures-bodensee.ch, Rubrik „Publikationen“)
- von einem ausländischen Arbeitgeber, der nicht zum Lohnsteuerabzug in Österreich verpflichtet ist
- von einer ausländischen diplomatischen Vertretungsbehörde oder internationalen Organisation in Österreich (z. B. UNO, UNIDO)
- aus einer ausländischen Pension

Eine Pflichtveranlagung ist auch dann durchzuführen, wenn Sie im Jahr 2011

keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich hatten und für eine Tätigkeit im Inland Einkünfte von einem ausländischen Arbeitgeber, der nicht zum Lohnsteuerabzug in Österreich verpflichtet ist, bezogen haben.

In welchen Fällen können Sie einen Antrag auf ArbeitnehmerInnenveranlagung stellen und eventuell eine einbehaltene Abzugsteuer oder Lohnsteuer erstattet bekommen (Antragsveranlagung)?

Wenn Sie im Jahr 2011 keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich hatten und somit beschränkte Steuerpflicht in Österreich besteht und Sie Einkünfte bezogen haben:

- von einem Arbeitgeber, der Lohnsteuer abgezogen hat,
- aus einer inländischen Pension oder
- aus einer nichtselbständigen Tätigkeit als Schriftsteller/in, Vortragende/r, Künstler/in, Architekt/in, Sportler/in, Artist/in oder Mitwirkende/r an Unterhaltungsdarbietungen, von denen Abzugsteuer in Höhe von 20% bzw. 35% einbehalten wurde.

Erfolgt bei einem beschränkt steuerpflichtigen Arbeitnehmer ein Lohnsteuerabzug in Österreich, dann berechnet sich die Lohnsteuer wie bei einem österreichischen Arbeitnehmer. Im Falle einer Veranlagung wird der Steuerbemessungsgrundlage – d.h. vor

Berechnung der Einkommensteuer – ein Betrag von 9.000 € hinzugerechnet (siehe Seite 10).

Wo werden für in Österreich ansässige Personen die ausländischen Einkünfte besteuert?

Diese Frage kann nur auf Grund des Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Österreich und dem jeweiligen Staat beurteilt werden. Das Doppelbesteuerungsabkommen regelt, welchem Staat das Besteuerungsrecht für diese Einkünfte zugeteilt wird (eine Liste der Doppelbesteuerungsabkommen finden Sie auf www.bmf.gv.at). Wurde auf Grund des Doppelbesteuerungsabkommens Österreich das Besteuerungsrecht zugeteilt, haben Sie diese Auslandseinkünfte im Formular L 1i und gegebenenfalls im Formular L 17 zu erfassen. Wird das Besteuerungsrecht dem ausländischen Staat zugeteilt, ist auf Grund des Doppelbesteuerungsabkommens zu ermitteln, ob in Österreich die Befreiungs- oder Anrechnungsmethode zur Anwendung kommt.

Was sind unter Progressionsvorbehalt steuerbefreite Auslandseinkünfte (Befreiungsmethode)?

Auslandseinkünfte aus einer nichtselbständigen Tätigkeit oder ausländische Pensionsbezüge sind dann in Österreich unter Progressionsvorbehalt steuerbefreit, wenn dies auf Grund ei-

nes Doppelbesteuerungsabkommens zwischen Österreich und dem jeweiligen Staat geregelt ist. Die Liste der österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen finden Sie auf www.bmf.gv.at. Tragen Sie diese Einkünfte, die bei der Ermittlung des Steuersatzes im Rahmen der Anwendung des Progressionsvorbehaltes zu berücksichtigen sind, in die Kennzahl 453 ein, und im Falle von Pensionsbezügen diese nochmals in die Kennzahl 791. Bitte geben Sie auch in der Kennzahl 493 die Werbungskosten bekannt, die bei der Ermittlung der steuerbefreiten Auslandseinkünfte berücksichtigt wurden.

Wann wird für die Auslandseinkünfte die ausländische Steuer in Österreich angerechnet (Anrechnungsmethode)?

Sieht das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich und dem jeweiligen Staat vor, dass die ausländischen Einkünfte, die im Ausland versteuert wurden, auch in Österreich besteuert werden können, dann rechnet Österreich die ausländische Steuer, die der österreichischen Steuer entspricht (Anrechnungshöchstbetrag), an. Ist auf Grund des Doppelbesteuerungsabkommens die Anrechnungsmethode anzuwenden, dann geben Sie bitte die von Ihnen bezahlte ausländische Steuer, wenn Sie das Formular L 17 ausfüllen in der Kennzahl 358 oder wenn Sie kein

Formular L 17 abgeben müssen, im Formular L 1i in der Kennzahl 377 bekannt.

Die nachfolgende Tabelle bezieht sich auf Standardfälle. Da es davon aber vielfältige Ausnahmen und Einschränkungen gibt, wird es zur richtigen steuerlichen Erfassung vielfach unerlässlich sein, sich im konkreten Doppelbesteuerungsabkommen oder an kompetenter Stelle (z. B. Finanzamt) zu informieren.

Einkünfte aus...	Steuerliche Behandlung der Einkünfte in/im	Aktiveinkünfte			Pensionen		
		Unter 184 Tagen und kein dortiger Arbeitgeber	Über 183 Tage oder dortiger Arbeitgeber	Grenzgänger	Sozialversicherungs-pension	Firmenpension	Öffentliche Pension
Deutschland	Ausland	Befreiung	Besteuerung	Befreiung	Besteuerung	Befreiung	Besteuerung
	Österreich	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt
Liechtenstein	Ausland	Befreiung	Besteuerung	Quellensteuer 4%	Befreiung	Befreiung	Besteuerung
	Österreich	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt	Besteuerung mit Anrechnung	Volle Besteuerung	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt
Schweiz	Ausland	Befreiung	Besteuerung		Befreiung	Befreiung	Besteuerung
	Österreich	Volle Besteuerung	Besteuerung mit Anrechnung		Volle Besteuerung	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt
Italien	Ausland	Befreiung	Besteuerung	Besteuerung	Befreiung	Befreiung	Besteuerung
	Österreich	Volle Besteuerung	Besteuerung mit Anrechnung	Besteuerung mit Anrechnung	Volle Besteuerung	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt
Slowenien	Ausland	Befreiung	Besteuerung		Befreiung	Befreiung	Besteuerung
	Österreich	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt		Volle Besteuerung	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt
Ungarn	Ausland	Befreiung	Besteuerung		Befreiung	Befreiung	Besteuerung
	Österreich	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt		Volle Besteuerung	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt
Slowakei	Ausland	Befreiung	Besteuerung		Befreiung	Befreiung	Besteuerung
	Österreich	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt		Volle Besteuerung	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt
Tschechien	Ausland	Befreiung	Besteuerung		Befreiung	Befreiung	Besteuerung
	Österreich	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt		Volle Besteuerung	Volle Besteuerung	Befreiung mit Progressionsvorbehalt

Zur Verdeutlichung ein Beispiel der vollen Besteuerung der ausländischen Einkünfte in Österreich sowie Beispiele zur Erklärung der Begriffe „Befreiung mit Progressionsvorbehalt“ und „Besteuerung mit Anrechnung“:

Beispiel: Volles Besteuerungsrecht in Österreich

Eine in Österreich ansässige Person erzielt Pensionseinkünfte in Österreich und zusätzlich noch Einkünfte aus einer Firmenpension in Deutschland. Auf Grund des Doppelbesteuerungsabkommens hat Österreich das Besteuerungsrecht für die deutsche Firmenpension. In Österreich werden daher sowohl die Einkünfte aus der österreichischen Pension, als auch die deutsche Firmenpension zur Gänze versteuert. Wird die deutsche Firmenpension nur zwölf Mal im Kalenderjahr (somit ohne Sonderzahlungen) ausbezahlt, können vereinfachend im Formular L 1i die deutschen Pensionseinkünfte in der Kennzahl 359 eingetragen werden und es muss kein Formular L 17 ausgefüllt werden. Erhalten Sie eine ausländische Pension mit Sonderzahlungen, müssen Sie das Formular L 17 abgeben.

Beispiel: Befreiung mit Progressionsvorbehalt in Österreich (Befreiungsmethode)

Eine in Österreich ansässige Person erzielt in Österreich Pensionseinkünfte und

zusätzlich noch Einkünfte aus einer deutschen Sozialversicherungspension. Diese Einkünfte aus der deutschen Sozialversicherungspension werden nach dem Doppelbesteuerungsabkommen in Deutschland versteuert und in Österreich bei der Veranlagung unter Progressionsvorbehalt steuerbefreit. Die deutschen Einkünfte aus der Sozialversicherungspension sind im Formular L 1i in der Kennzahl 453 (unter Progressionsvorbehalt steuerbefreite Auslandseinkünfte) und da es sich um Pensionseinkünfte handelt auch in der Kennzahl 791 einzutragen.

Beispiel: Besteuerung mit Anrechnung in Österreich (Anrechnungsmethode)

Eine in Österreich ansässige Person erzielt Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Aktiveinkünfte) als Grenzgänger nach Liechtenstein. Der Tätigkeitsstaat Liechtenstein darf nach dem Doppelbesteuerungsabkommen bei Grenzgängern eine Bruttoquellensteuer von 4% einbehalten, welche nach dem Doppelbesteuerungsabkommen in Österreich anzurechnen ist. Im Formular L 17 sind die liechtensteini-schen Einkünfte bekannt zu geben (die an-rechenbare Steuer in der Kennzahl 358) und es ist das Formular L 1i auszufüllen.

Erfolgt für die Auslandseinkünfte eine Entlastung der entrichteten Auslandssteuer durch die ausländische Steuerverwaltung?

Für den Fall, dass Ihre Einkünfte in Österreich steuerpflichtig sind und Sie eine Entlastung von der Auslandssteuer durch die ausländische Steuerverwaltung erhalten oder beantragt haben, tragen Sie diese bitte in der Kennzahl 775 ein.

Was ist eine Tätigkeit im Sinne des § 99 Abs. 1 Z1 EStG 1988?

Eine Tätigkeit im Sinne des § 99 Abs. 1 Z 1 EStG 1988 liegt dann vor, wenn Sie in Österreich keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hatten (beschränkte Steuerpflicht) und im Rahmen eines Arbeitsvertrages als Schriftsteller/in, Vortragende/r, Künstler/in, Architekt/in, Sportler/in, Artist/in oder Mitwirkende/r an Unterhaltungs-darbietungen tätig wurden und der Arbeitgeber Lohnsteuer in Höhe von 20% bzw. 35% einbehalten hat.

Wer kann einen Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht stellen?

Wenn Sie im Jahr 2011 weder einen Wohnsitz noch Ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich hatten, können Sie unter der Voraussetzung, dass Sie Staatsbürger/in eines Mitgliedsstaates der EU oder eines EWR Staates sind, einen Antrag auf unbeschränkte

Steuerpflicht in Österreich stellen. Das gilt nur, wenn ihre Einkünfte im Kalenderjahr mindestens zu 90% der österreichischen Einkommensteuer unterliegen oder die nicht der österreichischen Einkommensteuer unterliegenden Einkünfte nicht höher als 11.000 € sind. Dies ist durch eine entsprechende Bescheinigung ihres Ansässigkeitsstaates nachzuweisen (Formular E 9).

VI. Das Verfahren beim Finanzamt^{Rz909ff}

Nachdem Sie bisher Informationen dazu erhalten haben, was Sie beim Finanzamt geltend machen können, gibt Ihnen dieses Kapitel Hinweise, wie Sie dabei am besten vorgehen. Der Schwerpunkt liegt auf Finanz-Online, der elektronischen ArbeitnehmerInnenveranlagung. Aber natürlich erhalten Sie auch zahlreiche weitere nützliche Informationen, wie beispielsweise:

- Wann müssen Sie eine Pflichtveranlagung durchführen*
- Unter welchen Umständen kann es zu Nachforderungen kommen*
- Bezug von mehreren Pensionen*
- Was ist ein Freibetragsbescheid*
- Was ist eine Mitteilung gemäß § 109a EStG 1988*
- Wie können Sie gegen einen Bescheid berufen und*
- Welche Möglichkeiten zur Zahlungserleichterung gibt es*

A. ArbeitnehmerInnenveranlagung (Jahresausgleich) ^{Rz909ff}

Wann kann ein Antrag auf ArbeitnehmerInnenveranlagung gestellt werden?

Für den Antrag auf Durchführung einer ArbeitnehmerInnenveranlagung haben Sie fünf Jahre Zeit (z.B. kann der Antrag für 2011 bis Ende Dezember 2016 gestellt werden). Sie können Ihren Antrag entweder elektronisch über FinanzOnline übermitteln, mit dem Formular L 1 (gegebenenfalls mit Beilage L 1k, L 1i) per Post senden oder persönlich bei Ihrem Finanzamt abgeben. Das Finanzamt bearbeitet die Anträge in der Reihenfolge des Einlangens und führt auf Ihren Antrag eine ArbeitnehmerInnenveranlagung durch. Ein Anruf beim Finanzamt beschleunigt die Bearbeitung nicht, sondern verzögert die zügige Erledigung der ArbeitnehmerInnenveranlagungen.

Geben Sie bitte Ihre Bankverbindung an, sofern diese Ihrem Finanzamt noch nicht bekannt ist oder sich geändert hat. Aufgrund der Einführung eines einheitlichen Standards für den europäischen Zahlungsverkehr wird auch von der Finanzverwaltung an Stelle von Bankleitzahl und Kontonummer nur mehr BIC (Bank Identifier Code) und IBAN (International Bank Account Number) verwendet. Sie finden diese Codes auf Ihrem Kontoauszug, eventuell auch auf Ihrer Bankomatkarte.

Die Erledigung der ArbeitnehmerInnenveranlagung durch Ihr Finanzamt kann erst erfolgen, wenn alle Jahreslohnzettel oder sonstigen Meldungen (z.B. vom Arbeitsmarktservice) eingelangt sind.

→ Hinweis

Legen Sie der Erklärung keinen Lohnzettel und keine Belege (Rechnungen, Bestätigungen, Zahlungsbelege) für Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen bei. Bewahren Sie die Belege aber sieben Jahre auf, da sie auf Verlangen des Finanzamtes vorgelegt werden müssen.

B. Die elektronische ArbeitnehmerInnenveranlagung

Wie steigen Sie in FinanzOnline ein?

Rufen Sie FinanzOnline unter www.bmf.gv.at auf und melden Sie sich an:
 – Tools: „FinanzOnline“ und über den Link Online-Erstanmeldung
 – FINANZONLINE LOGIN: Link „Registrierung“

Nach erfolgreicher Anmeldung erhalten Sie Ihre Zugangskennungen (Teilnehmer ID, Benutzer ID und PIN) mit Rückscheinbrief (RSA).

Welche Vorteile bietet FinanzOnline?

- Kostenlose Anwendung rund um die Uhr
- Amtsweg per Mausclick bequem von jedem Internetanschluss aus
- Möglichkeit zur jederzeitigen Änderung von personenbezogenen Grunddaten, wie z. B. Adresse, Bankverbindung, E-Mail-Adresse oder Telefonnummer
- Aktuelle Abfragen Ihres Steuerkontos und Steueraktes (z. B. Kontostand, Lohnzettel)
- Bescheidzustellung in Ihren persönlichen elektronischen Briefkasten (Data-Box) inkl. E-Mail-Verständigung
- Anonyme Steuerberechnung
- Keine spezielle Software
- Komfortable Benutzerführung (Online-Hilfe, Hotline)
- Behindertengerechte Anwendung
- Handysignatur

Neben der bisherigen Eingabe der Erklärungsdaten gibt es auch die Möglichkeit, eine „virtuelle Papiererklärung“ auszufüllen, die mit dem Papierformular optisch übereinstimmt. Gleichzeitig werden die von Ihnen im Vorjahr erklärten Werte zur Übernahme in die aktuelle Erklärung angezeigt.

Der Einstieg in FinanzOnline kann neben dem bewährten Login mit Zugangskennungen und der Bürgerkarte nun auch mit Ihrem Handy erfolgen. Die Handysignatur können Sie mit FinanzOnline oder der Bürgerkarte akti-

vieren. Da das Handyservice laufend erweitert wird, ist es empfehlenswert, beim nächsten Einstieg in FinanzOnline die aktuelle Mobiltelefonnummer zu ergänzen. Sollten Sie Ihre Teilnehmercodes vergessen haben, kann die Zustellung der neuen Zugangskennungen auch direkt auf Ihr Handy erfolgen. Es ist daher nicht mehr notwendig, persönlich zur Post oder zu einem Finanzamt zu gehen.

Die FinanzOnline Hotline (0810/22 11 00, Mo–Fr, 8.00 bis 18.00 Uhr, österreichweit zum Ortstarif) bietet mit der Anwendung „Fastviewer“ die Möglichkeit, unseren Mitarbeiter/innen die Eingaben auf Ihrem Bildschirm zu zeigen und damit unsere Hilfe für Sie zielgerichteter zu gestalten.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website www.bmf.gv.at.

C. Die ArbeitnehmerInnenveranlagung in Papierform

Die Formulare für die ArbeitnehmerInnenveranlagung (L 1, L 1k, L 1i) sind in maschinenlesbarer Form gestaltet. Die Formulare sind dadurch übersichtlicher, gleichzeitig hat die Finanzverwaltung die Möglichkeit die Daten durch Scannen zu übernehmen. Übermitteln Sie nur Originalformulare (keine Kopien). Wenn Sie die Erklärung also weiterhin per Post oder persönlich abgeben wollen, steht auf www.bmf.gv.at (Formulare) ein Bestellservice für

die Erklärungsformulare zur Verfügung. Vergessen Sie dabei nicht, für jedes Kind das Formular L 1k mitzubestellen, bei Auslandseinkünften ein Formular L 1i.

Um eine optimale Verarbeitung der maschinell gelesenen Formulare zu gewährleisten, beachten Sie bitte die folgenden Ausfüllhinweise. Sie vermeiden dadurch Rückfragen und unterstützen eine zügige Bearbeitung.

- Bitte geben Sie nur die Originalformulare ab, da Kopien maschinell nicht lesbar sind.
- Schreiben Sie in BLOCKSCHRIFT (GROSSBUCHSTABEN) und verwenden Sie ausschließlich schwarze oder blaue Farbe.
- Schreiben Sie in jedes Kästchen nur einen Buchstaben, eine Ziffer oder ein Sonderzeichen.
- Füllen Sie die Textfelder von links nach rechts aus, jedoch rechtsbündig.
- Leerbleibende Felder frei lassen und nicht durchstreichen.
- Anmerkungen außerhalb der vorgesehenen Felder können nicht maschinell gelesen werden (abgesehen von Korrekturen – siehe rechts).
- Fehler in Betragsfeldern korrigieren Sie, indem Sie den falschen Betrag zur Gänze unkenntlich machen und die gesamte Zahl neben, über oder unter den Eintragungsfeldern anführen.

Muster

RICHTIG

5. Alleinverdienerabse	<input type="text" value="4"/> <input type="text" value="7"/> <input type="text" value="8"/> <input type="text" value="0"/> <input type="text" value="0"/>
5.1 <input type="checkbox"/> Alleinverdienerabse	<input type="text" value="1"/> <input type="text" value="2"/> <input type="text" value="9"/> <input type="text" value="3"/> <input type="text" value="0"/> <input type="text" value="0"/>
5.2 <input type="checkbox"/> Alleinerzieherabset:	<input type="text" value="6"/> <input type="text" value="7"/> <input type="text" value="1"/> <input type="text" value="7"/> <input type="text" value="5"/>
Hinweis zu Punkt 5.1 und 5.2	
5.3 <input type="checkbox"/> Anzahl der KI bezogen habe/I	

FALSCH

5. Alleinverdienerabse	<input type="text" value="4"/> <input type="text" value="7"/> <input type="text" value="8"/>
5.1 <input type="checkbox"/> Alleinverdienerabse	<input type="text" value="1"/> <input type="text" value="2"/> <input type="text" value="9"/> <input type="text" value="3"/>
5.2 <input type="checkbox"/> Alleinerzieherabset:	<input type="text" value="6"/> <input type="text" value="7"/> <input type="text" value="1"/> <input type="text" value="7"/> <input type="text" value="5"/>
Hinweis zu Punkt 5.1 und 5.2	
5.3 <input type="checkbox"/> Anzahl der KI bezogen habe/I	

„So korrigiere ich richtig“

RICHTIG

1.1 FAMILIEN- oder NACHNAME (BLOCKSCHRIFT)	MU STERFRAU
1.4 Versicherungsnr. 1) 1.5 Geburtsdatum	1234 100580
1.7 Personenstand am 31.12.2011 (Bitte nur ein Kästchen ankreuzen) 2)	<input checked="" type="checkbox"/> verheiratet/in eingetragener Partnerschaft lebend <input type="checkbox"/> ledig <input checked="" type="checkbox"/> dauernd getrennt lebend
2.1 STRASSE (BLOCKSCHRIFT)	QUELLENSTRASSE 7140,90

FALSCH

1.1 FAMILIEN- oder NACHNAME (BLOCKSCHRIFT)	MUIERSTERFRAU
1.4 Versicherungsnr. 1) 1.5 Geburtsdatum	1234 100580
1.7 Personenstand am 31.12.2011 (Bitte nur ein Kästchen ankreuzen) 2)	<input checked="" type="checkbox"/> verheiratet/in eingetragener Partnerschaft lebend <input checked="" type="checkbox"/> ledig <input checked="" type="checkbox"/> dauernd getrennt lebend
2.1 STRASSE (BLOCKSCHRIFT)	QUELLENSTRASSE 714090

Belege oder andere Dokumente sind erst nach Aufforderung durch Ihr Finanzamt zu übersenden.

→ Hinweis

Zur Durchführung der ArbeitnehmerInnenveranlagung gibt es drei unterschiedliche Formulare (L 1, L 1k, L 1i, siehe ab S. 122). Möglicherweise müssen Sie also nicht nur eines, sondern mehrere der Formulare ausfüllen:

Beilage L 1k: Zur Berücksichtigung eines Kinderfreibetrages, Unterhaltsabsetzbetrages, einer außergewöhnlichen Belastung für Kinder oder zur Nachversteuerung des Arbeitgeberzuschusses für Kinderbetreuung. Pro Kind ist ein gesondertes Formular zu verwenden.

Beilage L 1i: Zur Erklärung von Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit ohne bisherigen Lohnsteuerabzug, für Zusatzangaben bei Erfüllung bestimmter grenzüberschreitender Kriterien und/oder zum Stellen eines Antrags auf unbeschränkte Steuerpflicht.

D. Gutschriften, Nachforderungen und Vorauszahlungen

In welchen Fällen können Sie in der Regel eine Gutschrift erwarten?

- Wenn Sie während des Jahres unterschiedlich hohe Bezüge erhalten haben und der Arbeitgeber keine Aufrollung durchgeführt hat.
- Wenn Sie während des Jahres den Arbeitgeber gewechselt haben oder nicht ganzjährig beschäftigt waren.
- Wenn Sie auf Grund der geringen Höhe Ihrer Bezüge Anspruch auf „Negativsteuer“ haben.
- Wenn Sie Anspruch auf den Alleinverdiener-/ Alleinerzieherabsetzbetrag und/oder auf den Kinderzu-

schlag und/oder auf ein Pendlerpauschale haben, der/das bei der laufenden Lohnverrechnung nicht berücksichtigt wurde.

- Wenn Sie Freibeträge für Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen geltend machen, die noch nicht in einem Freibetragsbescheid berücksichtigt wurden.

Was tun Sie, wenn es zu einer Nachforderung kommt?

Kommt es – in Ausnahmefällen – zu einer Nachforderung, können Sie Ihren Antrag im Wege der Berufung zurückziehen, ausgenommen:

- Sie müssen von sich aus eine Steuererklärung abgeben oder
- es kommt aus einem anderen Grund zu einer Pflichtveranlagung (siehe wie folgt).

Wann müssen Sie von sich aus (ohne Aufforderung durch das Finanzamt) eine Steuererklärung abgeben (Pflichtveranlagung)?

Übersteigt Ihr Einkommen 12.000 €, sind Sie verpflichtet, eine Einkommensteuererklärung oder eine Erklärung zur ArbeitnehmerInnenveranlagung abzugeben, wenn

- Sie neben lohnsteuerpflichtigen Einkünften andere Einkünfte (z.B. aus Werkverträgen oder freien Dienstverträgen) von insgesamt mehr als 730 € erhalten haben. Endbesteuerter Kapitalerträge sind hier nicht einzurechnen. Geben Sie in diesem Fall eine Einkommensteuererklärung ab (Formular E 1 samt Beilage E 1a für betriebliche Einkünfte).
Frist: 30. April des Folgejahres (bei Online-Erklärungen: 30. Juni des Folgejahres)
- Sie im Kalenderjahr zumindest zeitweise gleichzeitig zwei oder mehrere lohnsteuerpflichtige Einkünfte bezogen haben, die beim Lohnsteuerabzug nicht gemeinsam versteuert wurden (z.B. Firmenpension neben ASVG-Pension). Geben Sie in diesem Fall eine Erklärung zur ArbeitnehmerInnenveranlagung ab.

Frist: 30. September des Folgejahres

- Ihnen der Alleinverdiener-/ Alleinerzieherabsetzbetrag für das Kalenderjahr nicht zusteht, aber bei der laufenden Lohnverrechnung berücksichtigt wurde. Geben Sie in diesem Fall eine Erklärung zur ArbeitnehmerInnenveranlagung ab.

Frist: 30. September des Folgejahres

- Zu Unrecht ein Pendlerpauschale oder ein zu hohes Pendlerpauschale bezogen wurde.

Frist: 30. April des Folgejahres (bei Online-Erklärungen: 30. Juni des Folgejahres)

- Zu Unrecht ein Zuschuss zur Kinderbetreuung vom Arbeitgeber bezogen wurde.

Frist: 30. April des Folgejahres (bei Online-Erklärungen: 30. Juni des Folgejahres)

- Sie Einkünfte aus Kapitalvermögen oder entsprechende betriebliche Einkünfte erzielt haben und diese keinem Kapitalertragsteuerabzug unterliegen.

Frist: 30. April des Folgejahres (bei Online-Erklärungen: 30. Juni des Folgejahres)

- Sie Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit bezogen haben und noch kein Lohnsteuerabzug erfolgt ist (Grenzgänger, ausländische Pensionen).

Frist: 30. April des Folgejahres (bei Online-Erklärungen: 30. Juni des Folgejahres)

→ Hinweis

Für eine rasche Erledigung Ihres Antrages auf ArbeitnehmerInnenveranlagung müssen Ihre persönlichen Daten sowie die Anzahl der bezugsauszahlenden Stellen auf dem Antragsformular vollständig ausgefüllt sein. Fehlende Daten verzögern die Erledigung Ihres Antrages.

Wann wird eine Pflichtveranlagung durchgeführt?

Müssen Sie von sich aus keine Erklärung zur ArbeitnehmerInnenveranlagung abgeben, wird Sie das Finanzamt in folgenden Fällen zur Einreichung einer Erklärung auffordern und eine Pflichtveranlagung durchführen, wenn

- Sie gleichzeitig bei zwei oder mehreren Arbeitgebern beschäftigt waren.
- Ihnen im Kalenderjahr Krankengeld aus der gesetzlichen Sozialversicherung oder Bezüge nach dem Heeresgebührengesetz (z.B. für Truppen- oder Kaderübungen), Insolvenz-Ausfallsgeld im Falle eines Insolvenzverfahrens ausbezahlt worden ist, oder Sozialversicherungspflichtbeiträge rückerstattet worden sind.
- für das jeweilige Kalenderjahr ein Freibetragsbescheid ausgestellt worden ist. Eine Pflichtveranlagung ist

aber nur durchzuführen, wenn der Freibetragsbescheid zu hoch war.

- der Alleinverdiener- oder Alleinerzieherabsetzbetrag bei der laufenden Lohnverrechnung berücksichtigt wurde, die Voraussetzungen aber nicht vorliegen (z.B. die Einkünfte des Partners überschreiten die Zuverdienstgrenze).

→ Hinweis

Legen Sie den Erklärungen zur Durchführung der ArbeitnehmerInnenveranlagung bitte keine Lohnzettel bei. Sie werden vom Arbeitgeber (oder der pensionsauszahlenden Stelle) Ihrem Finanzamt übermittelt.

Kann es bei einer ArbeitnehmerInnenveranlagung zu Vorauszahlungen kommen?

Bei Lohnsteuerpflichtigen kann es zu Vorauszahlungen kommen, wenn die Nachzahlung mehr als 300 € beträgt. In diesem Fall kann ausnahmsweise (z.B. wenn erstmals zwei Bezüge nebeneinander anfallen) in einem Jahr die Nachzahlung für das vorangegangene Jahr mit der Vorauszahlung für das laufende Jahr zusammentreffen. Andererseits ersparen Sie sich allfällige Nachzahlungen für das laufende Jahr.

Warum kommt es bei zwei oder mehreren Bezügen zu Nachzahlungen?

Jede bezugs- oder pensionsauszahlende Stelle berechnet die Lohnsteuer grundsätzlich nur für die von ihr ausbezahlten Bezüge oder Pensionen. Insgesamt ergibt sich dadurch eine zu geringe Lohnsteuer. Bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung werden diese Bezüge so besteuert, als hätten Sie den Gesamtbetrag in Form eines Bezuges erhalten.

Sie werden also jemandem gleichgestellt, der nur ein Dienstverhältnis hat, aber ebenso viel Gehalt oder Pension bezieht, wie Ihnen aus mehreren Bezügen zugeflossen ist.

Wann kann es zu einer Verzinsung von Nachforderungen und Gutschriften beim Finanzamt kommen?

Nachforderungen und Gutschriften aus Einkommensteuerbescheiden, die nach dem 30. September des Folgejahres zugestellt werden, werden vom Finanzamt verzinst. Der Zinssatz liegt 2% über dem Basiszinssatz und beträgt 2,88% (Wert bei Redaktionsschluss). Nachforderungs- bzw. Gutschriftszinsen, die den Betrag von 50 € nicht erreichen, werden aber nicht festgesetzt.

Die Verzinsung erfolgt unabhängig vom Zeitpunkt der Abgabe der Steuererklärung. Es ist aber empfehlenswert, die Erklärung möglichst früh abzugeben.

Wenn Sie den Steuerbescheid nicht bis zum 30. September des Folgejahres erhalten haben, können Sie durch Entrichtung einer Anzahlung in Höhe der zukünftigen (erwarteten) Steuernachforderung vor diesem Stichtag die Festsetzung von Nachforderungszinsen vermeiden.

E. Versteuerung mehrerer Pensionen^{Rz1020ff}

Wie werden mehrere Pensionen versteuert?

Um Nach- und Vorauszahlungen bei gleichzeitigem Bezug von (mehreren) gesetzlichen Pensionen, Beamtinnen/Beamtenpensionen, Pensionen aus einem früheren Dienstverhältnis zu einem Bundesland oder Pensionen aus inländischen Pensionskassen zu vermeiden, ist eine gemeinsame Versteuerung verpflichtend vorgesehen.

Wenn Sie z.B. vom Bund oder Land eine Pension und von der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten eine Witwen/Witwerpension erhalten, wird von der höheren Pension die auf beide Bezüge entfallende Lohnsteuer einbehalten.

Wenn Sie neben Ihrer ASVG-Pension auch eine Firmenpension erhalten, entfällt die Pflicht zur gemeinsamen Versteuerung. In diesem Fall kann aber der ehemalige Arbeitgeber die Auszahlung und Versteuerung Ihrer ASVG-Pension übernehmen. Der

Arbeitgeber kann dazu aber nicht verpflichtet werden.

Bei Zusammentreffen mit Bezügen aus betrieblichen Kollektivversicherungen ist vom Pensionsversicherungsträger bzw. von der pensionsauszahlenden Stelle eine gemeinsame Versteuerung vorzunehmen.

F. Freibetragsbescheid^{Rz1039ff}

Was ist ein Freibetragsbescheid?

Ein Freibetragsbescheid enthält bestimmte Werbungskosten, Sonderausgaben oder außergewöhnliche Belastungen, die der Arbeitgeber bereits bei der laufenden Lohnverrechnung berücksichtigen kann. Dadurch zahlen Sie weniger Lohnsteuer. Normalerweise ergeht der Freibetragsbescheid gemeinsam mit dem Einkommensteuerbescheid auf Grund der ArbeitnehmerInnenveranlagung. Gleichzeitig erhalten Sie eine Mitteilung zur Vorlage beim Arbeitgeber.

Der Freibetragsbescheid gilt für das dem Veranlagungszeitraum zweitfolgende Jahr. Dem Einkommensteuerbescheid für das Kalenderjahr 2011 werden daher der Freibetragsbescheid und die Mitteilung an den Arbeitgeber für das Kalenderjahr 2013 angeschlossen. Dieser Freibetragsbescheid berücksichtigt Ihre Freibeträge – auf Basis des Jahres 2011 – vorläufig bereits für 2013. Sind die tatsächlichen Aufwen-

dungen im Jahr 2013 höher als jene im Freibetragsbescheid, so kann dies bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung ausgeglichen werden. Es ist eine zusätzliche Gutschrift zu erwarten.

Im Falle geringerer Aufwendungen kommt es in der Regel zu Nachzahlungen. Wenn es ungewiss ist, ob Sie im zweitfolgenden Jahr ähnliche Aufwendungen haben wie im Basisjahr, können Sie zur Vermeidung von Nachzahlungen auf einen Freibetragsbescheid im Wege der ArbeitnehmerInnenveranlagung verzichten. Sie haben auch die Möglichkeit, einen betragsmäßig niedrigeren Freibetragsbescheid zu beantragen.

Sie können aber auch die Mitteilung für den Arbeitgeber auf einen niedrigeren Freibetrag abändern oder die Mitteilung dem Arbeitgeber nicht vorlegen. Das Finanzamt kann auch von sich aus niedrigere Freibeträge festsetzen, wenn bestimmte Aufwendungen offensichtlich nur einmalig anfallen.

Unabhängig von der ArbeitnehmerInnenveranlagung können Sie bis spätestens 31. Oktober unter folgenden Voraussetzungen die Ausstellung eines Freibetragsbescheides für das laufende Jahr beantragen:

- Wenn voraussichtlich zusätzliche Werbungskosten von mindestens 900 € im laufenden Kalenderjahr anfallen werden.

- Wenn voraussichtlich Aufwendungen zur Beseitigung von Katastrophenschäden (Hochwasser-, Sturm-schäden) vorliegen.

→ Hinweis

Kein Freibetragsbescheid ergeht

- bei einem Jahresfreibetrag unter 90 € und wenn Einkommensteuervorauszahlungen vorgeschrieben werden,
- an beschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer/innen,
- an unbeschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer/innen, die nach § 1 Abs. 4 EStG 1988 in die unbeschränkte Steuerpflicht optiert haben.

G. Mitteilung gemäß § 109a Einkommensteuergesetz

Was ist eine Mitteilung gemäß § 109a EStG?

Unternehmerinnen bzw. Unternehmer und Körperschaften müssen für Auszahlungen dem Finanzamt bestimmte Daten elektronisch oder mit dem Formular E 18 übermitteln.

Von der Mitteilung betroffen sind natürliche Personen oder Personenvereinigungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, z. B. Offene Gesellschaften oder

Kommanditgesellschaften, die auf selbständiger Basis, also nicht im Rahmen eines Dienstverhältnisses, für bestimmte Tätigkeiten Vergütungen beziehen. Der Aussteller einer Mitteilung an das Finanzamt hat dem Betroffenen eine Ausfertigung auszuhändigen.

Welche Daten sind mitzuteilen?

Mitzuteilen sind folgende Daten:

- Name, Anschrift, Sozialversicherungsnummer
- Art der erbrachten Leistung
- Kalenderjahr, in dem das Entgelt geleistet wurde
- Entgelt (einschließlich Sachbezüge und Kostenersätze) und gegebenenfalls Umsatzsteuer

Für welche Tätigkeiten ist eine Mitteilung auszustellen?

Eine Mitteilung ist für folgende selbständig erbrachte Leistungen auszustellen:

- Leistungen als Mitglied des Aufsichtsrates, Verwaltungsrates und andere Leistungen von mit der Überwachung der Geschäftsführung beauftragten Personen
- Leistungen als Bausparkassenvertreter/in und Versicherungsvertreter/in
- Leistungen als Stiftungsvorstand
- Leistungen als Vortragende oder Vortragender, Lehrende oder Lehrender und Unterrichtende oder Unterrichtender

- Leistungen als Kolporteur/in und Zeitungszusteller/in
- Leistungen als Privatgeschäftsmittler/in
- Leistungen als Funktionär/in von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, wenn die Tätigkeit zu Funktionsgebühren führt
- Sonstige Leistungen, die im Rahmen eines freien Dienstvertrages erbracht werden und der Versicherungspflicht gemäß § 4 Abs. 4 ASVG unterliegen

Kann eine Mitteilung bei geringfügigen Vergütungen unterbleiben?

Eine Mitteilung kann unterbleiben, wenn das einer Person oder Personenvereinigung (Personengemeinschaft) im Kalenderjahr insgesamt geleistete (Gesamt)Entgelt einschließlich allfälliger Kostenersätze nicht mehr als 900 € und das (Gesamt)Entgelt einschließlich allfälliger Kostenersätze für jede einzelne Leistung nicht mehr als 450 € beträgt.

Was hat die oder der von der Mitteilung Betroffene zu tun?

Entgelte, die aus den genannten Tätigkeiten bezogen werden, führen grundsätzlich zu steuerlich zu erfassenden Einkünften. Die bezogenen Einkünfte sind daher in der Einkommensteuererklärung (Formular E 1) unter der betreffenden Einkunftsart anzugeben.

Die (Betriebs)Einnahmen, für die eine Mitteilung ausgestellt wurde, sind in der Einnahmen-Ausgaben-Rechnung (Gewinn- und Verlustrechnung, Formular E 1a) oder Überschussrechnung gesondert auszuweisen.

Haben Sie für das entsprechende Jahr eine oder mehrere Mitteilungen erhalten, geben Sie im Wege der Einkommensteuererklärung bitte unbedingt die Anzahl der erhaltenen Mitteilungen bekannt. Die Mitteilung ist aber nicht ans Finanzamt zu übermitteln. Betragen die Einkünfte nicht mehr als 730 € (Veranlagungsfreibetrag) bleiben sie steuerfrei. In diesem Fall kann eine ArbeitnehmerInnenveranlagung durchgeführt werden.

H. Berufung gegen einen Bescheid

Wie können Sie gegen einen Bescheid Einspruch erheben?

Gegen einen Bescheid können Sie binnen eines Monats ab Zustellung Berufung erheben. Bringen Sie Ihre Berufung schriftlich beim Finanzamt ein, das den Bescheid erlassen hat. Legen Sie der Berufung bitte alle maßgeblichen Unterlagen bei. Wird die Berufung über FinanzOnline eingereicht, können Anhänge als PDF-Dokument übermittelt werden. Die Berufung ist gebührenfrei. Durch eine Berufung

wird eine vorgeschriebene Nachforderung nicht außer Kraft gesetzt, sondern bleibt zum angegebenen Zeitpunkt fällig.

Wenn Sie den Nachforderungsbetrag vorerst nicht im vorgeschriebenen Umfang entrichten wollen, müssen Sie einen Antrag auf Aussetzung der Einhebung stellen. Das Finanzamt wird zu diesem Antrag einen Bescheid erlassen.

→ Hinweis

Im Falle einer Abweisung der Berufung sind Zinsen für die Zeit der Aussetzung zu entrichten. Der Zinssatz beträgt 2,88% (Wert bei Redaktionsschluss).

Die aktuellen Werte stehen Ihnen auch im Internet unter www.bmf.gv.at, Rubrik „Steuern“ (Bürgerinformation, Steuerzahlung, Abgabefälligkeiten und Entrichtung, Höhe der Stundungszinsen) zum Download zur Verfügung.

In der Regel wird das Finanzamt selbst eine Berufungsvorentscheidung erlassen. Wenn Sie mit dieser Entscheidung nicht einverstanden sind, können Sie innerhalb eines Monats die Vorlage der Berufung an den Unabhängigen Finanzsenat (UFS) beantragen.

I. Ratenzahlung und Stundung

Wie erreichen Sie eine Zahlungserleichterung?

Das Finanzamt kann auf Ihr Ansuchen den Nachforderungsbetrag stunden oder eine Ratenzahlung bewilligen,

- wenn die sofortige volle Entrichtung der Steuerschuld mit erheblichen Härten verbunden wäre und
- wenn durch die Bewilligung der Zahlungserleichterung die Einbringlichkeit der Steuerschuld nicht gefährdet wird.

Führen Sie daher in Ihrem Ansuchen alle für die Zahlungserleichterung sprechenden Umstände an.

→ Hinweis

Bei Stundung oder Ratenzahlung sind für eine Abgabenschuld über 750 € Zinsen zu entrichten. Der Zinssatz beträgt 5,38% (Wert bei Redaktionsschluss). Zinsen unter 50 € werden nicht festgesetzt. In besonderen Härtefällen kann auf Antrag die Abgabenschuld ganz oder teilweise nachgesehen werden. Eingaben an Abgabenbehörden sind gebührenfrei.



VII. Sonstige steuerliche Begünstigungen

Die prämiengünstigte Zukunftsvorsorge sowie die prämiengünstigte Pensionsvorsorge werden in diesem Kapitel gesondert besprochen. Zu beachten ist dabei besonders, dass die staatlich geförderte Prämie jährlich angepasst wird.

A. Prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge^{Rz1365ff}

Die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge kann von allen in Österreich unbeschränkt Steuerpflichtigen, die keine gesetzliche Alterspension beziehen, in Anspruch genommen werden.

Wie hoch ist die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge und wie wird sie gefördert?

Die Förderung erfolgt über einen Pauschalbetrag, der sich nach einem Prozentsatz der im jeweiligen Kalenderjahr geleisteten Prämie bemisst. Im Jahr 2011 und 2012 beträgt die Zukunftsvorsorgeprämie 8,5% der Beiträge. Die Prämie wird nur für Leistungen im Ausmaß von 1,53% der 36fachen Höchstbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung (HB-SV) erstattet.

	HB-SV	Höchstbetrag	Prämie
2011	4.200 €	2.313,36 €	8,5% = 196,64 €
2012	4.230 €	2.329,88 €	8,5% = 198,04 €

Die Prämie wird letztmalig für jenes Kalenderjahr gutgeschrieben, in dem die oder der Steuerpflichtige erstmalig eine gesetzliche Alterspension bezieht. Zusätzlich zur Prämienförderung muss von Seiten der Zukunftsvorsorgeeinrichtung oder des Kreditinstitutes, die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorgen abschließen, eine Kapitalgarantie gewährt werden.

Wo wird der Antrag für die Prämie eingebracht?

Der Antrag wird über die jeweilige Zukunftsvorsorgeeinrichtung bei der Finanzverwaltung gestellt.

Ab wann können Sie über Ihre Ansprüche verfügen?

Nach einem Zeitraum von mindestens zehn Jahren (ab Einzahlung des ersten Betrages) können Sie über Ihre Ansprüche verfügen. Sie haben die Möglichkeit

- die Auszahlung zu verlangen oder
- die Ansprüche auf eine andere Zukunftsvorsorgeeinrichtung zu übertragen oder
- die Ansprüche zu überweisen, etwa
 - an ein Versicherungsunternehmen Ihrer Wahl oder
 - an ein Kreditinstitut Ihrer Wahl zum ausschließlichen Erwerb von

Anteilen an einem Pensionsinvestmentfonds durch Abschluss eines unwiderruflichen Auszahlungsplanes oder

- an eine Pensionskasse, bei der die oder der Steuerpflichtige bereits Anwartschaftsberechtigte bzw. Anwartschaftsberechtigter im Sinne des Pensionskassengesetzes ist.

Wie werden die Erträge aus den prämienbegünstigten Zukunftsvorsorgeeinrichtungen steuerlich behandelt?

Werden die Ansprüche in eine Zukunftsvorsorgeeinrichtung übertragen bzw. fließt Ihnen aus diesen Einrichtungen eine Rente zu, fällt keine Steuer an.

Was geschieht im Falle der Auszahlung der Ansprüche?

Im Falle der Auszahlung der Ansprüche sind die gutgeschriebenen Prämien zur Hälfte zurückzuzahlen und die Kapitalerträge mit einem Steuersatz von 25% nachzuersteuern. Zudem verlieren Sie den Anspruch auf Kapitalgarantie.

B. Prämienbegünstigte Pensionsvorsorge^{Rz1321ff}

Was ist die prämienbegünstigte Pensionsvorsorge und wie hoch ist sie?

Die prämienbegünstigte Zukunftsvorsorge hat die prämienbegünstigte Pensionsvorsorge grundsätzlich abgelöst. Wenn Sie Ihren Vertrag noch im Jahr 2003 abgeschlossen haben, können Sie die Begünstigung aber weiterhin für folgende Beiträge beanspruchen:

- Pensionszusatzversicherung bei einem Versicherungsunternehmen
- Arbeitnehmerbeiträge zu einer Pensionskasse oder zu einer betrieblichen Kollektivversicherung (§ 18f des Versicherungsaufsichtsgesetzes)
- Ansparen bei einem Pensionsinvestmentfonds (PIF)
- Freiwillige Höherversicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung

Neuverträge mit Pensionskassen können auch nach 2003 abgeschlossen werden und sind weiterhin prämienbegünstigt.

Die Pensionsvorsorgeprämie ist wie die Bausparprämie von der Sekundärmarktrendite abhängig. Im Jahr 2011 und 2012 beträgt sie 8,5% der Beiträge. Die Höchstbemessungsgrundlage ist 1.000 €.

Wie wird die Prämie beansprucht?

Die Prämienerrstattung ist mit einer Abgabenerklärung zu beantragen, welche bei der jeweiligen Vertragspartnerin bzw. beim jeweiligen Vertragspartner (bei Pensionsinvestmentfonds beim depotführenden Kreditinstitut) aufliegt. Bei mehreren Verträgen ist darauf zu achten, dass Sie die Prämienerrstattung nur für die Bemessungsgrundlage von maximal 1.000 € beanspruchen.

Die Prämie wird für das Jahr erstattet, in dem die Beitragszahlung erfolgte. Beitragsvorauszahlungen ab dem 15. Dezember werden bereits für das Folgejahr anerkannt. Nachzahlungen sind hingegen nicht möglich.

Wie werden die Erträge aus den prämierten Vorsorgeprodukten steuerlich behandelt?

Soweit die Erträge auf prämierten Beiträgen beruhen, sind sie steuerbefreit.

Beispiel

Ein Steuerpflichtiger zahlt in einen PIF jährlich 1.500 € ein. Die Prämie wurde für 1.000 € geleistet. Das gesamte Guthaben wird als Einmalprämie in eine Pensionszusatzversicherung übertragen. Rentenleistungen hinsichtlich der auf 1.000 € entfallenden Vorsorgebeiträge sind steuerfrei. Die auf die restlichen 500 € entfallenden Rentenzahlungen sind steuerpflichtig.

Wie ist das Verhältnis der Vorsorgebeiträge zu den Sonderausgaben?

Beiträge zur Pensionszusatzversicherung und für den Ankauf von Anteilen an Investmentfonds stellen keine Sonderausgaben dar. Für Beiträge zur freiwilligen Höherversicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung und für Arbeitnehmerbeiträge zu Pensionskassen oder betrieblichen Kollektivversicherungen besteht hingegen ein Wahlrecht auf Prämie oder Sonderausgaben.

Name
Adresse

An das Finanzamt

Betreff: Bescheid vom
Steuernummer

Gegen den oben angeführten Bescheid erhebe ich innerhalb offener Frist Berufung und begründe diese wie folgt:

Bei der Berechnung der ArbeitnehmerInnenveranlagung wurde(n)

- Alleinverdienerabsetzbetrag (Alleinerzieherabsetzbetrag)
- Erhöhte Werbungskosten
- Erhöhte Sonderausgaben
- Außergewöhnliche Belastung usw.

nicht berücksichtigt.

Ich beantrage daher die Berücksichtigung von €

Antrag auf Aussetzung der Einhebung gem. § 212a BAO
Gleichzeitig beantrage ich die Aussetzung der Einhebung in Höhe des strittigen Betrages von €.

Datum, Unterschrift

Name
Adresse

An das Finanzamt

Betreff: Bescheid vom
Steuernummer

Antrag auf Ratenzahlung oder Stundung

Durch den oben angeführten Bescheid wurde mir eine Steuernachzahlung von € vorgeschrieben.

Ich ersuche um

- Bewilligung der Entrichtung in Raten zu €
- Stundung der Abgabenschuldigkeit bis zum

Begründung:

Persönliche Umstände, Hilflosigkeit, minderjährige Kinder, Unterhaltspflichten, Krankheitsfolgen, Zusammenkommen mehrerer Nachzahlungen, geringes Einkommen usw.

Datum, Unterschrift

Finanzamt **FinanzOnline**, unser Service für Sie! Eingangsvermerk

2011

Erklärung zur ArbeitnehmerInnenveranlagung 2011

Für weitere Informationen beachten Sie bitte die Ausfüllanleitung L 2.
 Steuerliche Informationen finden Sie im **Steuerbuch 2012** (www.bmf.gv.at, Publikationen - Broschüren und Ratgeber) oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.
 Bitte übermitteln Sie **keine Belege** (Beilagen). Bewahren Sie diese aber mindestens 7 Jahre auf, da Belege gegebenenfalls von Ihrem Finanzamt überprüft werden.
 Dieses Formular wird maschinell gelesen, schreiben Sie daher in **BLOCKSCHRIFT** und verwenden Sie **ausschließlich schwarze** oder **blaue** Farbe. Betragangaben in EURO und Cent. Geben Sie nur **Originalformulare** ab, da Kopien maschinell nicht lesbar sind. Eintragungen **außerhalb der Eingabefelder** können ebenfalls maschinell nicht gelesen werden.
Die stark hervorgehobenen Felder/Ankreuzkästchen sind jedenfalls auszufüllen. Zutreffendes bitte ankreuzen.

1. Angaben zur Person

1.1 FAMILIEN- oder NACHNAME (BLOCKSCHRIFT)
 1.2 VORNAME (BLOCKSCHRIFT) 1.3 AKADEMISCHER TITEL (BLOCKSCHRIFT)
 1.4 Versicherungsnr. 1) 1.5 Geburtsdatum 1.6 Geschlecht
 männlich weiblich
 1.7 Personenstand am 31.12.2011 (Bitte nur ein Kästchen ankreuzen) 2) seit (Datum bei ledig nicht erforderlich)
 verheiratet/in eingetragener Partnerschaft lebend in Lebensgemeinschaft lebend
 ledig dauernd getrennt lebend geschieden verwitwet

2. Derzeitige Wohnanschrift

2.1 STRASSE (BLOCKSCHRIFT)
 2.2 Hausnummer 2.3 Stiege 2.4 Türnummer 2.5 Land 3)
 2.6 ORT (BLOCKSCHRIFT)
 2.7 Postleitzahl 2.8 Telefonnummer

3. Partnerin/Partner

3.1 FAMILIEN- oder NACHNAME (BLOCKSCHRIFT)
 3.2 VORNAME (BLOCKSCHRIFT) 3.3 AKADEMISCHER TITEL (BLOCKSCHRIFT)
 3.4 Versicherungsnr. 1) 3.5 Geburtsdatum

1) Bitte geben Sie hier die Versicherungsnummer des österreichischen Sozialversicherungsträgers an.
 2) Ehepartnerin/Ehepartner, Lebensgefährtin/Lebensgefährte und eingetragene Partnerin/eingetragener Partner werden im Folgenden einheitlich als "Partnerin/Partner" bezeichnet.
 3) Bitte geben Sie das internationale Kfz-Kennzeichen an. Nur auszufüllen, wenn der derzeitige Wohnsitz nicht in Österreich gelegen ist.

L 1-2011 Bundesministerium für Finanzen - 12/2011 (Auff. 2011) L 1, Seite 1, Version vom 03.10.2011

4. Inländische Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber/Pensionsstellen

4.1 Anzahl der inländischen gehalts- oder pensionsauszahlenden Stellen
Hinweis: Sofern keine Bezüge vorhanden sind, bitte den Wert 0 (Null) eintragen.
 4.2 Höhe der Einkünfte, die auf Grund völkerrechtlicher Vereinbarungen steuerfrei sind (z.B. UNO, UNIDO) **725**

Für Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit **ohne** Lohnsteuerabzug verwenden Sie bitte die **Beilage L 1i**.

5. Alleinverdienerabsetzbetrag, Alleinerzieherabsetzbetrag, Kinder

5.1 **Alleinverdienerabsetzbetrag** wird beantragt und ich erkläre, dass meine Partnerin/mein Partner diesen nicht in Anspruch nimmt.
 5.2 **Alleinerzieherabsetzbetrag** wird beantragt.
Hinweis zu Punkt 5.1 und 5.2: Bezug von Familienbeihilfe für mindestens ein Kind laut Punkt 5.3 erforderlich.
 5.3 **Anzahl der Kinder**, für die ich oder meine Partnerin/mein Partner für mindestens **sieben Monate** die Familienbeihilfe bezogen habe/hat.
Bitte verwenden Sie zur Geltendmachung von Kinderfreibeträgen, Unterhaltsabsetzbeträgen oder außergewöhnlichen Belastungen für Kinder bzw. zur Nachversteuerung des Arbeitgeberzuschusses für Kinderbetreuung zusätzlich die Beilage(n) L 1k.

6. Erhöhter Pensionistenabsetzbetrag

6.1 Ich beantrage den erhöhten Pensionistenabsetzbetrag. (Voraussetzungen: Eigene Pensionseinkünfte nicht mehr als 13.100 Euro, kein Anspruch auf Alleinverdienerabsetzbetrag, verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft lebend - Einkünfte der Ehepartnerin/des Ehepartners oder der eingetragenen Partnerin/des eingetragenen Partners nicht mehr als 2.200 Euro jährlich).

7. Mehrkinderzuschlag

Nur auszufüllen, wenn das (Familien)Einkommen 2011 den Betrag von **55.000 Euro** nicht überstiegen hat.
 7.1 Ich beantrage den Mehrkinderzuschlag für 2012, da für 2011 **zumindest zeitweise** Familienbeihilfe für mindestens 3 Kinder bezogen wurde.
 7.2 Ich erkläre, dass ich 2011 mehr als 6 Monate in einer Ehe, Lebensgemeinschaft oder eingetragenen Partnerschaft gelebt habe und das gemeinsame Einkommen **55.000 Euro** nicht überstiegen hat.

8. Sonderausgaben (Je Kennzahl bitte nur den Gesamtjahresbetrag in Euro und Cent anführen)

8.1 Ich beanspruche den zusätzlichen **Sonderausgabenerhöhungsbetrag (bei mindestens 3 Kindern)**.
 8.2 Summe aller Versicherungsprämien und -beiträge (freiwillige Kranken-, Unfall-, Lebensversicherung, Witwen-, Witwer-, Waisenversorgung und Pensions- bzw. Sterbekassen), freiwillige Höherversicherung im Rahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung **455**
 8.3 Summe aller Beiträge sowie Rückzahlungen von Darlehen und Zinsen, die zur Schaffung und Errichtung oder Sanierung von Wohnraum geleistet wurden **456**
 8.4 Freiwillige Weiterversicherungen und Nachkauf von Versicherungszeiten in der gesetzlichen Pensionsversicherung, Renten oder dauernde Lasten **450**
 8.5 Beiträge an gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgesellschaften **458**
 8.6 Geldspenden an mildtätige Organisationen, begünstigte Spendensammelvereine u.a. **451**
 8.7 Spenden an begünstigte Forschungs- und Lehreinrichtungen, Museen, das Bundesdenkmalamt, Behindertensport-Dachverbände u.a. **459**
 8.8 Steuerberatungskosten **460**

9. Werbungskosten (Je Kennzahl bitte nur den Gesamtjahresbetrag in Euro und Cent anführen)

9.1 Genaue Bezeichnung Ihrer beruflichen Tätigkeit (z.B. Koch, Verkäuferin; nicht ausreichend ist Angestellte, Arbeiter)
 9.2 **Pendlerpauschale - tatsächlich zustehender Jahresbetrag**
 Nur ausfüllen, wenn nicht bereits durch Ihre Arbeitgeberin/Ihren Arbeitgeber in richtiger Höhe berücksichtigt. **718**
Soweit ein Abzug nicht bereits durch die Arbeitgeberin oder den Arbeitgeber erfolgte, sind hier folgende Werbungskosten einzutragen, die nicht auf das Werbungskostenpauschale von 132 Euro jährlich anzurechnen sind:
 9.3 Gewerkschaftsbeiträge, sonstige Beiträge zu Berufsverbänden und Interessensvertretungen und selbst eingezahlte SV-Beiträge (z.B. SVdGW), ausgenommen Betriebsratsumlage **717**
 9.4 Pflichtbeiträge auf Grund einer geringfügigen Beschäftigung sowie Pflichtbeiträge für mitversicherte Angehörige **274**

L 1-2011 L 1, Seite 2, Version vom 03.10.2011

Hier sind **weitere Werbungskosten** einzutragen. Bitte geben Sie jeweils den Jahresbetrag der Aufwendungen abzüglich steuerfreier Ersätze oder Vergütungen an. Betragen die Werbungskosten weniger als 132 Euro jährlich, ist eine Eintragung nicht erforderlich.

9.5 Arbeitsmittel (bei Anschaffungen über 400 Euro nur AfA)	719	
9.6 Fachliteratur (keine allgemein bildenden Werke wie Lexika, Nachschlagewerke, Zeitungen etc.)	720	
9.7 Reisekosten (ohne Fahrtkosten Wohnung/Arbeitsstätte und Familienheimfahrten)	721	
9.8 Fortbildungs-, Ausbildungs- und Umschulungskosten	722	
9.9 Kosten für Familienheimfahrten	300	
9.10 Kosten für doppelte Haushaltsführung	723	
9.11 Sonstige Werbungskosten, die nicht unter 9.5 bis 9.10 fallen (z.B. Betriebsratsumlage)	724	
9.12 Zur Geltendmachung eines Berufsgruppenpauschales tragen Sie bitte ein:		
A: Artist/innen FM: Forstarbeiter/innen mit Motorsäge HE: Heimarbeiter/innen B: Bühnengehörige, Filmschauspieler/innen FO: Forstarbeiter/innen ohne Motorsäge V: Vertreter/innen F: Fernsehschaffende F: Förster/innen, Berufsjäger/innen im Revierdienst P: Mitglieder einer Stadt-, J: Journalist/innen HA: Hausbesorger/innen, soweit sie dem Gemeinde- oder M: Musiker/innen Hausbesorgergesetz unterliegen Ortsvertretung		
Beruf ⁴⁾	Zeiträume der Tätigkeiten: Beginn - Ende	Kostensätze ⁵⁾
	T T M M bis T T M M	
	T T M M bis T T M M	
10. Außergewöhnliche Belastungen (je Kennzahl bitte nur den Gesamtjahresbetrag in Euro und Cent angeben)		
Zur Geltendmachung von außergewöhnlichen Belastungen für Kinder verwenden Sie bitte die Beilage(n) L 1k .		
Außergewöhnliche Belastungen mit Selbstbehalt		
10.1 Krankheitskosten (inkl. Zahnersatz)	730	
10.2 Begräbniskosten (soweit im Nachlass nicht gedeckt)	731	
10.3 Kurkosten [nach Abzug einer anteiligen Haushaltsersparnis für Verpflegung (Vollpension) in Höhe von 5,23 Euro täglich]	734	
10.4 Sonstige außergewöhnliche Belastungen, die nicht unter 10.1 bis 10.3 fallen	735	
Außergewöhnliche Belastungen ohne Selbstbehalt		
10.5 Katastrophenschäden (abzüglich erhaltener Ersätze oder Vergütungen)	475	
Außergewöhnliche Belastungen bei Behinderung	Antragstellerin/Antragsteller	Partnerin/Partner
10.6 <input checked="" type="checkbox"/> Ich beantrage behinderungsbedingte Aufwendungen für meine Ehepartnerin/eingetragene Partnerin bzw. meinen Ehepartner/eingetragenen Partner und erkläre, dass deren/dessen jährlichen Einkünfte 6.000 Euro nicht überschritten haben oder der Alleinverdienerabsetzbetrag zusteht.		
10.7 Nummer des Behindertenpasses (falls vorhanden)		
10.8 Grad der Behinderung Mit einer Eintragung wird der pauschale Freibetrag beantragt. Hinsichtlich tatsächlicher Kosten siehe Punkt 10.14.		
10.9 Der pauschale Freibetrag für Diätverpflegung wird beantragt wegen Z: Zuckerkrankheit, Tuberkulose, Zöliakie, Aids G: Gallen-, Leber-, Nierenkrankheit M: Magenkrankheit, andere innere Erkrankung	<input type="checkbox"/> Z <input type="checkbox"/> G <input type="checkbox"/> M	<input type="checkbox"/> Z <input type="checkbox"/> G <input type="checkbox"/> M

⁴⁾ Kurzbez. der Berufsgruppe ⁵⁾ Von Arbeitgeberin/Arbeitgeber erhaltene Kostensätze (ausgen. bei Vertreterinnen/Vertretern).

L 1-2011 L 1, Seite 3, Version vom 03.10.2011

	Antragstellerin/Antragsteller		Partnerin/Partner	
	Beginn	Ende	Beginn	Ende
10.10 Pflegegeld, Blindenbeihilfe oder eine andere pflegebedingte Geldleistung wird bezogen	M M	bis M M 2011	M M	bis M M 2011
10.11 Der pauschale Freibetrag für das eigene Kraftfahrzeug wegen Behinderung wird beantragt	<input type="checkbox"/> ja		<input type="checkbox"/> ja	
10.12 Nachgewiesene Taxikosten wegen Behinderung	435		436	
10.13 Unregelmäßige Ausgaben für Hilfsmittel (z.B. Rollstuhl, Hörgerät, Blindenhilfsmittel) sowie Kosten der Heilbehandlung (z.B. ärztliche Kosten, Medikamente) (Allfällige Kostenersätze bitte abziehen)	476		417	
10.14 Anstelle der pauschalen Freibeträge werden tatsächliche Kosten geltend gemacht (z.B. Kosten für ein Pflegeheim) (Allfällige pflegebedingte Geldleistungen und eine etwaige anteilige Haushaltsersparnis (156,96 Euro monatlich) bitte abziehen)	439		418	
11. <input type="checkbox"/> Ich besitze auf Grund meiner politischen Verfolgung in der Zeit von 1938 bis 1945 einen Opferausweis und/oder eine Amtsbescheinigung.				
12. Bankverbindung (Ein gesonderter Rückzahlungsantrag ist nicht erforderlich, die Auszahlung erfolgt grundsätzlich von Amts wegen)				
Beachten Sie bitte: - KEINE Bankverbindung anführen, sofern diese Ihrem Finanzamt bereits bekannt ist und sich nicht geändert hat. - Sie finden diese Codes (BIC, IBAN) auf Ihrem Kontoauszug, eventuell bereits auch auf Ihrer Bankomatkarte.				
12.1 BIC				
12.2 IBAN				
12.3 <input type="checkbox"/> Ich beantrage die Barauszahlung				
13. Freibetragsbescheid				
13.1 <input checked="" type="checkbox"/> Ich wünsche keinen Freibetragsbescheid.				
13.2 <input checked="" type="checkbox"/> Ich beantrage einen niedrigeren Freibetragsbescheid in Höhe von jährlich 449				
Bitte schließen Sie dieser Erklärung auch die in Ihrem Fall erforderlichen Erklärungsbeilagen an:				
L 1k - Beilage zur Berücksichtigung		L 1i - Beilage für		
<ul style="list-style-type: none"> eines Kinderfreibetrages Unterhaltsabsetzbetrages einer außergewöhnlichen Belastung für Kinder 		<ul style="list-style-type: none"> Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ohne Lohnsteuerabzug Zusatzangaben bei Erfüllung bestimmter grenzüberschreitender Kriterien Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht 		
<input type="checkbox"/> Anzahl der Beilagen L 1k		<input type="checkbox"/> Beilage L 1i ist angeschlossen		
Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig (bitte Pflichtfelder beachten!) gemacht habe. Mir ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben strafbar sind.				
Steuerliche Vertretung (Name, Anschrift, Telefon/Telefaxnummer)				
				Datum, Unterschrift
L 1-2011 L 1, Seite 4, Version vom 03.10.2011				

Finanzamt **FinanzOnline**, unser Service für Sie! Eingangsvermerk

2011

Beilage zur Erklärung zur ArbeitnehmerInnenveranlagung (L 1) oder Einkommensteuererklärung (E 1) für 2011 zur Berücksichtigung

- eines **Kinderfreibetrages**,
- eines **Unterhaltsabsetzbetrages**,
- einer **außergewöhnlichen Belastung für Kinder**
- oder zur **Nachversteuerung** des Arbeitgeberzuschusses für Kinderbetreuung.

Bitte für **jedes Kind** eine eigene **Beilage L 1k** ausfüllen.

Steuerliche Informationen finden Sie im **Steuerbuch 2012** (www.bmf.gv.at, Publikationen - Broschüren und Ratgeber) oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

Bitte übermitteln Sie **keine Belege** (Beilagen). Bewahren Sie diese aber mindestens 7 Jahre auf, da Belege gegebenenfalls von Ihrem Finanzamt überprüft werden.

Dieses Formular wird maschinell gelesen, schreiben Sie daher in **BLOCKSCHRIFT** und verwenden Sie **ausschließlich schwarze** oder **blaue** Farbe. Betragangaben in **EURO** und Cent. Geben Sie nur **Originalformulare** ab, da Kopien maschinell nicht lesbar sind. Eintragungen **außerhalb der Eingabefelder** können ebenfalls maschinell nicht gelesen werden.

Die stark hervorgehobenen Felder sind jedenfalls auszufüllen. Zutreffendes bitte ankreuzen.

1. Angaben zur Antragstellerin/zum Antragsteller			
1.1 Versicherungsnr. 1)	1.2 Geburtsdatum	1.3 Steuernummer	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Als Beilage zum Formular L 1 müssen nebenstehende Felder nicht ausgefüllt werden. >>			
2. Angaben zum Kind			
2.1 FAMILIEN- oder NACHNAME (BLOCKSCHRIFT)			
<input type="text"/>			
2.2 VORNAME (BLOCKSCHRIFT)		2.3 Versicherungsnr. 1)	
<input type="text"/>		<input type="text"/>	
2.4 Geburtsdatum			
<input type="text"/>			
2.5 Kennnummer der europäischen Krankenversicherungskarte, wenn keine Versicherungsnummer vorhanden ist			
<input type="text"/>			
3. Kinderfreibetrag ²⁾			
3.1 Kinderfreibetrag für ein haushaltszugehöriges Kind (§ 106 Abs. 1 EStG 1988) <input type="checkbox"/> 220 Euro <input type="checkbox"/> 132 Euro			
3.2 Kinderfreibetrag für ein nicht haushaltszugehöriges Kind (§ 106 Abs. 2 EStG 1988) <input type="checkbox"/> 132 Euro			
4. Unterhaltsleistungen			
4.1 Unterhaltsabsetzbetrag für ein nicht haushaltszugehöriges Kind, für das ich den gesetzlichen Unterhalt (Alimente) in folgendem Zeitraum geleistet habe			
		Beginn	Ende
<input type="text"/>		<input type="text"/>	2011
4.2 Summe der Unterhaltsleistungen für ein Kind, das sich ständig im Ausland (außerhalb der EU, des EWR und der Schweiz) aufhält und für das kein Kinder- oder Unterhaltsabsetzbetrag zusteht			
		Beginn	Ende
<input type="text"/>		<input type="text"/>	2011
Zeitraum der Unterhaltsleistungen			

1) Bitte geben Sie hier die Versicherungsnummer des österreichischen Sozialversicherungsträgers an.

2) Der Kinderfreibetrag beträgt **220 Euro**, wenn er für das Kind nur von der Antragstellerin/dem Antragsteller geltend gemacht wird (sonst nicht auch von der Partnerin/vom Partner) und für dasselbe Kind keiner unterhaltspflichtigen Person ein Kinderfreibetrag in Höhe von 132 Euro zusteht.
Der Kinderfreibetrag beträgt **132 Euro**, wenn er für dasselbe Kind auch von der Partnerin/vom Partner der Antragstellerin/des Antragstellers geltend gemacht wird oder wenn für dasselbe Kind einer unterhaltspflichtigen Person ein Kinderfreibetrag in Höhe von 132 Euro zusteht.

L 1k-2011 Bundesministerium für Finanzen - 12/2011 (Aufg. 2011) L 1k, Seite 1, Version vom 10.10.2011

5. Außergewöhnliche Belastungen

5.1 **Ausgaben für Kinderbetreuung** (ohne Kosten für auswärtige Berufsausbildung) (Bitte geben Sie hier den von Ihnen tatsächlich geleisteten Betrag abzüglich allfälliger steuerfreier Zuschüsse an)

5.2 Außergewöhnliche Belastung für ein Kind ohne Behinderung (z.B. Krankheitskosten)

5.3 Kostentragung in Prozent (betrifft Punkte 5.4 und 5.5) %

5.4 **Pauschale für auswärtige Berufsausbildung des Kindes wird beantragt** Anzahl der Monate

5.4.1 Dauer der auswärtigen Berufsausbildung

5.4.2 Angaben zum Ausbildungsort Postleitzahl Land ³⁾

5.5 **Angaben zur Behinderung des Kindes**

5.5.1 Nummer des Behindertenpasses

5.5.2 Grad der Behinderung (Mit einer Eintragung wird der pauschale Freibetrag beantragt. Tatsächliche Kosten bitte unter Punkt 5.5.8 eintragen.) %

5.5.3 Der pauschale Freibetrag für Diätverpflegung wird beantragt wegen

Z: Zuckerkrankheit, Tuberkulose, Zöliakie, Aids Z

G: Gallen-, Leber-, Nierenkrankheit G

M: Magenkrankheit, andere innere Erkrankung M

5.5.4 Erhöhte Familienbeihilfe wird bezogen (Mit einer Eintragung wird der pauschale Freibetrag von 262 Euro beantragt. Tatsächliche Kosten bitte unter Punkt 5.5.8 eintragen.)

Beginn bis Ende 2011

5.5.5 Monatlicher Bezug einer pflegebedingten Geldleistung

Beginn bis Ende 2011

Zeitraum der pflegebedingten Geldleistung

5.5.6 Schulgeld für eine Sonder(Pflege)-Schule bzw. Behindertenwerkstätte

5.5.7 Unregelmäßige Ausgaben für Hilfsmittel (z.B. Rollstuhl, Hörgerät, Blindenhilfsmittel) sowie Kosten der Heilbehandlung (z.B. ärztliche Kosten, Medikamente) (**Allfällige Kostenersätze abziehen**)

5.5.8 Anstelle der pauschalen Freibeträge werden tatsächliche Kosten geltend gemacht (**Allfällige pflegebedingte Geldleistungen abziehen**)

6. Nachversteuerung des Arbeitgeberzuschusses für Kinderbetreuung

6.1 Arbeitgeberzuschuss für Kinderbetreuung (Achtung: Nur auszufüllen, wenn der Zuschuss bei der Lohnsteuerberechnung zu Unrecht steuerfrei belassen wurde.)

³⁾ Bitte geben Sie hier das internationale Kfz-Kennzeichen an. Nur auszufüllen, wenn der Ausbildungsort nicht in Österreich gelegen ist.

Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen **richtig** und **vollständig** (bitte Pflichtfelder beachten!) gemacht habe. Mir ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben strafbar sind.

Steuerliche Vertretung (Name, Anschrift, Telefonnummer)

Datum, Unterschrift

L 1k-2011 L 1k, Seite 2, Version vom 10.10.2011

Finanzamt
Eingangsvermerk

2011

Beilage L 1i für 2011

zur Erklärung zur ArbeitnehmerInnenveranlagung (L 1) oder Einkommensteuererklärung (E 1)

- Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ohne Lohnsteuerabzug
- Zusatzangaben bei Erfüllung bestimmter grenzüberschreitender Kriterien
- Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 4)

Beachten Sie bitte: Diese Beilage darf einer Einkommensteuererklärung für beschränkt Steuerpflichtige (Formular E 7) nicht angeschlossen werden. Wenn Sie als beschränkt Steuerpflichtige/r nur Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bezogen haben, füllen Sie bitte die Formulare L 1 und L 1i aus. Bei Bezug von anderen Einkünften verwenden Sie bitte das Formular E 7.

Wird ohne nähere Bezeichnung auf gesetzliche Bestimmungen verwiesen, ist darunter das Einkommensteuergesetz 1988 (ESiG 1988) zu verstehen.

Steuerliche Informationen finden Sie im Steuerbuch 2012 (www.bmf.gv.at, Publikationen - Broschüren und Ratgeber) oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

Bitte übermitteln Sie keine Belege (Beilagen). Bewahren Sie diese aber mindestens 7 Jahre auf, da Belege gegebenenfalls von Ihrem Finanzamt überprüft werden.

Dieses Formular wird maschinell gelesen, schreiben Sie daher in BLOCKSCHRIFT und verwenden Sie ausschließlich schwarze oder blaue Farbe. Betragsangaben in EURO und Cent. Geben Sie nur Originalformulare ab, da Kopien maschinell nicht lesbar sind. Eintragungen außerhalb der Eingabefelder können ebenfalls maschinell nicht gelesen werden.

Die stark hervorgehobenen Felder sind jedenfalls auszufüllen. Zutreffendes bitte ankreuzen.

1. Angaben zur Person

1.1 Versicherungsnr.¹⁾ 1.2 Geburtsdatum 1.3 Steuernummer

Als Beilage zum Formular L 1 müssen nebenstehende Felder nicht ausgefüllt werden. >>

Ich hatte im Jahr 2011 einen Wohnsitz oder meinen gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich und war

Grenzgänger im Sinne des § 16 Abs. 1 Z. 4 lit g

bei einer ausländischen Arbeitgeberin/einem ausländischen Arbeitgeber (ohne Verpflichtung zum Lohnsteuerabzug in Österreich) beschäftigt, aber nicht Grenzgänger

bei einer in Österreich bestehenden ausländischen diplomatischen Vertretungsbehörde oder internationalen Organisation (z.B. UNIDO) beschäftigt (sur-place-Personal)

Bezieherin/Bezieher einer ausländischen Pension

Hinweis: Dieser Punkt ist nur auszufüllen, wenn diese Beilage mit einem **Formular L 1** abgegeben wird. Beachten Sie bitte auch die Punkte 5. und 6.

Ich hatte im Jahr 2011 keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich und war

bei einer Arbeitgeberin/einem Arbeitgeber (mit Verpflichtung zum Lohnsteuerabzug in Österreich) beschäftigt (z.B. als Tagespendler/in, Saisonarbeiter/in, etc.)

Bezieherin/Bezieher einer österreichischen Pension

bei einer ausländischen Arbeitgeberin/einem ausländischen Arbeitgeber (ohne Verpflichtung zum Lohnsteuerabzug in Österreich) beschäftigt [Für Bezüge im Sinne der Punkte 1.5.1 und 1.5.2 wird von der Arbeitgeberin/dem Arbeitgeber bzw. der pensionsauszahlenden Stelle dem Finanzamt ein Lohnzettel (L 16) übermittelt.]

2. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit ohne Lohnsteuerabzug, für die Österreich das Besteuerungsrecht zusteht

Einkünfte OHNE Lohnausweis (kein Formular L 17 vorhanden)

2.1 Einkünfte ohne Sonderzahlungen²⁾ 359

2.1.1 Ich erkläre, dass die Kennzahl 359 ausschließlich Pensionsbezüge enthält.

2.2 Anrechenbare ausländische Steuer für Einkünfte gemäß Kennzahl 359 377

1) Bitte geben Sie hier die Versicherungsnummer des österreichischen Sozialversicherungsträgers an.
2) Einkünfte mit Sonderzahlungen müssen in einem Lohnausweis (Formular L 17) ausgewiesen werden. Einkünfte die einem Progressionsvorbehalt unterliegen sind nicht hier, sondern nur in Kennzahl 453 einzutragen.

L 1i-2011 Bundesministerium für Finanzen - 12/2011 (Aufl. 2011) L 1i, Seite 1, Version vom 10.10.2011

Einkünfte, für die ein Lohnausweis (Formular L 17) vorliegt

2.3 Anzahl der Lohnausweise/Lohnbescheinigungen (Formular L 17) über meine Bezüge gemäß Pkt. 1.4.1 bis 1.4.4 oder 1.5.3 ◀ Wenn zutreffend, Anzahl bitte unbedingt angeben!

Schließen Sie bitte die Lohnausweise/Lohnbescheinigungen nur dann an, wenn diese von der auszahlenden Stelle nicht elektronisch übermittelt werden!

3. Entlastung von der Auslandssteuer durch die ausländische Steuerverwaltung

3.1 Ist gesetzlich nicht möglich

3.2 Habe ich bereits erhalten in Höhe von, oder

3.3 Habe ich beantragt, aber noch nicht erhalten und wird voraussichtlich betragen: 775

4. Progressionsvorbehalt

4.1 Unter Progressionsvorbehalt steuerbefreite Auslandseinkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (einschließlich Pensionen, Arbeitslosengeld, Krankengeld, Insolvenzgeld, Kinderbetreuungsgeld etc.), nach Abzug allfälliger Werbungskosten (Kennzahl 493) 453

Hinweis: Die Kennzahl 493 ist jedenfalls auszufüllen. ³⁾

4.2 Bei Ermittlung der steuerbefreiten Auslandseinkünfte (Kennzahl 453) wurden Werbungskosten berücksichtigt in Höhe von [gegebenfalls den Wert 0 (Null) eintragen]. ⁴⁾ 493

4.3 Die Kennzahl 453 enthält ausländische Pensionsbezüge in Höhe von 791

5. Antrag auf Veranlagung bei beschränkter Steuerpflicht (§ 102 Abs. 1 Z 3)

Hinweis: Die Antragsveranlagung wird nur dann durchgeführt, wenn das entsprechende Kästchen angekreuzt ist.

5.1 Ich beantrage die Veranlagung für meine nichtselbständigen Bezüge aus der Tätigkeit im Sinne des § 99 Abs. 1 Z 1, von denen Lohnsteuer in Höhe von 20% einbehalten wurde.

5.2 Ich beantrage die Veranlagung für andere nichtselbständige Bezüge.

6. Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1 Abs. 4)

6.1 Ich hatte im Jahr 2011 in Österreich weder einen Wohnsitz noch meinen gewöhnlichen Aufenthalt Anässigkeitsstaat im Jahr 2011 Staatsangehörigkeit
(Bitte geben Sie nebenstehend das internationale Kfz-Kennzeichen an.)

6.2 Ich beantrage gemäß § 1 Abs. 4, im Jahr 2011 als unbeschränkt steuerpflichtig in Österreich behandelt zu werden und verfüge über die notwendige Bescheinigung meines Ansässigkeitsstaates (Formular E 9)

6.3 Höhe meiner Einkünfte im Ansässigkeitsstaat im Jahr 2011 [Summe (1) im Formular E 9]

6.4 Höhe der Einkünfte meines (Ehe)Partners im Jahr 2011 (z.B. laut Formular E 9)
Nur auszufüllen, wenn der Alleinverdienerabsetzbetrag beantragt wurde.

³⁾ Diese Einkünfte dürfen weder in der Kennzahl 359, noch im Lohnausweis (Formular L 17) enthalten sein.
⁴⁾ Achtung: Diese Werbungskosten dürfen nicht auch im Formular L 1 bzw. Formular E 1 berücksichtigt werden.

Ich versichere, dass ich die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen **richtig** und **vollständig** (bitte Pflichtfelder beachten!) gemacht habe. Mir ist bekannt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben strafbar sind.

Steuerliche Vertretung (Name, Anschrift, Telefon/Telefaxnummer)

Datum, Unterschrift

L 1i-2011

L 1i, Seite 2, Version vom 10.10.2011

128

129

Stichwortverzeichnis

A

Abfertigung (neu) 24, 41, 42, 43
 Absetzbetrag,
 → siehe auch Steuerabsetzbeträge
 11, 20, 21, 23, 28
 Absetzung für Abnutzung
 – Arbeitsmittel/Werkzeuge 58
 – Arbeitszimmer 58
 – Computer 63
 – Kilometergeld 66
 Achtjährig gebundene Beträge 54
 Alimente 27, 73
 Alleinerzieherabsetzbetrag 20, 21, 23,
 26, 29, 72, 106
 Alleinverdienerabsetzbetrag 20, 23,
 24, 26, 29, 72, 106
 Allgemeiner Steuerabsetzbetrag 20
 Altersheim 75
 Amtsbescheinigung 89
 Arbeitgeberbeiträge (zu Pensions-
 kassen) 40
 Arbeitgeberdarlehen 17
 Arbeitnehmerabsetzbetrag 21, 22, 28
 Arbeitnehmerbeiträge (zu Pensions-
 kassen) 40, 52
 ArbeitnehmerInnenveranlagung 26,
 28, 29, 34, 63, 72, 92, 93, 102, 103, 107,
 108, 110
 – Antragsveranlagung 94
 – Pflichtveranlagung 93, 107, 109
 Arbeitskleidung 57
 Arbeitslosengeld 17, 27, 61
 Arbeitsmittel 58
 Arbeitsweg 34

Arbeitszimmer 58
 Artistenpauschale 70
 Aufrollung 45, 106
 Aus- und Fortbildungskosten 59
 Auslands(dienst)reisen 39, 69
 Auslands(montage)tätigkeit 36
 Außergewöhnliche Belastungen 27,
 71 – 83, 86, 106
 – bei Behinderungen 83
 – für behinderte Kinder 86
 – mit Selbstbehalt 73
 – ohne Selbstbehalt 77
 – für Unterhaltsberechtigte 73
 Aussetzung der Einhebung 113
 Auswärtige Berufsausbildung 77
 Auto, → siehe Kraftfahrzeug

B

Begräbniskosten 76
 Behinderung 74, 75, 83, 84, 85, 86, 87, 88
 Berufsausbildung 77
 Beruflich veranlasste Reise 67, 68
 Berufsfortbildung 59, 69
 Berufskleidung 57
 Berufsgruppenpauschale 70
 Berufung 106, 112
 Beschränkte Steuerpflicht 10, 94
 Betriebliche
 – Einkünfte 12, 107
 – Veranstaltungen 35
 – Vorsorgekasse 15, 32, 42, 43
 Betriebsausflug 35
 Betriebsratsumlage 63

Bezüge

– aus nichtselbständiger Arbeit 12
 – Sachbezüge 15
 – Sonstige Bezüge 41, 43
 – Steuerfreie Bezüge 25, 72

Blockzeit 45

Breitband-Internet, → siehe Internet
 Bühnendarstellerpauschale 70

C

Computer 63
 Computerführerschein 59

D

Darlehen
 – Arbeitgeberdarlehen 16
 – Sonderausgaben 55
 Diätkosten 74
 Diensterfindungen, Prämie für 43
 Dienstort 37, 66
 Dienstreisen 37, 38, 39, 66, 67, 69
 Dienstvertrag, freier 14, 107
 Dienstwagen 15
 Dienstwohnung 16
 Doppelbesteuerungsabkommen 11,
 25, 29, 93, 94, 95
 Doppelte Haushaltsführung 64
 Durchschnittssteuersatz,
 → siehe Steuersatz

E

(Ehe)Partner/in 24, 25, 26, 27, 28, 74,
 84, 85, 88
 Eigenheim
 – Sonderausgaben 52, 53

– Werbungskosten 59
 Eigentumswohnung 53
 Einkommen 11, 12, 15, 17, 20, 21, 22,
 28, 29, 72, 76, 78
 Einkommenssätze 17
 Einkommensgrenzen
 – Alleinverdiener-/ Alleinerzieher-
 absetzbetrag 20, 23, 24, 26, 29
 – Mehrkindzuschlag 28
 – Außergew. Belastungen,
 Selbstbehalt 72, 76
 – Sonderausgaben 49, 50
 Einkommensteuererklärung 11, 107, 112
 Einkunftsarten 12, 17
 Einkünfte, Gesamtbetrag der 12, 50
 Einkünfte aus
 – Gewerbebetrieb 13
 – Kapitalvermögen 12, 13
 – Land- und Forstwirtschaft 12, 13
 – nichtselbständiger Arbeit 12, 13,
 14, 15, 92
 – nichtselbständiger Arbeit ohne
 Lohnsteuerabzug 92
 – nichtselbständiger Arbeit mit
 Auslandsbezug 92
 – selbständiger Arbeit 12, 13
 – Vermietung/Verpachtung 12, 13
 Einschleifregelung
 – Aufrollung 45
 – Steuerabsetzbetrag 21
 Energiesparmaßnahmen 54
 Entwicklungshelfer/-hilfe 36
 Errichtungskosten 53
 Ersatzleistungen 44
 Erschwerniszulage 44
 Essensbons 36
 Existenzminimum,
 steuerfreies 10, 12

F

- Fachliteratur 65
- Fahrtenbuch 66
- Fahrtkosten
 - Außergew. Belastungen 74, 75, 79, 80
 - Dienstreisen 37
 - Werbungskosten 62, 64, 65, 67, 77
 - Wohnung - Arbeitsstätte 33
- Familienbeihilfe 24, 25, 27, 28, 35, 49, 77, 79, 82, 87, 88, 89
- Familienheimfahrten 64
- Familienwohnsitz 64
- Fehlgelder 65
- Feiertagszuschlag 44
- Fernschaffendepauschale 70
- Fester Steuersatz, → siehe Steuersatz
- Filmschauspielerpauschale 70
- Finanzierungskosten 59, 66
- Firmenpension 14, 109
- Forstarbeiterpauschale 70, 71
- Försterpauschale 71
- Fortbildungskosten 60, 61, 62, 63
- Freibetragsbescheid 106, 108, 110
- Freibeträge
 - Amtsbescheinigung/Opferausweis 89
 - Arbeitgeberdarlehen/Gehaltsvorschuss 16
 - Außergew. Belastungen bei Behinderung 83, 84, 86, 88
 - Auswärtige Berufsausbildung 77
 - Kinder 82, 88
 - Krankheitskosten 73
 - Nachtarbeit 45
 - Sonstige Bezüge 41
- Freier Dienstvertrag 14, 107
- Freigrenze
 - Veranlagungsfreibetrag 112

- Sonstige Bezüge 41
- Frist
 - Antragsveranlagung 94
 - Aufrollung 45
 - Freibetragsbescheid 108, 110
 - Lohnzettelübermittlung 32

G

- Garagenplatz 16
- Gastarbeiter/in 11
- Gefahrenzulage 44
- Gehaltsvorschüsse 16
- Geringwertige Wirtschaftsgüter 58
- Gesamtbetrag der Einkünfte, → siehe Einkünfte
- Grenzgänger/in, Steuerpflicht 11, 22, 29, 93
- Grenzgängerabsetzbetrag 11, 20, 22
- Grenzsteuersatz, → siehe Steuersatz
- Grundstückskosten 53
- Gutschrift
 - bei ArbeitnehmerInnenveranlagung 106
 - Negativsteuer 28
 - Verzinsung von 109

H

- Halber Steuersatz, → siehe Steuersatz
- Handy, → siehe Mobiltelefon
- Hausbesorgerpauschale 71
- Haushaltersparnis 75, 76
- Haushaltsführung, doppelte 64
- Heimarbeiterpauschale 71
- Heimfahrten, Familien- 57, 64
- Herstellungsmaßnahmen 54

H

- Höchstbetrag
 - Familienheimfahrten 64
 - Pensionsvorsorge 117
 - Sonderausgaben 48, 49, 50, 51
 - Zukunftsvorsorge 116
 - Zulagen/Zuschläge 44
- Höherversicherung, freiwillige 51, 118
- Humanitäre Einrichtungen 48

I

- Incentive-Reisen 16
- Inlandsreisen 38, 67, 68
- Instandsetzungsmaßnahmen 54
- Internat 79, 80, 87
- Internet (Breitband) 65

J

- Jahressechstel
 - Aufrollung 45
 - Sonstige Bezüge 41
- Jahreslohnzettel, → siehe Lohnzettel
- Journalistenpauschale 70

K

- Kapitalertragsteuer 13
- Kapitalvermögen, Einkünfte aus 13
- Karenzurlaubsgeld 17
- Karenzurlaubshilfe 17
- Katastrophenschäden 77
- Kfz-Abstellplatz 16
- Kilometergeld 37, 66
- Kinder 20, 23, 24, 26, 27, 35, 49, 72, 73, 75, 77-89
 - Behinderte 86
- Kinderabsetzbetrag 20, 27, 73, 78

- Kinderbetreuung, Kosten für 76 - 83
- Kinderbetreuungsgeld 17, 82
- Kindergarten 80
- Kinderfreibetrag 82, 88
- Kirchenbeitrag 49, 55
- Kollektivvertrag 38, 42, 44
- Kraftfahrzeug 15, 58, 66, 85
 - Dienstwagen 15
 - Fahrtkosten 33, 37
 - bei Behinderung 84, 85
 - Werbungskosten 62, 64, 67
- Krankengeld 108
- Krankenversicherung 36, 51, 74
- Krankheitskosten 73, 74
- Kündigungsschädigungen 43
- Kurkosten 75

L

- Lebensgemeinschaft (eheähnliche Gemeinschaft) 24
- Lebensversicherung 51
- Leibrente 48
- Literatur, → siehe Fachliteratur
- Lohnsteuer 11, 12, 14, 32, 34, 94, 109, 110
 - Aufrollung 45
 - Berechnung 31
- Lohnzettel 32, 102

M

- Mehrkindzuschlag 20, 28
- Mitarbeiterbeteiligung 36
- Mitteilung gemäß § 109a EStG 111
- Mittelpunkt der Tätigkeit
 - Arbeitszimmer 58
 - Dienstreisen 37
 - Reisekosten 66

Mobiltelefon
 – Sachbezug 16
 – Werbungskosten 69
 Motorrad 37
 Musikerpauschale 70
 Musikinstrumente 58

N

Nachforderung, Verzinsung von 109
 Nacharbeit 45
 Nachtüberstunden 45
 Nächtigungskosten
 – Dienstreisen 37
 – Werbungskosten 68
 Nächtigungspauschale 68
 Nachversteuerung 51, 54
 Nachzahlungen 108, 110
 Negativsteuer 28, 29
 Nichtselbständige Arbeit 12, 13, 14,
 15, 92
 Notstandshilfe 17, 25

O

Online-Gebühren 66
 Opferausweis 89
 Opferrente 83

P

Parkgebühren 66
 Pauschale, Pauschalierung
 – Außergew. Belastungen 73, 74, 77,
 83, 84, 85, 86, 87, 88
 – Berufsgruppen 70
 – Nächtigungspauschale 68

– Pendlerpauschale 22, 24, 29, 33,
 34, 35, 106, 107
 – Sonderausgaben 50
 – Werbungskosten 57
 – Zukunftsvorsorge 116
 Pension
 – Einkünfte aus nichtselbständiger
 Arbeit 13
 – Firmenpension 14, 109
 – Versteuerung mehrerer 109
 – Witwen/Witwer-Pension 109
 Pensionistinnen/Pensionisten 11, 13,
 21, 61, 85, 89
 Pensionistenabsetzbetrag 20, 21, 22, 23
 Pensionsabfindungen 44
 Pensionsinvestmentfonds 117
 Pensionskassen(-beiträge)
 – Arbeitgeberbeiträge 40
 – Arbeitnehmerbeiträge 52, 118
 – Bezüge aus 14
 – Einkünfte aus nichtselbständiger
 Arbeit 13, 14
 – Sonderausgaben 48, 52
 – Steuerbefreiungen 36, 40
 – Vorsorgeprämie 116, 117
 – Zukunftsvorsorge 116
 Pensionsvorsorge,
 prämiengünstige 117
 Personenversicherung 49, 51
 Pflegegeld
 – bei Behinderung 75, 76, 79, 86
 – für behinderte Kinder 87, 88
 – häusliche Betreuung 75
 – Kosten für Alters-/Pflegeheim 75
 – Steuerbefreiung 17
 Pflegeheim 75
 Pflegeversicherung 51

Pflichtveranlagung 93, 107, 108
 Pkw, → siehe Kraftfahrzeug
 Prämie 40, 43, 48, 49, 50, 51, 52, 116,
 117, 118
 Prämienbegünstigung, → siehe
 Pensionsvorsorge/Zukunftsvorsorge
 Privatnutzung 64
 Progressionsvorbehalt 94
 – allgemeiner 36
 – besonderer 17

R

Ratenzahlung 113
 Reisen
 – Auslands(dienst)reisen 39, 68
 – Beruflich veranlasste 67, 68
 – Dienstreisen 37
 – Incentive-Reisen 16
 – Inlandsreisen 67, 68
 – Reisekosten(ersätze) 67, 68
 – Studienreisen 69
 Rente
 – Leibrenten 13, 48
 – Nachversteuerung von
 Versicherungsprämien 51
 – Opferrente 83
 – Unfallrenten 17
 – Sonderausgaben 48

S

Sachbezüge 15
 Saisonarbeiter 11
 Sanierung/Schaffung von
 Wohnraum 49, 52, 53, 54
 Schauspielerpauschale 70

Schmutzzulage 44
 Schul-/Studienort, auswärtige
 Berufsausbildung 77
 Selbständige 12, 13
 Selbstbehalt,
 → siehe außergew. Belastungen
 Seminare 82
 Sonderausgaben 10, 12, 48 – 56, 106, 118
 Sonntagszuschlag 44, 45
 Sonstige Bezüge 41, 43
 Sonstige Einkünfte 12, 13
 Sozialplanzahlungen 44
 Sozialversicherungsbeiträge
 – Alleinverdiener-/
 Alleinerzieherabsetzbetrag 23
 – Lohnsteuerberechnung 32
 – Negativsteuer 28
 – Pflichtveranlagung 108
 – Sonstige Bezüge 41, 43
 Spenden 48, 55
 Sprachkurse 68
 Steuerabsetzbeträge 20, 22
 Steuerbefreiungen 11, 32, 45
 Steuerberatungskosten 48
 Steuererklärungspflicht, → siehe
 Einkommensteuererklärung
 Steuerfreie Bezüge 16, 17, 25, 41, 43, 94
 Steuerfreie Leistungen 16, 35
 Steuermindernde Ausgaben 17
 Steuerpflicht 10, 11, 12, 40, 94, 99
 Steuersatz
 – Durchschnittssteuersatz 17
 – Fester Steuersatz 41, 42, 43
 – Grenzsteuersatz 21, 50
 – Halber Steuersatz 44
 Steuertarif 20
 Studienbeiträge 62

Studienreisen 69
 Studium 60, 62, 81
 Stundung 113

T

Tagesgelder 37, 38, 68
 – Dienstreisen 37, 38, 39
 – Werbungskosten 68
 Tagesmutter 80
 Tarifstufen 20
 Taxikosten bei Behinderung 85, 86, 88
 Telefon 16, 69
 Teleworker 69
 Topf-Sonderausgaben 49, 50

U

Überstunden 44
 Überschusseinkünfte 13
 Umschulungskosten 60, 61, 62
 Umschulungsmaßnahmen 60, 61
 Unbeschränkte Steuerpflicht 10, 11, 99
 Unfallrente 17
 Unfallversicherung 74
 Unterhaltsabsetzbetrag 20, 26, 27, 49,
 72, 73, 78
 Urlaub 34, 44,
 Urlaubsgeld 41

V

Veranlagungsfreibetrag 110
 Verbesserungsvorschlag,
 Prämie für 43
 Vergleichssummen 43
 Verkehrsabsetzbetrag 21, 22, 33
 Verlustabzug 48

Verpflegung
 – am Arbeitsplatz 15
 – bei Dienstreisen 67
 Versicherung (Pensions-), freiwillige
 – Höherversicherung 51
 – Personenversicherung 49, 51
 – Weiterversicherung 49, 50
 Versicherungsprämien
 – Sonderausgaben 48, 49
 Versicherungszeiten,
 Nachkauf von 49
 Versteuerung mehrerer
 Pensionen 109
 Vertreterpauschale 71
 Viertelung, Sonderausgaben 50
 Vorauszahlungen (Steuer-) 108
 Vorsorgeprämien 15, 40, 116, 117

W

Weihnachtsgeschenke 35
 Weihnachtsgeld 41
 Weiterbildung, → siehe
 Aus- und Fortbildungskosten
 Weiterversicherung, freiwillige 49, 50
 Werbungskosten 57-69
 Werkvertrag
 – Dienstnehmerähnlicher 14
 – Nebeneinkünfte aus 107
 Witwen/Witwer-Pension 26, 109
 Wochengeld 25
 Wohnraumsanierung, -schaffung 48,
 49, 54, 55
 Wohnsitz
 – Dienstreisen 37, 39
 – Steuerpflicht 10, 11, 99
 – Werbungskosten 64, 65

Wohnung

– Dienstwohnung 16
 – Doppelte Haushaltsführung 64
 – Eigentumswohnung 53
 – Einkünfte aus
 Vermietung/Verpachtung 12, 13
 – Teleworker 69

Z

Zinsersparnis bei Arbeitgeberdarlehen/
 Gehaltsvorschuss 16
 Zukunftssicherung 35
 Zukunftsvorsorge,
 prämienbegünstigte 116
 Zulagen/Zuschläge 44

Hier finden Sie Ihr zuständiges Finanzamt

Finanzamt	Straße	Ort	Telefon
Amstetten Melk Scheibbs	Erlafpromenade 10	3270 Scheibbs	07472 201
Amstetten Melk Scheibbs	Graben 7	3300 Amstetten	07472 201
Amstetten Melk Scheibbs	Abt Karl-Straße 25	3390 Melk	07472 201
Baden Mödling	Dipl.Ing. Wilhelm Haßlingerstr. 3	2340 Mödling	02236 206
Baden Mödling	Josefsplatz 13	2500 Baden	02236 206
Braunau Ried Schärding	Gerichtsplatz 1-2	4780 Schärding	07722 882 527000
Braunau Ried Schärding	Friedrich Thurner Straße 7	4910 Ried im Innkreis	07722 882 527000
Braunau Ried Schärding	Stadtplatz 60	5280 Braunau am Inn	07722 882 527000
Bregenz	Brielgasse 19	6900 Bregenz	05574 692
Bruck Eisenstadt Oberwart	Stefaniegasse 2	2460 Bruck an der Leitha	02682 603
Bruck Eisenstadt Oberwart	Neusiedlerstraße 46	7001 Eisenstadt	02682 603
Bruck Eisenstadt Oberwart	Prinz Eugen-Straße 3	7400 Oberwart	02682 603
Bruck Leoben Mürzzuschlag	An der Postwiese 8	8600 Bruck an der Mur	03842 407
Bruck Leoben Mürzzuschlag	Bleckmannngasse 10	8680 Mürzzuschlag	03842 407
Bruck Leoben Mürzzuschlag	Erzherzog Johann-Straße 5	8700 Leoben	03842 407
Deutschlandsberg Leibnitz Voitsberg	Lastenstraße 10	8430 Leibnitz	03452 703
Deutschlandsberg Leibnitz Voitsberg	Bahnhofstraße 6	8530 Deutschlandsberg	03452 703

Finanzamt	Straße	Ort	Telefon
Deutschlandsberg Leibnitz Voitsberg	Dr. Christian Niederdorfer-Str. 1	8570 Voitsberg	03452 703
Feldkirch	Reichsstraße 154	6800 Feldkirch	05522 301
Freistadt Rohrbach Urfahr	Bahnhofplatz 7	4040 Linz	0732 6998 530000
Freistadt Rohrbach Urfahr	Linzerstraße 15	4150 Rohrbach	0732 6998 530000
Freistadt Rohrbach Urfahr	Schloßhof 2	4240 Freistadt	0732 6998 530000
Gänserndorf Mistelbach	Mitschastraße 5	2130 Mistelbach	02282 294
Gänserndorf Mistelbach	Rathausplatz 9	2230 Gänserndorf	02282 294
Gmunden Vöcklabruck	Tagwerkerstraße 2	4810 Gmunden	07672 731 531000
Gmunden Vöcklabruck	Hatschekstraße 14	4840 Vöcklabruck	07672 731 531000
Graz-Stadt	Conrad v. Hötzendorf-Str. 14-18	8010 Graz	0316 881 538000
Graz-Umgebung	Adolf Kolping-Gasse 7	8018 Graz	0316 881 539000
Grieskirchen Wels	Dragonerstraße 31	4601 Wels	07242 498 000
Grieskirchen Wels	Manglborg 17	4710 Grieskirchen	07242 498 000
Hollabrunn Korneuburg Tulln	Babogasse 9	2020 Hollabrunn	02262 707
Hollabrunn Korneuburg Tulln	Laaerstraße 13	2100 Korneuburg	02262 707
Hollabrunn Korneuburg Tulln	Albrechtsgasse 26-30	3430 Tulln	02262 707
Innsbruck	Innrain 32	6020 Innsbruck	0512 505
Judenburg Liezen	Herrengasse 30	8750 Judenburg	03572 201
Judenburg Liezen	Hauptstraße 36	8940 Liezen	03572 201

Finanzamt	Straße	Ort	Telefon
Kirchdorf Perg Steyr	Herrenstraße 20	4320 Perg	07252 571
Kirchdorf Perg Steyr	Handel Mazzetti-Pro-menade 14	4400 Steyr	07252 571
Kirchdorf Perg Steyr	Pernsteinerstraße 23-25	4560 Kirchdorf an der Krems	07252 571
Kitzbühel Lienz	Im Gries 9	6370 Kitzbühel	05356 604
Kitzbühel Lienz	Dolomitenstraße 1	9900 Lienz	05356 604
Klagenfurt	Kempferstraße 2 und 4	9020 Klagenfurt	0463 539
Kufstein Schwaz	Archengasse 10	6130 Schwaz	05372 702
Kufstein Schwaz	Oskar Pirlo-Straße 15	6333 Kufstein	05372 702
Landeck Reutte	Innstraße 11	6500 Landeck	05442 601
Landeck Reutte	Claudiastraße 7	6600 Reutte	05442 601
Lilienfeld St. Pölten	Daniel Gran-Straße 8	3100 St. Pölten	02742 304
Lilienfeld St. Pölten	Liese-Prokop-Straße 14	3180 Lilienfeld	02742 304
Linz	Bahnhofplatz 7	4010 Linz	0732 6998 528000
Neunkirchen Wr. Neustadt	Triesterstraße 16	2620 Neunkirchen	02622 305
Neunkirchen Wr. Neustadt	Grazerstraße 95	2700 Wr. Neustadt	02622 305
Oststeiermark	Hans Klöpfergasse 10	8160 Weiz	03152 837
Oststeiermark	Rot Kreuz Platz 2	8230 Hartberg	03152 837
Oststeiermark	Gnaser Straße 3	8330 Feldbach	03152 837
Oststeiermark	Grazertorplatz 15	8490 Bad Radkersburg	03152 837
Salzburg-Stadt und Salzburg-Land	Aignerstraße 10	5026 Salzburg-Aigen	0662 6380 547000 und 548000
Spittal Villach	Meister Friedrich-Straße 2	9501 Villach	04242 207
Spittal Villach	Dr. Arthur Lemisch-Platz 2	9800 Spittal an der Drau	04242 207
St. Johann Tamsweg Zell am See	Gartengasse 3	5580 Tamsweg	06542 780

Finanzamt	Straße	Ort	Telefon
St. Johann Tamsweg Zell am See	Hans Kappacher-Straße 14	5600 St. Johann im Pongau	06542 780
St. Johann Tamsweg Zell am See	Brucker Bundesstraße 13	5700 Zell am See	06542 780
St. Veit Wolfsberg	Sponheimer Straße 1	9300 St. Veit an der Glan	04212 465
St. Veit Wolfsberg	Lindhofstraße 3	9400 Wolfsberg	04212 465
Waldviertel	Rechte Kremszeile 58	3500 Krems	02732 884
Waldviertel	Schloßplatz 1	3580 Horn	02732 884
Waldviertel	Niederleuthnerstraße 12	3830 Waidhofen/Thaya	02732 884
Waldviertel	Hamerlingstraße 2a	3910 Zwettl	02732 884
Waldviertel	Albrechtser Straße 4	3950 Gmünd	02732 884
Wien 1/23	Radetzkystraße 2	1030 Wien	01 71129
Wien 12/13/14 Purkersdorf	Ullmannstraße 54	1153 Wien	01 891 31
Wien 2/20/21/22	Dr. Adolf Schärf-Platz 2	1229 Wien	01 20141
Wien 3/11 Schwechat Gerasdorf	Erdbergstraße 192-196	1030 Wien	01 711 17
Wien 4/5/10	Kriehubergasse 24-26	1050 Wien	01 54685
Wien 6/7/15	Seidengasse 20	1070 Wien	01 521 35
Wien 8/16/17	Josefstädterstraße 39	1080 Wien	01 404 15
Wien 9/18/19 Klosterneuburg	Nußdorferstraße 90	1093 Wien	01 31617

Öffnungszeiten der Finanzämter:

Montag bis Donnerstag von 7.30 Uhr bis 15.30 Uhr

Freitag von 7.30 Uhr bis 12.00 Uhr

FinanzOnline
Ihr Steuerausgleich per Internet
www.bmf.gv.at

Impressum

Herausgeber, Eigentümer und Verleger:

Bundesministerium für Finanzen, Abteilung V/7 Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, Hintere Zollamtsstraße 2b, 1030 Wien

Für den Inhalt verantwortlich: BMF, Sektionen IV und VI

Grafik: Seidl und Hödlmoser Werbeagentur

Fotos: corbis, iStockphoto

Druck: Druckerei Berger, Horn

Redaktionsschluss: November 2011

Wien, November 2011

www.bmf.gv.at